

Ausgabe 01|23

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit



[IM FOKUS]

1923

Entwicklungslinien und Hintergründe
eines Krisenjahrs der Weimarer Republik

[IM FOKUS]

Demokratie im Abwehrmodus
Bayern im Krisenjahr 1923

[ZEITGESCHICHTE]

Mehr Schaden als Nutzen?
Die radikalen Aktionen der „Letzten Generation“
im Kontext der deutschen Protestgeschichte

[ZUR DISKUSSION GESTELLT]

Meinungsstark, aber vielfach ahnungslos.
Deutsche *Public Intellectuals* und Russlands
Angriffskrieg gegen die Ukraine

Liebe Leserin und lieber Leser,

2023 jährt sich die Erinnerung an das als „Krisenjahr“ in die Geschichte eingegangene 1923 zum 100. Mal. Eine regelrechte Flut von Publikationen unterstreicht die Bedeutung, die diesem Thema zugemessen wird. Sicher trägt zu diesem Hype bei, dass problematische Faktoren, die damals eine große Rolle spielten, auch heute wieder aktuell sind, wie die Gefahren einer sich verschärfenden Inflation oder einer möglichen staatlichen Destabilisierung durch antidemokratische Kräfte. Manche Stimmen fürchten sogar „Weimarer Verhältnisse“, auf die die Bundesrepublik zusteuern könne. Das bringt Aufmerksamkeit, lässt aber bisweilen die deutlichen Unterschiede zwischen damals und heute außer Acht. Dass die Entwicklung mithin mit Wachsamkeit beobachtet werden sollte, darin sind sich die meisten Demokratinnen und Demokraten einig. Auch E+P widmet diesen Fragen den ersten Schwerpunkt und eine neue Serie.

- Die Historiker Bernhard Grau und Matthias Bischel geben einen Überblick zum Jahr 1923 in Bayern und dem Reich.
- Unsere Buchempfehlung „Aufmarsch“ von Angelika Felenda bietet einen fiktionalen Blick auf die historischen Ereignisse in München.
- Im Werkstattgespräch kommen viele interessante Aspekte rund um das Schwerpunktthema zur Sprache.

Weitere Themen dieses Heftes:

Philipp Gassert ordnet die jüngsten Aktionen der „Last Generation“ in den historischen Kontext von Straßenprotesten in der Bundesrepublik Deutschland ein.

Im dritten Teil der Reihe „Vergessene Jüdinnen und Juden Bayerns“ stellt Kristina Milz Paul Nikolaus Cossmann (1869-1942) vor.

Ein Jahr Krieg in der Ukraine: Die Frage, wie Deutschland bzw. der Westen sich Russland gegenüber verhalten sollte, wird nicht nur in zahlreichen Talkshows kontrovers diskutiert. Klaus Gestwa, der die Ereignisse seit dem Kriegsbeginn für E+P analysiert, positioniert sich pointiert dazu.

Die neue Rubrik „Musik und Politik. Der Sound der Zeit“ greift das Thema ebenfalls auf: Der Direktor der Landeszentrale, Rupert Gröbl, stellt den Song „War Pigs“ von Black Sabbath vor – und seine zeitlose Aktualität.

Wir wünschen eine anregende und in bestem Fall unterhaltsame Lektüre.

Die Redaktion

Autoren und Autorinnen dieses Heftes

Dr. Matthias Bischel, M.A., ist Akademischer Rat a.Z. am Historischen Seminar der LMU München, Abteilung Bayerische Geschichte.

Prof. Dr. Philipp Gassert hat den Lehrstuhl für Zeitgeschichte an der Universität Mannheim inne und ist Senior Fellow des Historischen Kollegs in München.

Prof. Dr. Klaus Gestwa ist Lehrstuhlinhaber und Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen.

Christina Gibbs arbeitet als Referentin im Referat für Publikationen und Zeitgeschichte der Landeszentrale.

Dr. Bernhard Grau ist Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns.

Direktor Rupert Gröbl leitet die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Dr. Kristina Milz arbeitet am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin und für die Ad hoc-AG „Judentum in Bayern in Geschichte und Gegenwart“ der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

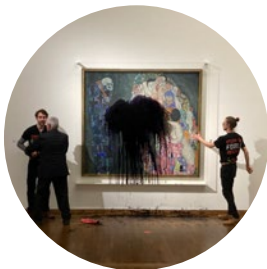


INFO

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: landeszentrale@blz.bayern.de, Stichwort: *Einsichten und Perspektiven*.

Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.

[INHALTSVERZEICHNIS]



[SERIE]

1923 – Krisenjahr der Demokratie

4

[IM FOKUS]

1923

Entwicklungslinien und Hintergründe eines Krisenjahrs der Weimarer Republik

6

von Matthias Bischof

[LESESTOFF]

Aufmarsch – München 1923

Geschichte trifft Literatur: Ein Kriminalroman von Angelika Felenda

16

von Christina Gibbs

[IM FOKUS]

Demokratie im Abwehrmodus

Bayern im Krisenjahr 1923

21

von Bernhard Grau

[COMIC]

von Angelina Heckmann

29

[ZEITGESCHICHTE]

Mehr Schaden als Nutzen?

Die radikalen Aktionen der „Letzten Generation“ im Kontext der deutschen Protestgeschichte

30

von Philipp Gassert

[ZUR DISKUSSION GESTELLT]

Zum Streit über die „Zeitenwende“

Wie der öffentliche Diskurs über den richtigen Umgang mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine die deutsche Gesellschaft polarisiert

42

Meinungsstark, aber vielfach ahnungslos.

Deutsche *Public Intellectuals* und Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine

43

von Klaus Gestwa

[SERIE]

Paul Nikolaus Cossmann (1869-1942)

Ein rechter Publizist und die Scham einer Gesellschaft

60

von Kristina Milz

[MUSIK UND POLITIK: DER SOUND DER ZEIT]

War Pigs oder wie politisch ist Black Sabbath?

72

von Rupert Gröbl

1923 – KRISENJAHR DER DEMOKRATIE

i



TIPP

Eine Vortragsreihe
der Generaldirektion
der Staatlichen
Archive in Bayern
in Kooperation mit der LZ:
siehe Plakat S. 5

Mitschnitte zu allen
Vorträgen sind über den



youtube-Kanal
[@staatlichearchive
bayerns2761]

etwa eine Woche
nach dem jeweiligen
Termin verfügbar
<https://www.youtube.com/channel/UCTjI-I2ulJ2849I-wuSj01g>



Nicht nur, weil die deutsche Erinnerungskultur generell nach runden Jubiläen „tickt“, ist das Jahr 2023 ein ganz besonderes. Die doppelte Erinnerung an das Krisenjahr der Weimarer Republik, 1923, und gleichzeitig an die sog. „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten zehn Jahre später, 1933, mit der die erste deutsche Demokratie endgültig scheiterte, ruft viele Fragen hervor. Wie konnte die Republik die multiple Krise des Jahres 1923 überstehen, während 1933 viele die Einschätzung teilten, „dass das Schlimmste vorüber, die deutsche Demokratie gestärkt sei“?¹

1923: Schon ab Januar wurde die junge Demokratie an mehreren Fronten existenziell herausgefordert, etwa durch die Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen, auf die die deutsche Regierung konterte, indem sie den sog. „Ruhrkampf“ unterstützte und zu passivem Widerstand aufrief. Eine beispiellose, über das Jahr zu „galoppieren“ beginnende Inflation trieb die Preise selbst für elementare Lebensmittel in absurde Höhen und vernichtete kleine und große Vermögen und damit Existenzen. Radikale Angriffe auf den demokratischen Staat von links und rechts, die im sog. Hitler-Ludendorff-Putsch im November kulminierten, sahen ihre Chance gekommen und versuchten die demokratische Ordnung zu stürzen.

Die Erinnerung an das „deutsche Horrorjahr“² 1923 ruft ganz besonders das „Gespenst der Weimarer Verhältnisse“ [Andreas Wirsching] hervor und triggert Ängste, auch die zweite deutsche Demokratie sei nicht grundsätzlich vor dem Scheitern gefeit. Auch in der Gegenwart bereiten Inflation und steigende Preise sowie Angriffe auf die Demokratie von links und rechts vielen Menschen

Sorgen und machen – zumal seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine – deutlich, dass sichere Lebensverhältnisse niemals hundertprozentig garantiert sind.

Dass die Situationen keineswegs einfach miteinander zu vergleichen sind, wird schnell deutlich. Die Reflexion über das Jahr 1923 bietet jedoch die Chance, Erkenntnisse aus dem historischen Zusammenhang zu gewinnen, die auch bei der Bewältigung heutiger Krisen wertvoll sein können.

Das Titelbild dieser Ausgabe zeigt ein sog. „Merzbild“ des Dada-Intellektuellen und -Künstlers Kurt Schwitters aus dem Jahr 1923. Angesichts der nach dem Ersten Weltkrieg in Scherben liegenden Welt kam er zu der Position, dass man aus den Bruchstücken der alten Welt eben Neues bauen müsse, mit innovativen künstlerischen Mitteln. Der Zyklus der „Merzbilder“ arbeitet mit gegenständlichen Fundstücken, die zu skulptural anmutenden Bildern neu zusammengesetzt werden.

Die neue Serie in Einsichten und Perspektiven beschäftigt sich mit einigen Kernaspekten dieser Thematik – beginnend mit einem Schwerpunkt, in dem die Historiker Matthias Bischel und Bernhard Grau das „Krisenjahr“ aus der Sicht des Reiches und des Landes Bayern betrachten. 🌱

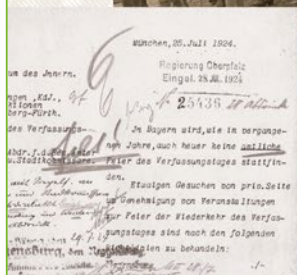
1 S. Andreas Wirsching: Bilanz, in: Andreas Wirsching/Berthold Kohler, Ulrich Wilhelm (Hg.): Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie, Ditzingen 2018, S. 105-116, hier 116.

2 Vgl. „Der Spiegel“ 5 (2023), S. 44.

im Abwehrmodus

Bayern im Krisenjahr 1923

Demokratie



Eine Vortragsreihe der Staatlichen Archive Bayerns im Jahr 2023 unter der Schirmherrschaft der Präsidentin des Bayerischen Landtags, Ilse Aigner, MdL

In monatlichen Vorträgen erläutern renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Herausforderungen für die Demokratie in Bayern im Krisenjahr 1923. Sie ordnen Ereignisse ein und zeigen Entwicklungslinien auf. Archivarinnen und Archivare der Staatlichen Archive Bayerns stellen herausragende Zeugnisse der Demokratiegeschichte vor. Die Dokumente und Objekte werden im Original gezeigt und ihre Überlieferungsgeschichte erklärt.



Programm

19. Januar 2023, 19 Uhr

Auftaktveranstaltung mit Grußwort der Präsidentin des Bayerischen Landtags, Ilse Aigner, MdL
Demokratie und Nationalsozialismus zu Beginn des „Krisenjahres“ 1923
Referent: Prof. Dr. Thomas Rathel, Institut für Zeitgeschichte München-Berlin

9. Februar 2023, 19 Uhr

Der militarisierte Friede. Die Rolle von Polizei, Reichswehr und Kampfverbänden in der bayerischen Politik und Gesellschaft
Referent: Prof. Dr. Marita Krauss, Universität Augsburg

2. März 2023, 19 Uhr

Gesellschaft, Staat, Adel und ehemaliges Königshaus: Die alten Eliten als Stützen der Demokratie in Bayern?
Referent: Prof. Dr. Dieter J. Weiß, Ludwig-Maximilians-Universität München

20. April 2023, 19 Uhr

Medienpluralismus und Republiksschutz
Referent: Prof. Dr. Peter Hoeres, Julius-Maximilians-Universität Würzburg

4. Mai 2023, 19 Uhr

München, 1. Mai 1923 – Der Kampf um die Straße, die Köpfe, die Demokratie. Die konservative Republik zwischen Schutz und Putsch
Referent: Prof. Dr. Hermann Rumschöttel, Universität der Bundeswehr München

14. Juni 2023, 19 Uhr

Die Kirchen und der frühe Nationalsozialismus in München
Referent: Prof. Dr. Klaus Unterburger, Ludwig-Maximilians-Universität München

6. Juli 2023, 19 Uhr

Die „Inflation in der Mitte“: Wirtschaftskrise, Inflationstrauma und die bayerische Gesellschaft
Referent: Prof. Dr. Bernhard Löffler, Universität Regensburg

3. August 2023, 19 Uhr

Gesellschaft, Staat, Parteien und Verfassung
Referent: Prof. Dr. Stefan Koriath, Ludwig-Maximilians-Universität München

14. September 2023, 19 Uhr

Demokratie im Ausnahmezustand: Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr im Spannungsfeld Bayern, Reich, Entente
Referent: Prof. Dr. Ferdinand Kramer, Ludwig-Maximilians-Universität München

5. Oktober 2023, 19 Uhr

Der Bayerische Ausnahmezustand und die Ausweisung von „Ostjuden“ im Oktober 1923
Referent: Prof. Dr. Martin Geyer, Ludwig-Maximilians-Universität München

9. November 2023, 19 Uhr

Der Hitler-Ludendorff-Putsch als Herausforderung der Demokratie? Wirkung, Deutung, historische Einordnung
Referent: Prof. Dr. Andreas Wirsching, Institut für Zeitgeschichte München-Berlin

7. Dezember 2023, 19 Uhr

Auf dem rechten Auge blind? Vom Leviné-Prozess zum Hitler-Prozess
Referent: Prof. Dr. Arnd Koch, Universität Augsburg

Veranstaltungsort:
Bayerisches Hauptstaatsarchiv,
Schönfeldstraße 5, 80539 München

Alle Vorträge werden gestreamt,
Zugangslink unter
www.gda.bayern.de.



Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns
Schönfeldstraße 5, 80539 München



Auf dem



Blog „Archive in Bayern“
(<https://archivebay.hypotheses.org/>)

werden begleitend zu den Vorträgen Kurztex-te zu den gezeigten Archivalien vorgestellt. Die einzelnen Artikel sind über die Vortragsreihe selbst sowie den Hashtag #krisenjahr1923 (<https://archivebay.hypotheses.org/tag/krisenjahr1923-2>) verknüpft.



Auch auf



Instagram
(<https://www.instagram.com/staatliche-archivebayerns/>)
und



Twitter
([@sbayerns](https://twitter.com/sbayerns))
wird über die Vorträge berichtet.

1923

ENTWICKLUNGSLINIEN UND HINTERGRÜNDE EINES KRISENJAHR DER WEIMARER REPUBLIK

von Matthias Bischel



Polizisten und Demonstrierende treffen bei einem Streik im Januar 1923 in Berlin aufeinander.
Foto: Picture Alliance

Historische Bücher über einzelne Jahre haben seit einiger Zeit im wissenschaftlichen und publizistischen Umfeld Konjunktur. Seien es sog. Normaljahre vor großen Umbrüchen (Florian Illies, 1913), Jahre zukunftsweisender Zäsuren (Frank Bösch, 1979; Philipp Sarasin, 1977), Jahre enttäuschter Hoffnungen (Wolfgang Martynkewicz, 1920) oder Jahre „am Rand der Zeit“ (Hans Ulrich Gumbrecht, 1926)¹ – die Rekapitulation von zwölf Monaten soll in gewisser Weise den Charakter einer Zeit einfangen und größere Entwicklungslinien veranschaulichen.

Die aktuelle Aufmerksamkeit für das „Epochenjahr“ 1923 stellt, selbst an diesem Trend gemessen, indes alle bisherigen Vorbilder deutlich in den Schatten. Überblickt man den Buchmarkt,² erzählen allein die Titel u.a. von einem Jahr „außer Kontrolle“ (Peter Longerich), in dem die Weimarer Demokratie fast in den „Abgrund“ (Volker Ullrich) gestürzt wäre, das dann aber doch die „Rettung der Republik“ (Peter Reichel) gebracht und zugleich ein „deutsches Trauma“ (Mark Jones) hinterlassen habe. Nicolai Hannig und Detlev Mares sprechen sogar von einer Krise, die „die Welt erschütterte“, wobei die Krisenherde mit „Ruhrkampf“, Hyperinflation und extremistischen Putschversuchen primär in Deutschland lagen.

Woher rührt dieses außerordentlich starke Interesse? Neben dem Hinweis auf die leicht verständliche Faszination für spektakuläre Ereignisse ist bei der Beantwortung dieser Frage zunächst Mark Jones beizupflichten, der seiner Leserschaft vor Augen führt, dass das Jahr 1923 noch heute einen wirkmächtigen deutschen Erinnerungs-ort für eine „schlimme“ Zeit darstellt. Gerade die

Photographien, auf denen Kinder mit wertlosen, zu Bündeln gestapelten 1000-Mark-Scheinen spielen oder der Hochverräter Adolf Hitler selbstbewusst für die Kamera posiert, sind ins kollektive Gedächtnis eingegangen. Und selbst auf internationaler Ebene ist diese Erfahrung zumindest indirekt präsent: So gilt es als eine Spielart der sprichwörtlichen

Kinder spielen mit Geldscheinen, 15. November 1923.
Foto: picture-alliance/akg-images



- 1 Florian Illies: 1913: Der Sommer des Jahrhunderts, Frankfurt am Main 2012; Frank Bösch: Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann, München 2019; Philipp Sarasin: 1977. Eine kurze Geschichte der Gegenwart, Berlin 2021; Wolfgang Martynkewicz: 1920. Am Nullpunkt des Sinns, Berlin 2019; Hans-Ulrich Gumbrecht: 1926. Ein Jahr am Rand der Zeit, Frankfurt am Main 2001. Dies ist nur eine Auswahl entsprechender Publikationen.
- 2 Peter Longerich: Außer Kontrolle. Deutschland 1923, Wien 2022; Volker Ullrich: Deutschland 1923. Ein Jahr am Abgrund, München 2023; Peter Reichel: Rettung der Republik. Deutschland im Krisenjahr 1923, München 2023; Mark Jones: 1923. Ein deutsches Trauma, Berlin 2022; Nicolai Hannig/Detlev Mares (Hg.): Krise! Wie 1923 die Welt erschütterte, Darmstadt 2022. Außerdem ist u.a. erschienen: Christian Bommarius: Im Rausch des Aufbruchs. Deutschland 1923, München 2022; Peter Süß: 1923 Endstation. Bitte alles einsteigen, Berlin 2022; Jutta Hoffrit: Totentanz – 1923 und seine Folgen, Hamburg 2022; Ralf Georg Reuth: 1923 – Kampf um die Republik, München 2023.

„German Angst“,³ wenn bei Lockerungen der Geldpolitik gleich das Szenario einer Hyperinflation an die Wand gemalt oder das Erstarken populistischer Bewegungen direkt als Vorzeichen für das drohende Ende der Demokratie gedeutet wird.

Die Bedeutung des „deutschen“ 1923 ergibt sich aber auch aus der Tatsache, dass alle genannten Krisen keineswegs plötzlich entstanden, sondern als Folgen von Problemen zu verstehen sind, die schon zuvor virulent waren, aber in diesem Jahr gleichzeitig in extremer Form zum Ausbruch kamen. So bestand der symbolisch überhöhte Konflikt mit dem „Erbfeind“ Frankreich auch nach dem Versailler Friedensvertrag unverändert fort, während die Geldentwertung schon im Ersten Weltkrieg eingesetzt hatte und die Lebenshaltungskosten seit Jahren spürbar erhöhte. Die Stärkung der politischen Extreme wurde wiederum spätestens seit der Revolution 1918/19 greifbar und bedrohte seither ständig die Stabilität der Weimarer Republik. Als Kristallisations- und Höhepunkt dieser Krisen bezieht sich das Jahr 1923 deshalb auch auf einen breiteren Kontext, der zugleich deutlich macht, dass die angesprochenen Verwerfungen eher den Endpunkt als den Anfang einer historischen Entwicklungsperiode markieren. Die Geschichte dieses Jahres verweist primär in die Vergangenheit und weniger in die Zukunft, da die Folgen der bisherigen Politik klar zu Tage traten und die allermeisten Verantwortlichen Ende 1923 zu dem Schluss kamen, dass es so nicht weitergehen könne; sie strebten daher einen Neuanfang an, der in vielen Bereichen auch bemerkenswert schnell gelang.

Um diese Einordnungen nachvollziehen zu können, erscheint es sinnvoll, die Darstellung nicht rein chronologisch an den Ereignissen zu orientieren, sondern in zwei Stufen systematisch aufzubauen. Als Basis soll hier ein zunächst allgemeiner Überblick zu den Problemkreisen dienen, die am Ausgangspunkt des Krisenjahres 1923 standen. Doch auch die Geschehnisse des Jahres 1923 lassen sich, der Logik der Eskalation folgend, leichter nachvollziehen, wenn man sie nach Sachkomplexen gegliedert betrachtet. Denn gab die Besetzung des Ruhrgebietes und der dagegen gerichtete passive

Widerstand in den ersten Monaten den Takt der Ereignisse vor, wendete sich das Blatt im (Früh-) Sommer 1923, als die nun völlig außer Kontrolle geratene Hyperinflation ihre verheerenden Wirkungen entfaltete und so die allgemeine Sorge um das Ruhrgebiet fast in den Hintergrund drängte. Im Gefolge der wirtschaftlichen Not nahm schließlich auch die politische Radikalisierung noch einmal erheblich zu. Sie manifestierte sich wenig später in mehreren Umsturzversuchen, die im Herbst 1923 im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit standen. Der Beitrag zeichnet diese Phasen in der hier gebotenen Kürze nach und möchte zugleich die Triebkräfte hinter der auf den ersten Blick verwirrenden Fülle von Ereignissen aufzeigen.

Wie konnte es dazu kommen? Wege in die Eskalation

Sucht man zunächst nach den Ursachen für das Krisenjahr 1923, weist die schrittweise Entwertung der damaligen deutschen Währung, der Mark, sicherlich die längste Vorgeschichte auf.⁴ Tatsächlich ist der Ausgangspunkt dieser Entwicklung schon zu Kriegsbeginn im August 1914 zu suchen, als die Reichsregierung die sog. Goldparität aufhob. Die Reichsbank durfte damit fortan mehr Geld in Umlauf bringen, als sie selbst wieder mit den eigenen Goldreserven einlösen konnte. Deutschland finanzierte seine Kriegskosten also primär über zusätzliche Geldschöpfung, der jedoch keine realen Werte auf dem Markt gegenüberstanden – die Preise mussten dementsprechend mittelfristig steigen. Doch auch der Fokus auf die Produktion für militärische Zwecke, der Verlust von ausländischen Absatzmärkten und die Festsetzung von Höchstpreisen für Güter des täglichen Bedarfs führten zu einer spürbaren Wertminderung der Mark. Die „Teuerung“ war deshalb schon 1918 in aller Munde, die Folgekosten für den verlorenen Krieg beschleunigten diesen Effekt dann aber noch einmal erheblich: So musste das Reich nicht nur die zahlreichen Veteranen, Versehrten und Arbeitslosen sozial unterstützen, es hatte im Friedensschluss auch wirtschaftlich bedeutende Gebiete abgetreten und war verpflichtet,

3 Vgl. hierzu die erste systematische Einordnung bei Frank Biess: *Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik*, Reinbek 2019, S. 416–421. Dabei thematisiert die Publikation in ihrem umfangreichen Panorama der politisch relevanten Ängste allerdings die immer wieder – zum Beispiel bei der Einführung des Euro – virulente Inflationsfurcht nicht gesondert.

4 Zur deutschen Inflation im Überblick: Sebastian Teupe: *Zeit des Geldes. Die deutsche Inflation zwischen 1914 und 1923*, Frankfurt am Main 2022; klassische Gesamtdarstellung: Gerald D. Feldman: *The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914–1924*, New York/Oxford 1993.



Reparationen an die vormaligen Gegner zu zahlen. Hatte bisher die Annahme bestanden, dass die entstandenen Defizite gewiss einmal durch Zahlungen der besiegten Gegner ausgeglichen würden, sah man sich jetzt also selbst gezwungen, regelmäßig hohe Geldbeträge und Sachwerte an Frankreich, Großbritannien, Belgien und Italien zu entrichten. Mangels sozial zumutbarer Alternativen blieb auch hier letztlich nur wieder der Rückgriff auf die Notenpresse, was sich in noch schneller steigenden Preisen und Lohnforderungen sowie den damit verbundenen Konflikten niederschlug.

Diese Belastungen trafen dabei auf ein politisches Umfeld, das ohnehin schon von einer wachsenden Radikalisierung⁵ geprägt war. Ausgehend von den Kriegsanstrengungen in der Heimat hatte sich die Mobilisierung der Gesellschaft in der Revolution 1918/19 voll Bahn gebrochen und z.B. zu einer Verbreitung der lange als proletarisch angesehene

Aktionsform der Straßendemonstration auch im bürgerlichen Umfeld geführt. Doch auch ganz neue Organisationen wie Rätegremien oder paramilitärische Verbände traten in Erscheinung, die es sich zur Aufgabe machten, eigene Interessen durchzusetzen oder erklärten, sich gegen (vermeintliche) Gefahren wappnen zu müssen. Als solche galt im konservativen Diskurs vor allem der „Bolschewismus“, d.h. der revolutionäre Umsturz der Gesellschaftsordnung nach russischem Vorbild, während die politische Linke oft vor der „Reaktion“ warnte, die Industrielle, Adelige und Großgrundbesitzer angeblich vorbereiteten. Dieses Denken in Bedrohungsszenarien steigerte das gegenseitige Misstrauen, spielte aber auch extremistischen Gruppierungen in die Hände, da es die Grenzen zu den etablierten politischen Lagern zunehmend brüchig machte. So erschien manchem eine zumindest punktuelle Zusammenarbeit mit Völkischen, Kommunisten oder den neu auftretenden Nationalsozialisten unter den gegebenen Umständen nicht mehr völlig ausgeschlossen – war in unsicheren Zeiten der Feind meines Gegners vielleicht nicht doch ein potenzieller Freund? Ein

Großstadtkinder, die auf dem Höhepunkt der Inflation von ihren Familien nicht mehr ernährt werden können, erhalten zur Versorgung etwas zu essen und zu trinken in einem süddeutschen „Erholungslager“, circa 1923.

Foto:
Süddeutsche
Zeitung Photo

5 Andreas Wirsching: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg. Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918-33/39 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 40), München 1999.

demokratischer Grundkonsens konnte unter solchen Vorzeichen nur schwer entstehen, ja selbst Attentate auf prominente Politiker (u.a. Matthias Erzberger und Walther Rathenau) führten nicht zur dauerhaften Marginalisierung der radikalen Ränder, was drastisch aufzeigt, dass auch Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung nicht mehr völlig abgelehnt wurde.⁶

Die dritte schwere Hypothek für die Weimarer Republik stellte, wie schon angedeutet, schließlich der konstante Druck durch die Siegermächte des Ersten Weltkriegs dar. Gerade das wechselseitig als „Erbfeindschaft“ verstandene Verhältnis zu Frankreich war auch nach dem Friedensschluss äußerst angespannt,⁷ weshalb der von den Kriegsfolgen besonders betroffene westliche Nachbar vehement auf die Umsetzung der im Versailler Vertrag enthaltenen Strafbestimmungen pochte. Neben den Reparationen bestanden diese vor allem in der Besetzung der linksrheinischen Reichsgebiete⁸ durch alliierte Truppen, was mit der notwendigen Sicherung der deutschen Vertragserfüllung begründet wurde. Die von der ansässigen Bevölkerung als sehr belastend empfundene militärische Präsenz diente also dazu, den Forderungen der Siegermächte Nachdruck zu verleihen – im Ernstfall auch durch eine Besetzung weiterer Territorien, zu der es bereits 1921 vorübergehend gekommen war.

Auslöser der Krise(n): Ruhrbesetzung und passiver Widerstand

Frankreich verfügte mithin stets über einen Hebel, um Deutschland den eigenen Willen aufzuzwingen und genau der Einsatz dieses Instruments setzte Anfang 1923 die Eskalationsspirale in Gang. Der seit Januar 1922 im Amt befindliche, nationalistisch gesinnte französische Ministerpräsident Raymond Poincaré fasste nämlich den Entschluss, die aus seiner Sicht zu schleppenden

Reparationsleistungen nicht mehr hinzunehmen und als Reaktion darauf das Ruhrgebiet zu besetzen.⁹ Die Herrschaft über das kohlereiche Zentrum der deutschen Industrie sollte Frankreich in die Lage versetzen, die beanspruchten Sachwerte dort selbst zu beschlagnahmen und das Reich gleichzeitig so weit schwächen, dass es in neue Verhandlungen einwilligen musste. Genau das kam für die deutsche Seite jedoch auf keinen Fall in Frage: Die ab dem 11. Januar 1923 tatsächlich erfolgte Besetzung von Städten wie Essen, Bochum oder Dortmund zog in der Öffentlichkeit eine solch große Welle der Empörung nach sich, dass jeder Verständigungsversuch von vorneherein undenkbar schien. Die von Kanzler Wilhelm Cuno geführte Reichsregierung unterbrach daher nicht nur den offiziellen diplomatischen Verkehr mit Frankreich – eine eigentlich nur im Krieg übliche Maßnahme –, sondern rief auch den sog. passiven Widerstand aus, der die Pläne des Gegners durchkreuzen sollte. Dabei waren alle Berg- und Eisenbahnarbeiter aufgerufen, Arbeitsleistungen für die Besatzer nach Möglichkeit zu verweigern, d.h. gewaltfrei in den unbefristeten Streik zu treten, während Fabrikbesitzer die Anweisung erhielten, jegliche Lieferungen nach Frankreich sofort einzustellen; Berlin wollte in beiden Fällen für die Entschädigung aufkommen.

Die Strategie schien anfangs tatsächlich aufzugehen: Von der scharfen Reaktion wohl selbst überrascht, gelang es den französischen Truppen in den ersten Wochen nicht, der Lage Herr zu werden und wie erhofft Kohle oder Fertigwaren in größerem Umfang abzutransportieren. Stattdessen sahen sie sich einer aufgebrachten Bevölkerung gegenüber, die bei jeder Gelegenheit versuchte, dem Gegner Steine in den Weg zu legen – kein Zug fuhr mehr, in Betrieben waren technische Anleitungen plötzlich verschwunden, Telefone blieben tot usw. Die Besatzungsmacht reagierte hierauf bald mit betonter Härte, indem sie u.a. streikendes Personal ohne Vorwarnung ins unbesetzte Deutschland auswies, grenznahe Wälder zur Erlangung von Brennmaterial abholzte und die unkooperativen Fabrikherren wegen Sabotage vor Militärgerichte stellte. Aufsehen erregten in diesem Zusammenhang vor allem die Prozesse gegen

6 Martin Sabrow: Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution, Frankfurt am Main 1999; Bernd Weisbrod: Gewalt in der Politik. Zur politischen Kultur in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 43 (1992), S. 391-404.

7 Vgl. hierzu im Überblick: Nicolas Beaupré: Das Trauma des Großen Krieges 1918-1932/33 (= Deutsch-französische Geschichte 8), Darmstadt 2009.

8 Christoph Steegmanns: Die finanziellen Folgen der Rheinland- und Ruhrbesetzung 1918-1930 (= Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 89), Stuttgart 1999.

9 Zur Ruhrbesetzung im Überblick: Gerd Krumeich/Joachim Schröder (Hg.): Der Schatten des Weltkriegs: Die Ruhrbesetzung 1923 (= Düsseldorf Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 69), Essen 2004; Conan Fischer: *The Ruhr Crisis 1923-1924*, Oxford 2003.



Propagandisti-
scher deutscher
Protest gegen
die Besetzung
des Ruhrgebiets
durch französische
Truppen, Karikatur
von Theo Matejko
Abbildung:
Süddeutsche Zei-
tung Photo/Scherl

die Industriellen Fritz Thyssen und Gustav Krupp, wobei letzterer zu 25 Jahren Haft verurteilt wurde. Gleichzeitig berichtete die deutsche Presse tagtäglich in großer Aufmachung von den Verbrechen der Besetzungssoldaten, die der Leserschaft als Horde von Plünderern, Vergewaltigern und Mördern präsentiert wurde. Entsprechende Beispiele ließen sich allerdings auch leicht finden, einen traurigen Höhepunkt stellte in diesem Kontext der „blutige Karsamstag“ (31. März 1923) in Essen dar, bei dem 13 Demonstranten den Tod fanden, die gegen die Beschlagnahme von Fahrzeugen protestiert hatten.

Unter diesen Eindrücken kann es nicht verwundern, dass die politische Radikalisierung der deutschen Gesellschaft weiter befeuert wurde. Sorgen hierfür schon die zahlreichen Proteste

gegen den „Erbfeind“ – begonnen am „nationalen Trauertag“ am 14. Januar – stieg auch der moralische Druck zur Durchsetzung der „inneren Einheitsfront“, die Frankreich unabhängig von Interessensgegensätzen oder politischen Differenzen entgegengestellt werden sollte.¹⁰ Noch mehr als bisher konnten deshalb auch extremistische Gruppierungen auf Akzeptanz in dieser Allianz hoffen, was besonders die Reaktion auf die Hinrichtung von Albert Leo Schlageter deutlich macht. Der junge Offizier hatte als Mitglied einer geheimen Untergrundorganisation im Ruhrgebiet gewaltsame Sabotageakte vorbereitet, war jedoch von den Besatzern gefasst und zum Tode verurteilt worden. Die Vollstreckung der Strafe (26. Mai 1923) schuf in der deutschen Öffentlichkeit einen Märtyrer, der mit öffentlichen Gedenkakten gewürdigt und noch im NS-Regime als „erster Soldat des Dritten Reichs“ glorifiziert wurde.¹¹

Aller nationalistische Eifer konnte jedoch nicht dauerhaft über die wirtschaftlichen Folgen des sog. Ruhrkampfes hinwegtäuschen. Zwar war die Bevölkerung Mangel und Entbehrungen längst gewöhnt, der vollständige Zusammenbruch der Währung stellte jedoch alles bisher Dagewesene noch einmal in den Schatten. Einen ersten Vorgeschmack bot hierfür schon der Januar 1923, als die Mark zu Beginn der Ruhrbesetzung gegenüber dem US-Dollar mehr als vier Fünftel ihres Wertes verlor, d.h. die Lebenshaltungskosten um ein Vielfaches stiegen. Von diesem rapiden Verfall aufgeschreckt, griff die Reichsbank dann zunächst mit ihren Devisenreserven ein und stützte die Mark durch gezielte Aufkäufe. Der Kurs erholte sich dementsprechend, diese Politik ließ sich jedoch nur eine begrenzte Zeit durchhalten – die Tresore enthielten bloß eine bald zu Neige gehende Menge von Dollar, Pfund oder Franc, um die steigende Nachfrage zu bedienen.

10 Ausgangs- und Bezugspunkt dieses „Einheitsfront“-Denkens war das vor allem im Bürgertum idealisierte Augusterlebnis 1914: Demnach sollte – wie vermeintlich zu Kriegsbeginn 1914 – wieder das „ganze“ Volk einig zusammenstehen, um Deutschland gemeinsam gegen den äußeren Feind zu verteidigen. Vgl. Jörn Retterath: „Was ist das Volk?“ Volks- und Gemeinschaftskonzepte der politischen Mitte in Deutschland 1917-1924 [= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 110], Berlin/Boston 2016; Jeffrey Verhey: Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000, v.a. S. 335-362.

11 Stefan Zwicker: „Nationale Märtyrer“. Albert Leo Schlageter und Julius Fučík: Heldenkult, Propaganda und Erinnerungskultur, Paderborn 2006. Die Bezeichnung „erster Soldat des Dritten Reichs“ stammt aus dem 1933 veröffentlichten Drama „Schlageter“ des in der NS-Zeit einflussreichen Schriftstellers Hanns Johst.



Das 1935 in seinem Heimatort Schönau im Schwarzwald errichtete „Schlagger-Denkmal“

Foto:
Süddeutsche
Zeitung Photo/
Sammlung
Berliner Verlag/
Archiv

Neue Priorität: Sicherstellung der elementaren Grundbedürfnisse

Am 18. April war es schließlich so weit: Der passive Widerstand ließ die Defizite immer weiter steigen, es blieben aber kaum noch Rücklagen, um die Mark zu stabilisieren. Die Reichsbank war am Ende ihrer Möglichkeiten und musste die Stützungsaktion einstellen. Die stets gegenüber dem Dollar berechnete Mark fiel danach ins Bodenlose und brach immer neue Zahlenrekorde: Schon Ende Juni 1923 hatte eine „Papiermark“ einhunderttausend Mal weniger Kaufkraft als die nostalgisch erklärte „Goldmark“ zu Beginn des Krieges; die Sparguthaben vieler Bürger waren damit völlig entwertet. Nahrung, Kleidung, Miete oder Heizmaterial wurden zugleich täglich teurer, während die Lohnerhöhungen der Entwicklung hinterhinkten, was die unmittelbare Existenz weiterer Bevölkerungsgruppen bedrohte. Das Mitgefühl mit den „Brüdern und Schwestern“ an der Ruhr geriet

unter diesen Umständen aus dem Blick, viele Menschen reagierten stattdessen zunehmend panisch und wussten sich nicht mehr anders als durch Diebstähle, Einbrüche oder Betrug zu helfen; die Anzahl der Straftaten schnellte in die Höhe.¹²

All das ließ die politischen Extreme ein weiteres Mal profitieren: Denn trieb ihnen die herrschende Notlage jetzt ohnehin viele Verzweifelte in die Arme, klangen die moralischen Appelle zur solidarischen „Einheitsfront“ für viele nur noch hohl, zumal sich die französischen Truppen immer besser auf die Situation im Ruhrgebiet einstellten und den passiven Widerstand zunehmend ins Leere laufen ließen. Kommunisten, Völkische und die von der Besatzungsmacht begünstigte Splittergruppe der rheinischen Separatisten mussten daher im Sommer 1923 geradezu die Überzeugung gewinnen, vor einer „Jetzt oder Nie-Situation“¹³ zu stehen. Bestand für sie in normalen Zeiten keine Aussicht, sich politisch durchzusetzen, versprach das jetzige Chaos die vielleicht einmalige Gelegenheit, die Macht mit Gewalt zu übernehmen und so die eigenen Ziele zu erreichen. Die KPD erhielt deswegen schon im August 1923 die Order aus der Sowjetunion, sich analog zur russischen Revolution auf einen „deutschen Oktober“ vorzubereiten, während die Völkischen und Nationalsozialisten beim „Deutschen Tag“ in Nürnberg Anfang September ihr großes Schaulaufen inszenierten. Gleichzeitig begannen deutschnationale Gruppen und Teile der Reichswehrführung mit Planungen für die Installation eines politischen „Direktoriums“ unter Ausschaltung des Parlaments.

Aufs Ganze gegangen: Herbst der Umsturzversuche

Die Entscheidung der neuen Reichsregierung unter Kanzler Gustav Stresemann, den im Grunde wirkungslos gewordenen passiven Widerstand auch offiziell abzurechnen, gab am 26. September schließlich das endgültige Startsignal zur Durchführung der beabsichtigten Putschs. Nachdem sich die politische Spitze in Berlin mit diesem Schritt scheinbar machtlos erklärt hatte, sah zuallererst die aus illegalen paramilitärischen Formationen bestehende „Schwarze Reichswehr“ ihren Moment für gekommen und probte am 1. Oktober

12 Mit Zahlen aus der Kriminalstatistik: Longenich (wie Anm. 2), S. 139 f.

13 Jones (wie Anm. 2), S. 239.



den Aufstand. Die nach dem führenden Offizier als „Buchrucker-Putsch“ bezeichnete Aktion scheiterte jedoch schon in der brandenburgischen Festung Küstrin und hatte wenige Wochen später die rasche Aburteilung der Verantwortlichen zur Folge.¹⁴

In der Zwischenzeit gelang es der KPD, die SPD-Landesregierungen in Sachsen und Thüringen von ihrer Bereitschaft zur konstruktiven Mitarbeit zu überzeugen und Koalitionsabkommen abzuschließen. Die damit erlangte exekutive Macht in den übernommenen Ministerien sollte genutzt werden, um nach dem 20. Oktober „loszuschlagen“, das Vorhaben wurde angesichts mangelnder Erfolgsaussichten jedoch noch in letzter Minute

abgesagt. Lediglich die Hamburger KPD unter Ernst Thälmann hatte hiervon offenbar nichts mehr mitbekommen und begann am 23. Oktober einen von Anfang an aussichtslosen Aufstand, der von der Polizei schnell unterdrückt werden konnte. In Sachsen führte eine formelle „Reichsexekution“ wenige Tage später außerdem zur Absetzung der SPD-KPD-Regierung unter Ministerpräsident Erich Zeigner.¹⁵

Mehr Erfolg hatten scheinbar zunächst die von der französischen Besatzungsmacht unterstützten Separatisten, die am 21. Oktober in Aachen die „Rheinische Republik“ proklamierten

Karte: Peter Palm, Berlin

¹⁴ Bernhard Sauer: Die „Schwarze Reichswehr“ und der geplante „Marsch auf Berlin“, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart (2008), S. 113-150.

¹⁵ Bernhard H. Bayerlein (Hg.): Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern (= Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts 3), Berlin 2003; Karl Heinrich Pohl: Sachsen 1923. Das linksrepublikanische Projekt – eine vertane Chance für die Weimarer Demokratie?, Göttingen 2022.



Panzerauto der bayerischen Landespolizei am Odeonsplatz in München nach der Niederschlagung des Hitlerputsches, 9. November 1923

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Knorr + Hirth

und in den kommenden Tagen die Regierungspräsidien in Koblenz und Wiesbaden besetzten.¹⁶ Und auch die deutschnationalen Planungen für ein „Reichsdirektorium“¹⁷ gingen offenbar voran, als sich mit dem Industriellen Friedrich Minoux und dem Diplomaten Otto Wiedfeldt mögliche Führungspersonlichkeiten herauskristallisierten, die von den meisten Unterstützern – darunter dem bayerischen Generalstaatskommissar Gustav von Kahr – befürwortet wurden.

Die Hoffnungen Kahrs und seiner Gesinnungsgenossen gingen allerdings ebenfalls abrupt zu Bruch, da der „Führer“ der aus München gesteuerten Nationalsozialisten, Adolf Hitler, nicht bereit war, auf den erhofften „Marsch nach Berlin“ zu verzichten oder hierzu anderen die Initiative zu überlassen. Er überfiel daher am 8. November mit schwerbewaffneten Anhängern einen Redeauftritt Kahrs, um ihn auf seine Seite zu zwingen. Dies misslang jedoch und der mit Unterstützung von General Erich Ludendorff unternommene Putsch brach schon tags darauf in einem Schusswechsel

mit der Polizei in sich zusammen.¹⁸ Damit war jedoch auch das Projekt des „Reichsdirektoriums“ Makulatur, da viele seiner Vertreter auf eine Unterstützung durch völkische Gruppen gehofft hatten, die jetzt aber handlungsunfähig waren.

Nach den Erschütterungen: Ansätze für einen Neubeginn

Mit Ausnahme der rheinischen Separatisten, die sich nur dank französischer Hilfe halten konnten, hatten sich also schon im November 1923 alle Umsturzversuche als Fehlschläge erwiesen und die vermeintliche Chance des abgebrochenen Ruhrkampfes verspielt. Dies lag zum einen an der dilettantischen Vorgehensweise der Putschisten, hatte aber auch durchaus weiterreichende Gründe. Denn so aussichtslos die Lage der Reichsregierung zunächst scheinen mochte, schuf ihre Entscheidung zum Abbruch des passiven Widerstands überhaupt erst die Möglichkeit, die Ursachen der Staatskrise an der Wurzel anzugehen. Immerhin musste sie

16 Martin Schlemmer: „Los von Berlin“, Die Rheinistaatsbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg (= Rheinisches Archiv 152), Köln 2007, v.a. S. 161-175.

17 Larry Eugene Jones: *The German Right, 1918-1930. Political Parties, Organized Interests, and Patriotic Associations in the Struggle against Weimar Democracy*, Cambridge/New York 2020, S. 191-201; Raffael Scheck: *Alfred Tirpitz and German Right Wing Politics 1914-1930*, Atlantic Highlands 1998, S. 95-109.

18 Harold J. Gordon: *Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924*, Frankfurt am Main 1971; Walter Ziegler: *Hitlerputsch* (8./9. November 1923), in: *Historisches Lexikon Bayerns* [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Hitlerputsch_(8./9._November_1923)], [Stand: 10.2.2023]; Wolfgang Niess: *Der Hitlerputsch. Geschichte eines Hochverrats*, München 2023. Der Autor stellt aktuell eine Quellenedition „Der Generalstaatskommissar und der Hitler-Putsch“ fertig, die in Kürze erscheint.

so auf der einen Seite nur die ohnehin offensichtliche Überlegenheit der Franzosen im Ruhrgebiet anerkennen, konnte mit dem Ende der längst untragbaren Unterstützungsleistungen aber gleichzeitig die erste Voraussetzung zur Beendigung der Hyperinflation schaffen. Erst bei einem Ende der horrenden Zahlungen bestand nämlich begründete Hoffnung zur Einführung einer neuen und zugleich stabilen Währung – die alte Mark wurde Ende September 1923 schon in Milliarden berechnet und war rettungslos pulverisiert. So betrachtet, lassen sich die skizzierten Putschversuche auch als überstürzte Aktionen im Bewusstsein der langsam entschwindenden Gelegenheit deuten; das mag ebenso eine Erklärung für ihre überstürzte Durchführung bieten. Jedenfalls konnte die Reichsbank nach einigen Vorbereitungen schon am 15. November 1923 die Stilllegung der Notenpresse und die Einführung der sog. Rentenmark verkünden. Der Wert dieser Übergangswährung basierte auf einer letztlich fiktiven Grundschuld („Rente“) des gewerblichen Immobilienbesitzes, was die lange entbehrte feste Orientierung bot, um den Geldumlauf ausreichend knapp zu halten.

Zugleich besserte sich mit dem Ende des passiven Widerstands die internationale Lage für das Reich. Denn bei aller Treue zu seinen Verbündeten konnte eine zu starke oder gar dauerhafte Dominanz Frankreichs in Mitteleuropa auch nicht im Interesse Großbritanniens liegen. London hatte deshalb das Ende des Ruhrkampfes abgewartet, um sicherzustellen, dass Deutschland auch fortan in der Position des Besiegten verbleiben würde, wandte sich nun aber ebenso gegen den weitergehenden Versuch Poincarés, das Rheinland vom Reich abzuspalten.¹⁹ In dieser Absicht verweigerte das Vereinigte Königreich nicht nur die Zusammenarbeit in der Besatzungsbehörde, es entsandte außerdem Delegationen, die die Rechtsbrüche der Separatisten dokumentierten und in Berichten veröffentlichten. Der Sieger im „Ruhrkrieg“ sah sich damit plötzlich weitgehend isoliert und Frankreich blieb im Februar 1924 keine andere Möglichkeit, als die Unterstützung der Separatisten gegen eine für sie gewährte Straffreiheit einzustellen.

Das Kabinett unter Wilhelm Marx, die vierte Reichsregierung innerhalb weniger Monate, konnte Ende 1923 somit durchaus mit Hoffnung in die Zukunft blicken, auch wenn die Versorgungslage

nach den vergangenen zwölf Monaten noch katastrophal war. Selbst der Reichskanzler gestand in seiner Weihnachtsbotschaft ein, dass viele Menschen in Deutschland den Winter nur dank Lebensmittelspenden aus dem Ausland überleben würden.²⁰ Das traf ohne Zweifel zu, das nun folgende Jahr 1924 brachte dann jedoch unerwartet schnell Entspannung: Zwar feierten die links- und rechtsradikalen Parteien bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 noch einmal beachtliche Erfolge – die Verständigung mit den Alliierten auf eine Neuregelung der Reparationen (sog. Dawes-Plan), das Ende der durch den Mangel bedingten Zwangswirtschaft und die Einigung auf ein Ende der Ruhrbesetzung bis 1925 nahmen den Feinden der Weimarer Demokratie dann jedoch vorerst den Wind aus den Segeln. Die nicht zuletzt durch ihre Fundamentalopposition verursachte Neuwahl des Reichstags führte deshalb im Dezember 1924 zu einer erheblichen Schwächung der Ränder und dokumentierte die Beruhigung der Lage auch im politischen Umfeld.

Das Krisenjahr 1923 war in seinen schlimmsten Auswirkungen überwunden, gerade deshalb führt jedoch kein direkter Weg von diesem „*annus horribilis*“ zur Zerstörung der Weimarer Republik in der Weltwirtschaftskrise der frühen Dreißiger. Gedachte Verbindungen dieser Art führen leicht zu vorschnellen Gleichsetzungen, während kritische Vergleiche zwischen beiden Ereignisketten vor allem Unterschiede deutlich machen. Dies gilt im Übrigen auch für Parallelisierungen mit aktuellen Problemen der liberalen Demokratie. Die Warnung vor neuen „Weimarer Verhältnissen“ verstellt in der Regel ebenfalls eher den Blick auf die Ursachen der historischen und der gegenwärtigen Krisen: Denn führte damals die Erblast eines Weltkriegs in Form von schrankenlosem Nationalismus und wirtschaftlicher Not in das Jahr 1923, müssen westliche Demokratien heute eher eine Antwort auf populistische Stereotype, symbolisch überhöhte Kulturkämpfe oder Empörungsspiralen in sozialen Medien finden. ■

19 Elspeth Y. O' Riordan: *Britain and the Ruhr Crisis*, Basingstoke/New York 2001.

20 Jones (wie Anm. 2), S. 331.

AUFMARSCH – MÜNCHEN 1923

GESCHICHTE TRIFFT LITERATUR: EIN KRIMINALROMAN VON ANGELIKA FELEND

von Christina Gibbs

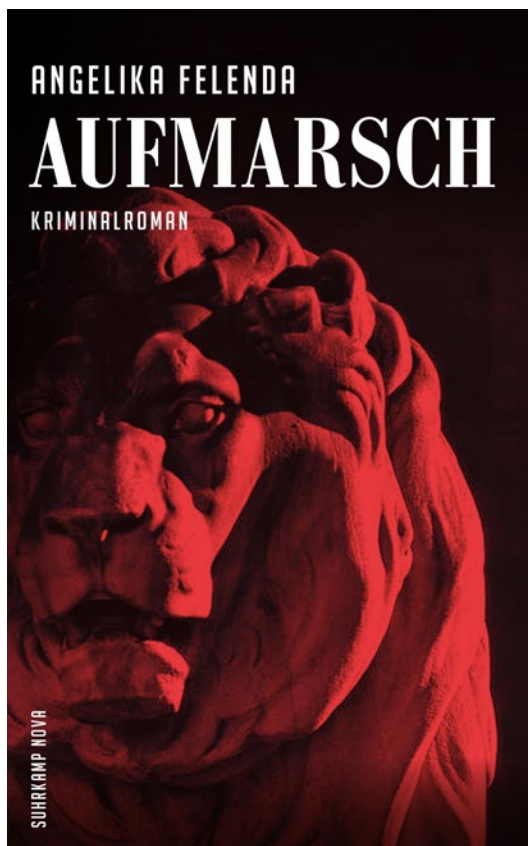


Abbildung:
Suhrkamp Verlag

Das Liebespaar Gereon Rath und Charlotte Ritter dürfte mittlerweile Millionen von Fernsehzuschauern und -zuschauerinnen weltweit bekannt sein: Sie sind die Hauptfiguren der auf den

Romanen von Volker Kutscher¹ beruhenden und vielfach prämierten deutschen Fernsehserie „Babylon Berlin“.² Die fiktionalen Geschichten rund um den Kommissar und die Stenotypistin in der Mordinspektion in Berlin der späten 1920er und 1930er Jahre begeistern seit dem Start der Serie 2018 ein breites Publikum – und dürften so das Bild von den historischen Ereignissen und dem Alltagsleben im Berlin der Weimarer Republik bei den Zuschauern und Zuschauerinnen entscheidend beeinflussen. Dieselbe Zeit steht z.B. auch im Mittelpunkt der englischen Serie „Peaky Blinders“: Rivalisierende Gangsterbanden bekämpfen sich im Arbeitermilieu des britischen Birmingham der 1920er und 1930er Jahre. Die Folgen sind mittlerweile auch in Deutschland ein Highlight bei Streamingdienst-Nutzern und -Nutzerinnen.

Auch wenn ein Roman oder eine Fernsehserie in erster Linie gute Unterhaltung bieten wollen, tragen sie *volens volens* – insbesondere, wenn sie so erfolgreich sind wie die genannten Serien – bei ihrem

1 Mit dem Roman „Der nasse Fisch“ begann 2007 Volker Kutscher Serie um den Kriminalkommissar Gereon Rath im Berlin der späten 1920er und frühen 1930er Jahre. 2009 folgte der zweite Band „Der stumme Tod“, 2010 der dritte Rath-Krimi „Goldstein“, 2012 „Die Akte Vaterland“, 2014 „Märzgefallene“, 2016 „Lunapark“, 2018 „Marlow“ und 2020 schließlich der achte Rath-Roman „Olympia“. Die Reihe soll den Ermittler Gereon Rath noch bis ins Jahr 1938 führen. Die Bücher sind beim Piper-Verlag erschienen.

2 Ausführliche Informationen zur Serie finden sich unter: <https://www.daserste.de/unterhaltung/serie/babylon-berlin/index.html> [Stand:13.02.2023].

Publikum auch zur Ausprägung eines (Geschichts-) Bildes von der jeweiligen Epoche bei. Im besten Fall ist der historische Hintergrund gut recherchiert und möglichst realitätsnah dargestellt – wobei die Darstellung ja immer nur eine interpretatorische Annäherung an die Vergangenheit ermöglichen kann.

Im Geschichtsunterricht oder in der politischen Bildungsarbeit können Romane oder Spielfilme einen niedrigschwelligen (oder bisweilen auch einfach unterhaltsamen) Zugang zu geschichtlichen Themen bieten und so bei dem einen oder der anderen Leser/in ein historisches Interesse wecken oder fördern – dies immer unter der Prämisse, dass es sich um Fiktion handelt, die künstlerische Freiheit und keine wissenschaftliche Präzision für sich in Anspruch nimmt.

Zum „Krisenjahr“ 1923 sind zahlreiche historische Abhandlungen erschienen,³ die eine fundierte, wissenschaftliche Beschäftigung mit der Thematik ermöglichen. Hier soll eine literarische Alternative vorgestellt werden, die eine fiktionale Perspektive auf die Ereignisse bietet: der 2021 beim Suhrkamp-Verlag erschienene Roman „Aufmarsch“ von Angelika Felenda:

München im Sommer 1923: Die Stadt leidet unter Inflation und Wohnungsnot. Rechte Verbände rufen auf zum Widerstand gegen die Besetzung des Rheinlands und zum „Marsch auf Berlin“. In dieser Szenerie untersucht der Münchner Kommissar (im Buch wird die damals gebräuchliche Bezeichnung „Kommissär“ verwendet) Sebastian Reitmeyer mit seinem Assistenten, dem Polizeischüler Rattler, einen Frauenmord in der bayerischen Landeshauptstadt. Bei seinen Ermittlungen trifft er auf Immobilienspekulanten und dubiose Anwälte; außerdem wird er konfrontiert mit Rassismus, Antisemitismus, Straßenkämpfen und stört sich an der von ihm wahrgenommenen, zunehmend stärker werdenden Akzeptanz von völkischem Gedankengut, das auch vor seiner eigenen Behörde, dem Polizeipräsidium in München, keinen Halt zu machen scheint.

Die Handlung nimmt rasch an Fahrt auf: Sowohl die Presse als auch sein Chef, Oberinspektor Klotz, üben massiv Druck auf den Kommissär aus, die „überhandnehmende Spiel- und Wettsucht“ in illegal betriebenen Clubs und die dadurch hervorgerufene „Verwilderung der Sitten“ zu beenden, als er auch noch den Frauenmord aufklären muss. Die

zwölfjährige Leni, ein „Blumenmädchen“, die mit einer Gruppe Jugendlicher auf nicht immer legale Weise versucht, rund um den Münchner Viktualienmarkt an Geld und Lebensmittel zu kommen, könnte eine wichtige Zeugin sein, verschwindet aber plötzlich. Ins Visier der Ermittlungen geraten auch ein jüdischer Kaufmann und seine Familie, die massiven antisemitischen Ressentiments und Bedrohungen ausgesetzt sind.

Nicht nur Krimifans kommen bei der Lektüre auf ihre Kosten. Auf jeder Seite erlebt man das historische München im Jahr 1923: Die Autorin Angelika Felenda ist Historikerin und hat für die Romanserie akribisch jedes Detail recherchiert. So erzählt sie,⁴ dass sie sich für die Bücher z.B. intensiv mit den Organisationsstrukturen von Polizei und Militär auseinandergesetzt hat. Außerdem hat sie recherchiert, was man zur damaligen Zeit aß und trank (u.a. Käsebrot, Erbsensuppe, Würstchen, Kaffee, Bier, Limonade), welche Zigarren geraucht (Reitmeyer zündet sich zwischendurch gerne „eine Kaiserliche“ an) und welche Bücher gelesen wurden oder welche Kinofilme in den Münchner Filmtheatern am Sendlinger Tor oder in den Rathaus-Lichtspielen liefen (z.B. Stuart Webbs-Filme, eine sehr beliebte Detektiv-Serie nach dem Vorbild der Sherlock Holmes-Bücher, die Anfang der 1920er Jahre Bestseller waren). Die Handlungen führen in die Münchner Innenstadt, nach Schwabing oder in die Au, die meisten Straßennamen sind bis heute dieselben, und selbst einige Hotels und Kneipen, die im Buch eine Rolle spielen, wie das „Zwingereck“ oder der „Bayerische Hof“, existieren bis heute.

Bisweilen rückt auch das Münchner Umland in den Fokus, wenn Reitmeyer kurzzeitig z.B. am Starnberger See oder in Berchtesgaden ermittelt – schon damals Orte, die für einen Wochenendausflug oder die Sommerfrische nicht nur von den Münchnern und Münchnerinnen gerne besucht wurden.

Authentizität wird durch in die Romane eingebaute Zitate aus historischen Originalquellen wie Flugblättern, Zeitungs- und Plakattexten gewährleistet: So liest Reitmeyer in „Aufmarsch“ am Bahnhof wartend die neuesten Zeitungsschlagzeilen: „Versammlung zu Nationalsozialismus und Christentum, Diskussion zwischen Dr. Schott, NSDAP und Pater Rupert Mayer“, und studiert dann die „monatliche Lohntafel für Hausangestellte, die von den Hausfrauenorganisationen veröffentlicht

3 Vgl. dazu die Literaturangaben in den Artikeln von Matthias Bischel und Bernhard Grau in diesem Heft.

4 Unveröffentlichtes Interview mit Angelika Felenda am 26. Januar 2023.

wurde, Hausmädchen unter 18 – 125.000.- Mark. Über 18 – 175.000.- Mark. Zimmermädchen perfekt – 300.000 Mark“, bevor er sich aufgrund einer Schlagzeile über die Verhaftung einer kommunistischen Klebekolonie, die beim Anbringen von Plakaten für den Antifaschistentag festgenommen wurde, überlegt, „wieso die Rechten die ganze Stadt zukleistern durften [...]“.⁵ An anderer Stelle, an der es um einen angeblich von Juden begangenen Ritualmord geht,⁶ erinnert er sich an die hetzerischen Propagandatekte des damals neuen „Stürmers“:⁷ „Plötzlich fiel ihm die neue Zeitung ein [...]. Das Blatt komme in Nürnberg heraus und sei bislang beispiellos, was aggressiven Antisemitismus angehe. Dieser Stürmer warne ganz grundsätzlich vor der Vernichtung der arischen Rasse und greife dabei auch bewusst auf die alten Vorwürfe zurück, dass Juden Ritualmorde begingen. Er hatte damals bezweifelt, dass ein Blatt mit derart abstrusen Geschichten große Verbreitung finden könnte. Aber jetzt wurde er in seinem eigenen Büro mit diesen Schauermärchen konfrontiert.“⁸

Neben der spannenden Handlung und dem historisch akkurat recherchierten Hintergrund besticht die Romanserie auch durch lebensnahe, sympathische Protagonisten:

Kommissär Sebastian Reitmeyer ist ein aufrechter Typ, der Recht und Ordnung nach den geltenden Gesetzen auf humane Weise zu erhalten

sucht, was ihm im Laufe der bisher erschienenen vier Romane, die in München vom Beginn des Ersten Weltkrieges 1914⁹ bis zum Hitler-Ludendorff-Putsch 1923 spielen, immer schwerer gemacht wird. Nicht zuletzt muss er sich korrupten Beamten und Unterstützern der völkischen Szene in den eigenen Reihen und, was noch schwieriger ist, aus dem Militär, das „einen Staat im Staat“ bildete,¹⁰ entgegenstellen. Auch Machthaber der katholischen Kirche spielen dabei nicht immer eine rühmliche Rolle. Laut der Autorin dürfte er im echten Leben wohl kaum eine Chance gehabt haben, seine Karriere fortzusetzen. Wahrscheinlich wäre er bei seinen Ermittlungen in der völkisch-nationalistischen Szene und im militärischen Umfeld kalt gestellt worden, so Felenda.¹¹

Reitmeyers aparte und clevere Freundin Caroline ist eine selbstständige und emanzipierte Figur, die an fortschrittliche Frauen aus der Münchner Bohème-Zeit wie Emma Merk oder Marie Haushofer erinnert. Sie stammt aus einem reichen Schwabinger Elternhaus, allerdings hat die Mutter, eine adlige Engländerin, die Familie verlassen und verbringt die meiste Zeit in Großbritannien. Caroline arbeitet nach einem Medizinstudium als Assistentin in der Gerichtsmedizin und unterstützt Reitmeyer häufig bei seinen Nachforschungen. Sie sind nicht verheiratet und haben keine gemeinsame Wohnung: Reitmeyer hat ein Zimmer bei seiner Tante und Caroline wohnt mit ihrem snobistischen Vater und ihrem Bruder in der Familien-Villa der Dohmbergs in Schwabing. Ihr Bruder gerät im Laufe der Zeit immer mehr in das Umfeld der noch jungen NSDAP und öffnet als Erbe des Hauses die Schwabinger Villa immer wieder für Zusammenkünfte seiner Freunde aus dieser Szene. Inflation und Wohnungsnot machen es dem Paar schwer, eine gemeinsame Bleibe zu finden. Sowohl Reitmeyers patente und um ihn (aus religiösen Gründen) besorgte Tante als auch Carolines Vater (er möchte für seine Tochter einen aus seiner Sicht angemesseneren, standesgemäßen Mann) sind gegen die Verbindung. Das Paar spürt die Auswirkungen der Inflation, auch wenn es finanziell bessergestellt ist als viele andere Menschen dieser Zeit. Reitmeyer verfügt als Beamter immerhin über eine gesicherte Stellung

5 Angelika Felenda: *Aufmarsch*, München 2021, S. 274 f.

6 Die auf ein mittelalterliches Gerücht zurückgehende Ritualmordlegende um den „Anderl von Rinn“ bewirkte, dass sich bis heute am 12. Juli in der Wallfahrtskirche „Judenstein“ bei Rinn in Tirol zahlreiche Pilger in dem versammeln, auch wenn die Verehrung des 1775 vom Papst seliggesprochenen Kindes seit 1988 verboten und 1985 ein Bild in der Kirche übermalt wurde, das den angeblichen Ritualmord zeigt. Siehe dazu Felenda (wie Anm. 5), S. 420 oder „Anderl von Rinn“: Wie eine erfundene Kindstötung über Jahrhunderte Hass schürte – DER SPIEGEL [Stand: 03.02.2023].

7 Vgl. dazu z.B. Siegfried Zelnhefer: *Der Stürmer*, in: *Historisches Lexikon Bayerns* (2008), https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Der_Stürmer_Deutsches_Wochenblatt_zum_Kampf_um_die_Wahrheit [Stand: 13.02.2023]: Die antisemitische Wochenzeitung „Der Stürmer“, Untertitel ab 1932 „Deutsches Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit“, erschien vom 20. April 1923 bis 2. Februar 1945 in Nürnberg. Gründer und Herausgeber war der NSDAP-Gauleiter von Franken, der „Frankenführer“ Julius Streicher (1885-1946). Zunächst auf die Region Nürnberg beschränkt, entwickelte sich das Hetzblatt seit 1933 zu einem NS-Massenblatt und erreichte, auch mit Hilfe von Werbemethoden wie z. B. den „Stürmerkästen“, eine maximale Auflage von 486.000 Stück (1936/1937), bei Sondernummern sogar bis zu 2 Mio. Ziel und Inhalt der Zeitung war die Diffamierung der Juden in Hetzartikeln, sinnentstellenden Montagen und insbesondere in den antisemitischen Karikaturen von Philipp Rupprecht (1900-1975). Als Privatorgan Streichers besaß „Der Stürmer“ in der NS-Presse eine Sonderstellung.

8 Felenda (wie Anm. 5), S. 176 f.

9 *Der Eiserne Sommer* (2016), *Wintergewitter* (2019), *Herbststurm* (2020) und der besprochene Titel *Aufmarsch* (2021), alle erschienen bei Suhrkamp Nova.

10 Vgl. dazu z.B. <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/reichswehr.html> [Stand: 03.02.2023].

11 Interview (wie Anm. 4).

und ein Einkommen, das ihn einigermaßen über die Runden kommen lässt. Auch Caroline kann durch ihre Arbeit als Assistentin in der Gerichtsmedizin Geld verdienen – und zur Not könnte sie ja das Familiensilber verkaufen, so die Autorin über ihre Figur.¹²

Der intelligente und unerschrockene Polizeischüler Korbinian Rattler leidet, wie auch Reitmeyer, unter den Spätfolgen des Ersten Weltkrieges. Während der Kommissär vor allem mit psychischen Traumata zu kämpfen hat, wurde die Lunge seines Assistenten bei einem Gaseinsatz an der Front so stark verletzt, dass der junge Mann immer wieder von Atemnot und Schwächeanfällen betroffen ist, besonders, wenn er mit seinem Fahrrad oder zu Fuß schnell auf den Straßen der Stadt unterwegs ist. In „Aufmarsch“ trainiert Rattler die damals in München noch ziemlich unbekannte Kampfsportart Jiu Jitsu beim jüdischen Sportverein „Bar Kochba“ in der Klenzestraße, um trotz seiner angegriffenen Gesundheit körperlich fit und ggf. für einen Angriff auf der Straße gerüstet zu sein. Er interessiert sich sehr für die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und trägt durch seine klugen Beobachtungen häufig zur Lösung von kniffligen Ermittlungsfragen bei.

Am Ende von „Aufmarsch“ werden die Szenen des „Hitler-Ludendorff-Putsches“ in den Straßen Münchens am 9. November 1923 eindrücklich beschrieben:

“

„Als er durch die Straßen nach Schwabing fuhr, sah er Mannschaftswagen mit auswärtigen Polizeikontingenten und Reichswehrsoldaten an den Kreuzungen stehen. [...] Gegen elf machte er sich wieder auf den Weg. In der Weinstraße drang ihm großer Lärm vom Marienplatz entgegen. Dort musste sich eine Menschenmenge versammelt haben. Er stellte sein Rad ab und ging die letzten Meter zu Fuß“. „Was ist da los“, fragte er zwei Männer, die vorm Donisl standen. „Die ham Stadträte und den Bürgermeister verhaftet“, antwortete einer. „Wer?“ „Die SA. Und jetzt soll ein großer Zug vom Bürgerbräu runterkommen“. Reitmeyer drängte sich durch die Menschenmenge und wollte

seinen Augen nicht trauen, als er die riesige Hakenkreuzfahne vom Balkon des Rathauses hängen sah. Darunter stand die Straßenbahn zwischen den Leuten eingekeilt, und auf einem Wagen stand Julius Streicher, der größte Hetzer dieser Bande, und hielt eine Rede. Soweit er es verstehen konnte, verkündete er die neuen Richtlinien. Die jüdischen Wucherer würden aufgeknüpft, die Börsen geschlossen und die Banken verstaatlicht. [...] Kurz vor dem Platz (Anm. d. Verf.: am Isartor) sah er den Zug. [...] Ludendorff und Hitler marschierten in der ersten Reihe. Der General trug zwar keine Uniform, sondern einen zerknitterten Anzug, aber alle erkannten ihn, und Hitler in seinem Trenchcoat war ohnehin ein bekannter Anblick in der Stadt. Hochrufe wurden laut und Parolen skandiert. „Deutschland erwache!“, „Heil Ludendorff“, „Heil Hitler!“. Eine Blaskapelle, die in dem Zug mitmarschierte, spielte den Badenweiler Marsch. So richtig siegreich wirkten die Marschierer jedoch nicht. In ihren armseligen Uniformen aus alten Heeresbeständen kombiniert mit schäbigen Filzhüten, erinnerten sie eher an ein geschlagenes Heer als eine mitreißende Truppe, die einen Volksaufstand anführte. Und sicher war es auch kein Vorteil gewesen, dass sie die ganze Nacht im Bürgerbräu verbracht und tief in die Bierkrüge geschaut hatten. Reitmeyer schwang sich wieder aufs Rad und fuhr zu Sepps Kanzlei am Odeonsplatz. Aber der Platz war von einer mindestens hundertköpfigen Einheit der Landespolizei abgeriegelt, die mit Maschinengewehren ausgerüstet war. Ein Durchkommen war unmöglich. Also blieb er am Rand der Residenzstraße stehen und sah etwa eine halbe Stunde später, wie der Zug von der Weinstraße kommend über die Perusa- auf die Residenzstraße einbog, wahrscheinlich, um zu Röhm in der Ludwigstraße vorzudringen. In Zehnerreihen, lauthals die ‚Wacht am Rhein‘ singend, marschierten die Putschisten auf eine Absperrkette zu. Es entstand ein Gerangel. Kurz drauf hörte Reitmeyer Schüsse. Eine Maschinengewehrsalve knatterte. Danach schien die Hölle loszubrechen. Alles stob auseinander. Verletzte wurden niedetrampelt, panisch und kopflos liefen die Marschierer durcheinander, von grün uniformierter Landespolizei verfolgt.“¹³

12 Ebd.

13 Felenda (wie Anm. 5), S. 411 f.

Auch wenn der Kriminalfall zum Schluss gelöst wird, endet das Buch unbehaglich: Reitmeyer überlegt, was er wohl machen würde, „wenn der Frick Polizeipräsident ist“, – hier wirft die NS-Zeit ihre Schatten auch im Roman voraus – Wilhelm Frick war ab 1933 Reichsinnenminister – 1946 wurde er im Zuge der Nürnberger Prozesse als Hauptkriegsverbrecher hingerichtet.

Angelika Felenda betont, dass die Arbeit an dem Buch ihr noch einmal eindringlich vor Augen geführt habe, dass lange vor der „Machtergreifung“ 1933 jedem klar gewesen sein müsse, in welchen Abgrund eine Nazi Herrschaft führen würde. Besonders beschäftigt sie in diesem Zusammenhang ein Zitat Hitlers aus dem Jahr 1925: „Wenn es auch länger dauert, sie zu überstimmen, als sie zu erschießen, so wird uns ihre eigene Verfassung den Erfolg garantieren!“. Umso frappierender sei es, dass gerade in München, das am Anfang des 20. Jahrhunderts als fortschrittlichste und liberalste Stadt des Deutschen Reiches gegolten habe, das Unheil seinen Anfang nahm.

Auch wenn die historischen Hintergründe und Details wissenschaftlich einwandfrei sind, ist es Felenda wichtig,¹⁴ dass sie sich in erster Linie als Schriftstellerin verstehe und einen Unterhaltungsroman vor historischer Kulisse und kein Geschichtsbuch geschrieben habe.

Sie versucht, die Atmosphäre historisch so genau wie möglich einzufangen, erlaubt sich aber schriftstellerische Freiheiten und weiß, dass man die Vergangenheit immer aus dem Blickwinkel der Gegenwart betrachtet und interpretiert.

Nichtsdestotrotz kann die Lektüre nicht nur zur Unterhaltung, sondern auch als erster Einstieg in die Geschichte des Jahres 1923, besonders in die Bayerns und seiner Landeshauptstadt, empfohlen werden. 🍌



DIE AUTORIN



Abbildung: privat

Angelika Felenda hat Geschichte und Germanistik studiert und arbeitet als Schriftstellerin und literarische Übersetzerin in München. Mit ihrer Romanserie war sie 2015 nominiert für den Friedrich-Glauser Preis 2015 und auf der Longlist für den Crime Cologne Award 2017.

Die vier Bücher der Krimiserie um Kommissär Sebastian Reitmeyer, „Der Eiserne Sommer“ (2016), „Wintergewitter“ (2019), „Herbststurm“ (2020) und der besprochene Titel „Aufmarsch“ (2021) sind bei Suhrkamp Nova erschienen.

14 Interview (wie Anm. 4).

Am 22. Dezember 1922 verfasste der Polizeireferent im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Joseph Zetlmeier, einen Aktenvermerk, in dem er sich ausführlich mit zehn Parteiversammlungen der NSDAP beschäftigte, die am 13. Dezember dieses Jahres in München abgehalten worden waren.¹ Adolf Hitler hatte auf allen zehn Veranstaltungen kurz das Wort ergriffen und überall in etwa denselben Kurzvortrag gehalten. Wie die übrigen Redner aus den Reihen der NSDAP, darunter namentlich Hermann Esser, Dietrich Eckart und Walter Kellerbauer, richtete er seine Angriffe gegen die gewohnten Feindbilder der völkischen Bewegung, gegen Judentum, Marxismus, Internationalismus und Börsenkapital, aber auch gegen den Parlamentarismus, die allesamt als die „wahren Totengräber“ und Urheber für alle Übel der Gegenwart hingestellt wurden, für den verlorenen Krieg, die Revolution, die „Wehrlosmachung des Volkes“ und den wirtschaftlichen Zusammenbruch. Den Gegnern wurde wenig verklausuliert schwere Vergeltung angedroht.²

Der zehnsseitige Aktenvermerk von Zetlmeier ist Beleg dafür, dass die amtlichen Stellen in Bayern aufgrund der polizeilichen Überwachungsmaßnahmen sehr genau über die Aktivitäten der extremen Rechten in München informiert waren und auch das Gefahrenpotential kannten, das dieser Bewegung innewohnte. So hielt Zetlmeier unter anderem fest, dass die ganze Bewegung auf Hochverrat, eine Revolution und eine Diktatur zustrebe. Daraus schloss er, dass die Umsetzung ihrer Ziele und „dunklen Ideen“ in „Blut und Unordnung“ enden werde.³ Obwohl auch Zetlmeier die „vaterländischen“ Motive anerkannte, die der NS-Ideologie innewohnten, forderte er politisch und polizeilich härter gegen die NSDAP vorzugehen, insbesondere die SA aufzulösen und ggf. auch weitere Versammlungen zu verbieten.⁴ Diesem Vorschlag wurde jedoch nur halbherzig gefolgt. Konsequenz war, dass sich die NSDAP und die ihr angeschlossenen Kampfverbände im Laufe des Jahres 1923 immer weiter radikalisierten, ihre Gewaltbereitschaft steigerten und so die ihnen gesetzten Grenzen immer weiter hinausschoben, eine Entwicklung, die schließlich in den Putsch vom 8./9. November 1923 mündete, der die junge Weimarer Demokratie an den Rande ihrer Existenz führte.

Das Jahr 1923 und der Hitlerputsch als Teil der Erinnerungskultur

Das Jahr 1923 und der sog. Hitler-Putsch haben sich tief in das kollektive Gedächtnis und in die Erinnerungskultur eingebrannt. Dass er sich in diesem Jahr zum 100sten Mal jährt, führte daher zu einer wahren Flut an Buchveröffentlichungen.⁵ Auch die Staatlichen Archive Bayerns tragen zu dem Gedenken bei und veranstalten im Jahr 2023 unter dem Titel „Demokratie im Abwehrmodus – Bayern im Krisenjahr 1923“ eine zwölfteilige Vortragsreihe.⁶ In deren Rahmen wird Monat für Monat ein wissenschaftlicher Vortrag angeboten, der – anknüpfend an ein wichtiges Ereignis aus demselben Monat des Jahres 1923 – einen Aspekt der politischen und gesellschaftlichen Umbruchssituation aufgreift, inhaltlich erläutert und in die historischen Zusammenhänge einordnet.⁷

Dadurch soll deutlich gemacht werden, dass der Hitler-Putsch kein isoliertes Ereignis war, sondern im Kontext der gesamten politischen und gesellschaftlichen Entwicklung gesehen werden muss, die sich auch für die meisten Zeitgenossen als schwer beherrschbar darstellte und die Demokratie gleich in mehrfacher Hinsicht vor eine schwere Belastungsprobe stellte. Indem zu jedem Vortrag einschlägige Dokumente aus den Staatlichen Archiven Bayerns vorgestellt werden, soll zudem auf die große Fülle einschlägiger Primärquellen hingewiesen und deutlich gemacht werden, dass selbst auf diesem Themengebiet weiterhin erheblicher Forschungsbedarf besteht.

Gegenwärtig verleitet allerdings nicht nur das Jubiläum dazu, die Ereignisse des Jahres 1923 intensiver in den Blick zu nehmen. Presse und Öffentlichkeit thematisieren vielmehr auch die

1 BayHStA, MA 100425, Blätter 329–338, Aktenvermerk des Polizeireferenten Zetlmeier, München, 22.12.1922.

2 Ebd., S. 1.

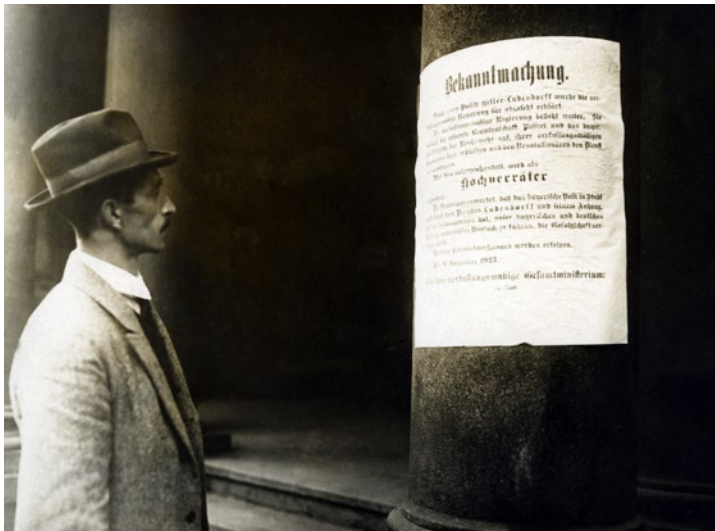
3 Ebd., S. 6 f.

4 Ebd., S. 9 f.

5 Christian Bommarius: Im Rausch des Aufbruchs. Deutschland 1923, München 2022; Mark Jones: 1923. Ein deutsches Trauma, Berlin 2022; Peter Longerich: Außer Kontrolle. Deutschland 1923, Wien 2022; Peter Süß: 1923 Endstation. Bitte alles einsteigen, Berlin 2022; Jutta Hoffritz: Totentanz - 1923 und seine Folgen, Hamburg 2022; Volker Ullrich: Deutschland 1923. Ein Jahr am Abgrund, München 2023; Ralf Georg Reuth: 1923 - Kampf um die Republik, München 2023; Peter Reichel: Rettung der Republik. Deutschland im Krisenjahr 1923, München 2023; Wolfgang Niess: Der Hitlerputsch. Geschichte eines Hochverrats, München 2023.

6 Das Programm der Vortragsreihe kann auf der Homepage der Staatlichen Archivverwaltung eingesehen werden: <https://www.gda.bayern.de/aktuelles/krisenjahr-1923/> [Stand: 02.03.2023].

7 Die Vortragsveranstaltungen können jeweils durch Live-Stream auch im Internet mitverfolgt werden. Soweit die Autoren zugestimmt haben, werden die Vorträge im Anschluss auf dem YouTube-Kanal der Staatlichen Archive Bayerns veröffentlicht: <<https://www.youtube.com/channel/UCTjl-I2ulj2849l-wuSj01g>> [Stand: 02.03.2023].



Ein Münchner
liest am 9.
November 1923
einen Aufruf
der bayerischen
Landesregierung,
den Putschisten
um General Erich
Ludendorff und
Adolf Hitler keine
Gefolgschaft zu
leisten.

Foto:
Süddeutsche
Zeitung Photo

auffälligen Parallelen zwischen der damaligen Zeit und unserer Gegenwart. Wichtige Stichworte sind dabei: Bedrohung der Demokratie von rechts, Inflation und drohende Kriegsgefahr. Hat der Beginn des Russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, die ohnehin bestehenden Unsicherheiten über die weltpolitische Lage weiter verstärkt, so weckten die damit einhergehenden, so nicht mehr gewohnten Preissteigerungen gerade in Deutschland ungute Erinnerungen an die Hyperinflation der frühen 1920er Jahre. Warnungen vor einem Einbrechen der deutschen Wirtschaft taten ein Übriges, bei vielen Zeitgenossen ernsthafte Zukunftsängste zu wecken. Aber auch die Bedrohung durch rechts-extreme politische Bewegungen ist uns heute nicht mehr so fern, wie sich viele dies wünschen würden. Die Mordtaten des NSU und die Umsturzpläne der Reichsbürgerbewegung machten deutlich, wie ernst diese rechten Netzwerke zu nehmen sind. Der Anschlag auf die jüdische Synagoge in Halle zeigte außerdem, dass neben den ausländerfeindlichen Bestrebungen auch der Antisemitismus neue Sichtbarkeit und neues Gefahrenpotential gewinnt. Der Blick zurück ins Jahr 1923 scheint sich auch in dieser Hinsicht aufzudrängen.

Das Jahr 1923 als Krisenjahr

Dies schließt auch aus, sich dem Jahr 1923 allzu einseitig, nämlich nur mit Blick auf den Aufstieg des Nationalsozialismus zu nähern. Unübersehbar spitzte sich die Entwicklung in diesem Jahr zu einer „politischen Fundamentalkrise“ zu, die

die junge und ungefestigte Demokratie in mehrfacher Hinsicht auf eine bis dahin kaum vorstellbare Probe stellte.⁸ Als Katalysator und Triebfeder des Ungemachs kann dabei der „Ruhrkampf“ gesehen werden, der durch den Einmarsch Frankreichs ins Rheinland ausgelöst wurde, der unmittelbar zu Beginn des Jahres 1923 erfolgte und Bayern wegen der Einbeziehung der Rheinpfalz auch unmittelbar berührte.⁹ Begründet wurde er mit den Rückständen des Deutschen Reichs bei den Reparationszahlungen. Beantwortet wurde die Ruhrbesetzung mit dem Ruhrkampf, sprich mit dem passiven Widerstand, der breite Resonanz fand und Frankreich erhebliches Kopfzerbrechen bereitete, das Deutsche Reich aber auch beträchtliche finanzielle Mittel kostete, die den ohnehin knappen Staatshaushalt vollends überforderten, so dass der Widerstand nicht lange durchgehalten werden konnte und ohne Ertrag abgebrochen werden musste.¹⁰

Schlimmer noch! Der Ruhrkampf verstärkte die von Frankreich geförderten separatistischen Bewegungen in den besetzten Gebieten, so dass eine Abspaltung der rechtsrheinischen Gebiete vom Reich drohte.¹¹ Außerdem führte er zum Ruin der deutschen Staatsfinanzen und trug so entscheidend dazu bei, die ohnehin deutlich spürbaren inflationären Tendenzen ins exponentielle Wachstum zu treiben und eine Hyperinflation auszulösen, auf deren Höhepunkt ein amerikanischer Dollar über vier Billionen Reichsmark wert war. Der Wertverfall der einheimischen Währung tangierte den Alltag der Bevölkerung in einem Ausmaß, das heute nur noch schwer vorstellbar ist, und führte zu einer Vermögensumverteilung, die den Einzelnen, je nach seiner sozialen Stellung, in höchst unterschiedlichem Maße betraf. Die soziale Unausgewogenheit provozierte Unsicherheit und Spannungen und gefährdete damit indirekt auch den Rückhalt der Demokratie in der Mitte der Bevölkerung.¹²

Die Krise von Wirtschaft und Finanzsystem verlieh den antidemokratischen Kräften erheblichen Auftrieb und potenzierte die Gefahr eines

8 Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2017, S. 207.

9 Siehe etwa Wolfgang Zorn: Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert, München 1986, S. 263 f. Vgl. dazu auch den Artikel von Matthias Bischof in diesem Heft, S. 4-13.

10 Ullrich (wie Anm. 5), S. 17-70.

11 Ebd. S. 218-241.

12 Gunther Mai: Die Weimarer Republik, 2013, S. 35 ff.; Longerich (wie Anm. 5), S. 107-117.



Reichswehrpatrouille im Herbst 1923 in den Straßen von Freiburg in Sachsen. Um die Bevölkerung nicht zu beunruhigen, tragen die Soldaten bei den Patrouillen die Feldmütze, nicht den Stahlhelm.

Foto:
Süddeutsche
Zeitung Photo/
Scherl

gewaltsamen Umsturzes. Und die Beendigung des Ruhrkampfes führte zu einer weiteren Zuspitzung der innenpolitischen Lage. Sichtbar wurden die Bruchlinien insbesondere an den Konflikten des Reiches mit den Ländern Bayern, Sachsen und Thüringen. Die beiden letztgenannten Länder wurden spätestens dann zu Brennpunkten der von Moskau aus gesteuerten Umsturzpläne der äußersten Linken, als die Kommunisten dort in die SPD-geführten Landesregierungen eintraten. Damit war für die Reichsregierung eine rote Linie überschritten. Die „Reichsexekution“ gegen Sachsen führte Ende Oktober zur Absetzung der Landesregierung, zur Auflösung der Arbeiterwehren, gleichzeitig aber auch zum Einmarsch von Reichswehreinheiten ins benachbarte Thüringen. Zu einem letztlich aussichtslosen Volksaufstand der Kommunisten kam es im Oktober 1923 in Hamburg. Auch wenn dieser von der Hamburger Polizei innerhalb kurzer Zeit niedergeschlagen werden konnte, machte er zumindest deutlich, welche Gefahren für den Fortbestand der Republik auch von der extremen Linken tatsächlich ausgingen.¹³

Bayern auf dem Weg zum Hitlerputsch

In Bayern kamen die verfassungsfeindlichen Bestrebungen hingegen aus der völkischen Ecke, insbesondere von der aufstrebenden nationalsozialistischen Bewegung, die hier ihre Wurzeln hatte. Die Tatsache, dass die bayerische Staatsregierung selbst einen reaktionären und antiliberalen Kurs steuerte, bot dafür einen geeigneten Nährboden. Unübersehbar hatte das Land nach dem Ende des Ersten Weltkriegs eine Sonderentwicklung genommen, die es – je länger, je mehr – in einen wachsenden Gegensatz zur Reichsregierung in Berlin brachte. Am Anfang dieser Entwicklung stand die Revolution des Jahres 1918, die in Bayern aus eigener Wurzel entstanden war und bewirkte, dass die bayerische Monarchie schon zwei Tage vor der Ausrufung der Republik in Berlin gestürzt wurde.¹⁴ Sie brachte mit Kurt Eisner einen Unabhängigen Sozialdemokraten an die Spitze einer Revolutionsregierung, in der gleichwohl die

13 Ullrich (wie Anm. 5), S. 140-170.

14 Bernhard Grau: Revolution in Bayern. Kurt Eisner und das Ende der bayerischen Monarchie, in: Günther Kronenbitter/Markus Pöhlmann (Koord.): Bayern und der Erste Weltkrieg, hg. v. der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2017, S. 202-216, hier S. 205-209.

Mehrheitssozialdemokratie ein Übergewicht besaß und auch Repräsentanten des liberalen Bürgertums vertreten waren. Den Übergang zu einer aus freien Wahlen hervorgegangenen Regierung unter Führung der Mehrheits-SPD verhinderte der Mord an Eisner. Er wurde auf dem Weg zur Eröffnung des neu gewählten Landtags von dem Weltkriegsleutnant Anton Graf Arco auf Valley hinterrücks erschossen.¹⁵

Das Attentat führte zu einer neuerlichen Zuspitzung der politischen Lage und Anfang April zur Ausrufung der Münchner Räterepublik, die Ende April/Anfang Mai durch Reichswehr und Freikorpsverbände brutal niedergeschlagen wurde. Die gewaltsame Zuspitzung stellte nicht nur für die Münchner Bevölkerung, sondern für ganz Bayern eine traumatische Erfahrung dar. Sie trug – wie die Landtagswahlen des Jahres 1920 zeigen sollten – zu einer Stärkung der extremen politischen Lager bei, langfristig vor allem aber zum Erstarken der konterrevolutionären Kräfte. Bezeichnenderweise führte im März 1920 der Kapp-Putsch, der andernorts am Widerstand der Arbeiterbewegung kläglich scheiterte, ausgerechnet in Bayern zum unfreiwilligen Rücktritt der Staatsregierung unter Ministerpräsident Johannes Hoffmann von der SPD. Dem Druck, den General Möhl als oberster Befehlshaber der Reichswehr in Bayern, gestützt auf konservative politische Kräfte, Einwohnerwehren und Sicherheitsbehörden, auf die Regierung ausübte, hielt diese nicht stand. Sie wurde durch eine bürgerliche Regierung unter Gustav Ritter von Kahr ersetzt, zu diesem Zeitpunkt Regierungspräsident von Oberbayern. Damit wandelte sich Bayern zur „Ordnungszelle“, die auf dezidiert konservativen und autoritären Ordnungs- sowie auf antibolschewistischen und antiliberalen politischen Zielvorstellungen aufbaute.¹⁶

Unter von Kahr und seinen Nachfolgern entwickelte sich Bayern zu einem Sammelbecken

vaterländischer Kräfte, rechtsextremer Republikgegner und illegaler Kampfverbände. Die Sprengkraft dieser Konstellation war der bayerischen Staatsregierung von Anfang an bewusst. Die ideologische Nähe zur „vaterländischen“ Bewegung, deren Netzwerke weit ins Militär, in die Sicherheitsbehörden und die Justiz hineinreichten, sorgte aber dafür, dass mit einem ernsthaften Einschreiten gegen die Republikfeinde auf der Rechten nicht zu rechnen war. Wenn Kahr und seine Gefolgsleute allerdings geglaubt hatten, die NSDAP und die Kampfverbände, für ihre eigene, auf Restauration des monarchischen Obrigkeitsstaats gerichtete Sache dienstbar machen zu können, so sahen sie sich bald getäuscht und mussten erkennen, dass die Ordnungsvorstellungen der Völkischen weder mit der Republik noch mit der Monarchie kompatibel waren, sondern auf die Errichtung einer Diktatur abzielten. Trennend musste auch der volkstümliche Partikularismus von Kahrs wirken, wollte doch die NS-Bewegung eine nationale Revolution herbeiführen.¹⁷

Ein erstes Indiz dafür, in welche Richtung die Entwicklung gehen würde, hatten die Nationalsozialisten beim „Deutschen Tag“ in Coburg gesetzt, zu dem Hitler mit etwa 650 SA-Männern erschienen war. Ihr Auftreten stellte die eigentliche Tagung völlig in den Schatten, nutzten die Nationalsozialisten das Ereignis doch zur Machtdemonstration, indem sie gewaltsam gegen echte und vermeintliche politische Gegner, also insbesondere gegen Anhänger der Linken vorgingen, um Coburg so vom „roten Terror“ zu befreien.¹⁸ Der NSDAP-Parteitag in München Ende Januar 1923 bot Hitler und seinen Anhängern dann erneut Gelegenheit, nicht nur ihr antibolschewistisches, antisemitisches und völkisches Gedankengut zu propagieren, sondern vor allem auch die Schlagkraft ihrer bewaffneten Kampfverbände zu demonstrieren. Die für den 1. Mai 1923 angekündigten Großdemonstrationen der Münchner Arbeiterschaft riefen die Nationalsozialisten dann ein weiteres Mal auf den Plan. Erklärtes Ziel war diesmal die Verhinderung der bereits genehmigten Maifeierlichkeiten, sprich die offene Konfrontation mit der Arbeiterbewegung.

15 Friedrich Hitzler: Anton Graf Arco. Das Attentat auf Kurt Eisner und die Schüsse im Landtag, München 1988, S. 31-33; Nanette von Tucher: Der Mord an Kurt Eisner durch Anton Graf Arco auf Valley (= Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 842), München 2021, S. 2 ff.

16 Heinz Hürten: Revolution und Zeit der Weimarer Republik, in: Handbuch der Bayerischen Geschichte, Bd. IV.1, hg. von Alois Schmid, München 2003, S. 457-464 und 471-479; Matthias Bischel: Räterepublik Baiern (1919), publiziert am 22.03.2019, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <[https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Räterepublik_Baiern_\(1919\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Räterepublik_Baiern_(1919))> [Stand: 02.02.2023]; Bruno Thoß: Kapp-Lüttwitz-Putsch, 1920, publiziert am 11.09.2012; in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Kapp-Lüttwitz-Putsch,_1920> [Stand: 02.02.2023].

17 Hürten (wie Anm. 16), S. 457-464 und 479-489.

18 Dem „Deutschen Tag“ in Coburg haben das Staatsarchiv Coburg, die Landesbibliothek Coburg und die Historische Gesellschaft e.V. Coburg eine Ausstellung gewidmet, die von 17. Oktober 2022 bis 13. Januar 2023 im Staatsarchiv Coburg zu sehen war: <https://www.landesbibliothek-coburg.de/article/ausstellung-hitlers-zug-nach-coburg-der-deutsche-tag-von-1922/> [Stand: 02.02.2023].



Den propagandistischen Wert des „Deutschen Tages“ in Coburg von 1922 zeigt die Enthüllung einer Gedenktafel, aufgenommen im Oktober 1942.

Foto: Süddeutsche Zeitung
Photo/Sammlung
Berliner Verlag/
Archiv

Durch Arretierung und Entwaffnung der NS-Kampfverbände gelang es den Sicherheitskräften zwar mit Mühe und Not, einen gewaltsamen Zusammenstoß linker und rechter Sicherheitswehren zu verhindern. Ernste Konsequenzen hatten die Nationalsozialisten aber nicht zu befürchten. Weder wurden die Rädelsführer verhaftet noch Betätigungsverbote ausgesprochen.¹⁹

Die bewusste Abgrenzung der bayerischen Staatsregierung gegenüber Berlin, die bis zur Weigerung reichte, Gesetze und Anordnungen der Reichsregierung in Bayern umzusetzen, taten ein Übriges, der militanten Rechten rechtsfreie Räume zu eröffnen. Die Ernennung Gustav Ritter von Kahrs

zum Generalstaatskommissar am 26. September 1923 machte die Lage nicht besser. Zwar wurden die für den nächsten Tag angekündigten Parteiversammlungen der NSDAP umgehend verboten, hinter den Kulissen pflegten der Generalstaatskommissar und Hitler aber unmittelbaren Kontakt und ein grundsätzliches Einvernehmen über ein gemeinsames Vorgehen. Die Übereinstimmung beschränkte sich keineswegs auf die Bereitschaft zur Beseitigung der parlamentarischen Demokratie, sondern ging – wie der „Wuchererlass“ und der Beschluss des Generalstaatskommissars zur Ausweisung der Ostjuden vom Oktober 1923 zeigten – weitaus tiefer.²⁰ Gleichzeitig wurde das von der Reichsregierung ausgesprochene Verbot des „Völkischen Beobachters“ von Bayern unterlaufen. Als daraufhin General von Lossow, der Befehlshaber des Wehrkreises VII (München), vom Reich seines Amtes enthoben wurde, sabotierte die bayerische Staatsregierung auch diese Maßnahme, indem sie Lossow zum bayerischen Landeskommandanten bestellte und die bayerischen Reichswehrseinheiten unmittelbar auf die bayerische Staatsregierung verpflichtete.²¹ Die Obstruktion hatte Erfolg, weil die Reichsregierung – wohl in realistischer Einschätzung der Kräfteverhältnisse – nicht den Mut fand, die Reichsexekution gegen Bayern anzuordnen. Das beruhigte die Gemüter in Bayern allerdings nicht, sondern stachelte die extreme Rechte erst recht dazu an, alles auf eine Karte zu setzen.

Fragt man sich angesichts der geschilderten Ausgangslage, wie der Hitlerputsch in München dennoch scheitern konnte, wird man auf das überhastete und unabgestimmte Losschlagen der Nationalsozialisten und deren ungeplantes Vorgehen verweisen müssen. Das wechselseitige Misstrauen, das zwischen Kahr, Lossow und Seißer auf der einen, Hitler und den Nationalsozialisten auf der anderen Seite trotz ähnlicher Zielsetzungen bestand, fand durch den einseitigen Entschluss Hitlers eine Bestätigung. Hitlers gewaltsames Eindringen in den von SA umstellten Bürgerbräukeller, in dem Gustav von Kahr vor einem hochkarätig zusammengesetzten Publikum eine Grundsatzrede hielt, signalisierte zugleich, dass er die Führung des Unternehmens für sich beanspruchte. Dies stieß seine nicht minder ehrgeizigen Koalitionspartner, die er mit gezogener Waffe zum Anschluss an die

19 Zorn (wie Anm. 9), S. 260-263; Joachim Albrecht: Deutscher Tag, Coburg, 14./15. Oktober 1922, publiziert am 11.05.2006; in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutscher_Tag,_Coburg,_14./15._Oktober_1922> [Stand: 02.02.2023].

20 Michael Brenner: Der lange Schatten der Revolution. Juden und Antisemiten in Hitlers München 1918-1923, Berlin 2019, S. 264-272.

21 Zorn (wie Anm. 9), S. 271 ff.

Rückseite einer satirischen Medaille des Münchner Medailleurs Karl Goetz (1875-1950). Der Hitlerputsch wird als „Münchner Theater“ dargestellt: Zu sehen sind Adolf Hitler (mit Stahlhelm) und zwei Putschisten mit Galgen und Hakenkreuz-Fahne. Rechts daneben tanzt ein Kasperl. Unter den Figuren erkennt man die Inschrift: „9.11.23. Letzte Vorstellung. Auf nach Berlin!“ In späteren Jahren passte sich Goetz, der zuvor auch Münzen mit rassistischen Inhalten geschaffen hatte, allerdings der NS-Kunst an und fabrizierte u.a. Porträts von Hitler und Hindenburg oder Gedenkmedaillen zu Ereignissen des Zweiten Weltkriegs.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo

Bewegung aufforderte, vor den Kopf. Dass Ludendorff in Hitlers Abwesenheit die im Bürgerbräukeller festgesetzten Bündnispartner auf freien Fuß setzte, sollte sich daher als schwerer Fehler erweisen, bot sich dem „Triumvirat“ doch so die Möglichkeit, sich von dem Putsch zu distanzieren. Andererseits erfolgte die Freilassung wiederum zu spät, da in der Abwesenheit Lossows und Seißers nachgeordnete Verantwortungsträger in Reichswehr und Polizei bereits Gegenmaßnahmen gegen den Putsch eingeleitet hatten, die das Unternehmen ernsthaft behinderten, auf eine offene Konfrontation hinausliefen und die Entscheidung ihrer zunächst nicht verfügbaren Vorgesetzten präjudizierten. Auch stellte sich der Chef der Heeresleitung in Berlin, General von Seeckt, gegen das Unternehmen und leitete Schritte zu dessen Niederschlagung ein. In dem Moment, in dem Kahr, Lossow und Seißer ihre Zusage zurückzogen, mit Hitler gemeinsam loszuschlagen, war der Putsch praktisch gescheitert.²²

Nicht beendet war damit aber das Versagen von Staat und Justiz gegenüber der Bedrohung von rechts. Die politische und juristische Aufarbeitung des Putsches machte vielmehr deutlich,



dass ein konsequentes Einschreiten gegen die Republikgegner auf der Rechten in Bayern auch jetzt nicht opportun war. Zwar wurden Hitler und seine Mitstreiter verhaftet und zur Anklage gebracht, doch gestaltete sich das ganze Verfahren skandalös und wenig regelkonform. Dies begann schon damit, dass die bayerische Staatsregierung die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs in Leipzig boykottierte und eine Anklageerhebung vor einem bayerischen Volksgericht erzwang. Das Verfahren selbst war von einem großen Wohlwollen gegenüber den „vaterländischen“ Motiven der Putschisten getragen und endete mit skandalös niedrigen Strafen, so dass Hitler selbst schon Ende des Jahres 1924 wieder auf freien Fuß kam. Auch die Ausweisung, die ihm als österreichischem Staatsbürger eigentlich gedroht hätte, blieb ihm erspart.²³

Demokratie ohne Demokraten?

Damit fiel die Bilanz des Umsturzversuchs ambivalent aus. War die Aufstandsbewegung auf der einen Seite kläglich gescheitert, waren Hitler und



Das Foto nach einer Zeichnung des Pressezeichners der „Münchner Neuesten Nachrichten“ zeigt den Angeklagten Adolf Hitler am 4. März 1924 während seiner Aussagen im Prozess gegen die Führer des Hitlerputschs.

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo

22 Hanns Hubert Hofmann: Der Hitlerputsch. Krisenjahre deutscher Geschichte 1920-1924, S.158-217; Zorn (wie Anm. 9), S. 278-286; John Dornberg: Der Hitlerputsch. 9. November 1923, München 1998; Walter Ziegler, Hitlerputsch (8./9. November 1923), publiziert am 11.05.2006 (Aktualisierte Version 20.09.2021), in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <[https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Hitlerputsch_\(8./9._November_1923\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Hitlerputsch_(8./9._November_1923))> [Stand: 02.02.2023]; Wolfgang Niess: Der 9. November. Die Deutschen und ihr Schicksalstag, Bonn 2022, S. 58-87; Ullrich (wie Anm. 5), S. 200-216.

23 Siehe etwa: Otto Gritschneder: Das mißbrauchte bayerische Volksgericht, in: Lothar Gruchmann/Reinhard Weber (Hg.): Der Hitler-Prozess 1924, Teil 1, München 1997, S. XIX-XLI.

seine Bewegung andererseits durch dieses Ereignis erstmals überregional, ja international in Erscheinung getreten.²⁴ Dass die Republik nun dennoch in ruhigeres Fahrwasser geriet, hatte daher auch weniger mit dem Scheitern ihrer Gegner als mit der Tatsache zu tun, dass die von der Reichsregierung Stresemann eingeleiteten Maßnahmen zur Währungsreform und zur Stabilisierung der Wirtschaft Wirkung zeigten und eine, wenn auch prekäre Prosperität zurückkehrte.

Dennoch scheint der Blick zurück die Annahme zu bestätigen, bei der Weimarer Republik habe es sich um eine „Demokratie ohne Demokraten“²⁵ gehandelt, als seien die restaurativen und republikfeindlichen Kräfte nur an ihren eigenen Unzulänglichkeiten und Eifersüchteleien gescheitert. Dabei wird allerdings übersehen, dass sich auch in dieser Zeit nennenswerte Kräfte in Staat und Gesellschaft für die Demokratie eingesetzt haben. Hauptwidersacher der Nationalsozialisten war dabei ganz klar die Sozialdemokratie, die von den „Völkischen“ daher auch mit besonderem Nachdruck bekämpft wurde.²⁶ Bei näherem Hinsehen gab es aber auch in der Staatsregierung, im Beamtenapparat und im Militär Kräfte, die sich der Republik verpflichtet fühlten, die Gefahren erkannten, die von der NS-Bewegung ausgingen, oder einfach nur ihre Pflicht taten. Polizeikräfte wie Major Sigmund Freiherr von Imhoff, Oberleutnant Michael Freiherr von Godin, Hauptmann Karl Wild oder der Münchner Stadtkommandant General Jakob Ritter von Danner trugen während des Hitlerputsches auf ihrem jeweiligen Posten entscheidend dazu bei, dass das Unternehmen schon im Ansatz scheiterte.²⁷

Den Verteidigern der bestehenden Staatsordnung mehr Aufmerksamkeit zu schenken, ist daher auch ein Anliegen der von den staatlichen Archiven initiierten Vortragsreihe zum Jahr 1923.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass im Rückblick nicht nur die Parallelen, sondern selbstverständlich auch große Unterschiede zu unserer Gegenwart erkennbar werden. Verglichen mit der Weimarer Republik leben wir heute in einer gestärkten und nach wie vor prosperierenden Demokratie, die in der Lage ist, gezielt und angemessen auf die Gefahren zu reagieren, die von den heute virulenten verfassungsfeindlichen Kräften ausgehen. Damit soll nicht gesagt werden, dass man sich auf diesen Lorbeeren ausruhen dürfe und sich Geschichte nicht wiederholen könne. Dass die Demokratie keine unverwundliche Regierungsform ist, sondern gegen autoritäre Bewegungen und Tendenzen verteidigt, ja immer wieder neu erkämpft werden muss, wird man auch mit Blick ins Ausland, etwa in die Vereinigten Staaten von Amerika, die man als Wiege unserer modernen Demokratie bezeichnen kann, konstatieren müssen. Auf die Notwendigkeit, die freiheitliche Grundordnung zu verteidigen hat deshalb auch die Präsidentin des Bayerischen Landtags in ihrer Auftaktrede zur Vortragsreihe der bayerischen Archivverwaltung mit Nachdruck hingewiesen: „Die Demokratie ist das Beste, was wir haben. Wir schulden ihr, wir schulden uns, sie zu beschützen. Die erste deutsche Demokratie war nicht wehrhaft genug. Bei der zweiten ist es an uns, sie zu bewahren, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es ist gut, dass wir darüber reden!“²⁸ 🟢

24 Herbert (wie Anm. 8), S. 210.

25 Die Urheberschaft für die Charakterisierung der Weimarer Republik als „Demokratie ohne Demokraten“ wird dem SPD-Reichstags- und Bundestagsabgeordneten Paul Löbe zugeschrieben, findet heute aber fast allgemein Verwendung. Siehe den Eintrag zu Paul Löbe auf der Internet-Seite: 100 Köpfe der Demokratie. Eine Seite der AG Orte der Demokratiegeschichte, URL: <<https://www.demokratiegeschichte.de/koepfe/2344#>> [Stand: 02.02.2023]. Vgl. Mai (wie Anm. 15), S. 12.

26 Bernhard Grau: Das Schicksal der Münchner Sozialdemokraten in der NS-Zeit, in: Ingelore Pilwousek (Hg.): Verfolgung und Widerstand. Das Schicksal der Münchner Sozialdemokraten in der NS-Zeit, München 2012, S. 13-84, hier S. 17-23.

27 Hofmann (wie Anm. 22), S. 174 ff.; Dornberg (wie Anm. 22), S. 95 f., 134 f., 278 f. und passim.

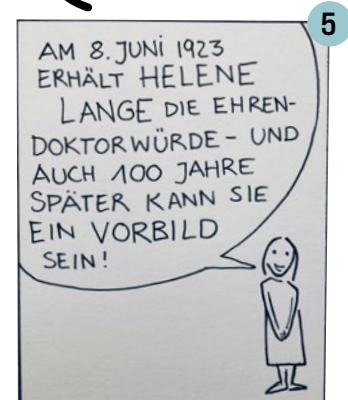
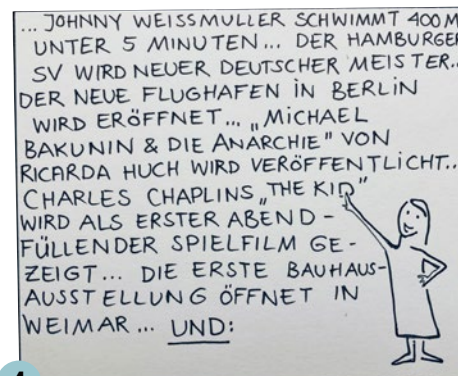
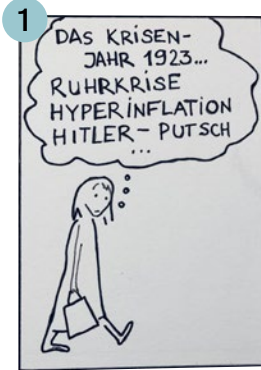
28 Auftaktrede von Landtagspräsidentin Ilse Aigner am 19. Januar 2023 zur Vortragsreihe „Demokratie im Abwehrmodus. Bayern 1923“.

[COMIC]

DAS KRISENJAHR 1923

von Angelina Heckmann

Angelina Heckmann ist Künstlerin und unterrichtet Kunst und Englisch in Kecskemét/Ungarn.



MEHR SCHADEN ALS NUTZEN?

DIE RADIKALEN AKTIONEN DER „LETZTEN GENERATION“ IM KONTEXT DER DEUTSCHEN PROTESTGESCHICHTE

von Philipp Gassert



Klimaaktivisten der Gruppe „Letzte Generation“ kleben sich am 3. November 2022 am Münchner Karlsplatz auf der Fahrbahn fest.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Florian Peljak



Während am 20. November 2022 im ägyptischen Sharm El Sheikh die Weltklimakonferenz mit enttäuschend dürrtigen Ergebnissen zu Ende ging, spitzte sich in Deutschland die Debatte nicht über den Klimawandel, sondern über die Klimaproteste zu. Hierbei machte sich Kritik vor allem an den disruptiven Aktionen der radikalen klimaktivistischen Gruppe „Letzte Generation“ fest. Zwar bestreitet hierzulande nur eine Minderheit die Tatsache der menschengemachten Erderwärmung. Doch wie damit umgegangen werden soll, ist umkämpft – auch der Stellenwert von „Klima“ im Verhältnis zu anderen Fragen, wie dem Krieg in der Ukraine, Energiesicherheit, Inflation und sozialer Gerechtigkeit. Am weitesten driften die Meinungen darüber auseinander, wie weit Protestbewegungen in ihrem berechtigten Anliegen gehen dürften. Darf man sich auf Straßen festkleben oder Kunst bewerfen, um einer Regierung Beine zu machen? Es öffnet sich eine Schere zwischen dem radikalen Spektrum und etablierten Kräften, wie sich jüngst bei der Besetzung des Weilers Lützerath im rheinischen Braunkohlerevier zeigte: „Lützi“ nannte der (grüne) Wirtschaftsminister Robert Habeck „schlicht das falsche Symbol“.¹

Der Streit um das „Wie“ des Klimaprotests ließ sich am Abend des blamablen Endes des Weltklimagipfels in der politischen Talkshow „Anne Will“ wie in einem Brennglas beobachten. Dass der Klimawandel Handeln erfordere, war in der Runde Konsens. Es diskutierten eine Sprecherin der „Letzten Generation“, Carla Hinrichs, mit Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP), Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU), Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckart (Grüne) sowie den Journalistinnen Anne Will und Petra Pinzler. Nur letztere unterstützte die antagonistischen Protestformen der „Letzten Generation“. Hinrichs legitimierte illegale Straßenblockaden mit einem „Klimanotstand“. Die Regierung breche das Grundgesetz, sei doch der 1,5-Prozent-Klimapfad vom Verfassungsgericht vorgeschrieben. Sie reklamierte für sich ein Widerstandsrecht: „Wir rasen in eine Katastrophe. Da ist es unsere moralische Pflicht, alle unsere friedlichen Mittel auszunutzen.“ Bei drei Grad Erderwärmung werde es eine „friedliche, freiheitliche Demokratie“ nicht mehr geben.²

Buschmann und Herrmann hielten dagegen. Der Zweck heilige nicht die Mittel: „Sie verstoßen gegen Recht und Gesetz. Würden andere das auch

Mit Hebebühnen räumt die Polizei am 12. Januar 2023 die Baumhäuser an der ehemaligen L277 bei Lützerath.

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo Jannis Große

¹ „Lützerath ist schlicht das falsche Symbol“, Interview mit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, in: Der Spiegel Nr. 3, 14. Januar 2023, S. 20.

² Vgl. Markus Brandstetter: Klimatalk bei „Anne Will“, T-Online, 21. November 2022, https://www.t-online.de/nachrichten/klima-und-umwelt/id_100083556/-anne-will-goering-eckardt-letzte-generation-schadet-klimaschutz-mehr-als-es-nuetzt-.html [Stand: 22.01.23].

tun, hätten wir lauter Rechtsbrecher auf den Straßen“, so der Justizminister. Der Innenminister verteidigte die Präventivhaft für potentielle Blockierer in Bayern: Wer strafbare Handlungen ankündige, der müsse daran gehindert werden, diese auch auszuführen. Der Staat sei sonst pflichtvergessen. Zugleich wunderte sich Herrmann, dass die Inhaftierten keine „Rechtsmittel gegen die Inhaftierung“ eingelegt hätten. Hinrichs konterte, man gehe ins Gefängnis, um die Absurdität einer Politik bloßzustellen, die Menschen einsperre, die nur ihre gesellschaftliche Pflicht täten. Göring-Eckardt legte den Finger in die Wunde: „Diese Diskussion zieht wahnsinnig viel Energie weg vom Eigentlichen“. Eigentlich müssten wir „jede Minute über das Nicht-Ergebnis“ der Weltklimakonferenz sprechen. Die „Letzte Generation“ stoße die richtigen Debatten an, doch wie sie das tue, lehne sie ab: „Ich finde es gut, dass über diese Themen geredet wird. Ich finde die Art und Weise, wie das gemacht wird, nicht gut. Es schadet dem Anliegen mehr, als es nützt“.³

Der Streit um das „Wie“ der öffentlichen Aufmerksamkeitserregung durch Protestbewegungen hat wahrlich viele Vorläufer. Triff es denn zu, dass Radikalismus und disruptiver, alltägliche Abläufe unterbrechender Protest wie die illegalen Straßenblockaden und Platzbesetzungen, dem Anliegen einer Bewegung „mehr schaden als nützen“? Es lohnt sich, diese Frage im Lichte historischer Erfahrungswerte zu betrachten. Denn es fällt auf, wie isoliert von unserer langen, für die Entwicklung der bundesdeutschen Demokratie ja so überaus zentralen Protestgeschichte über die Klimabewegung diskutiert wird – als hätte es Wuhl oder Brokdorf, Wackersdorf oder Gorleben wie auch Stuttgart 21 und die Protestcamps von „Occupy“ niemals gegeben. Sind die apokalyptischen Szenarien der Friedensbewegung der 1980er Jahre vergessen, als angesichts eines vermeintlich drohenden „nuklearen Weltuntergangs“ Hunderttausende auf die Straßen gingen und Raketendepots jahrelang blockiert wurden? Protestorte wie Brokdorf oder Mutlangen schrieben auch deshalb Geschichte, weil das Bundesverfassungsgericht an ihrem Beispiel



darüber urteilte, wie weit die Versammlungsfreiheit eingeschränkt werden darf.

Nun lässt sich aus historischer (wie auch sozialwissenschaftlicher) Sicht die Frage nicht eindeutig beantworten, wann radikaler Protest „mehr schadet als nützt“. Es kommt, wie so oft in der Geschichte, „darauf an“. Disruptive Aktionen werden nicht in einem Vakuum inszeniert. Sie sind in ihren Erfolgschancen zeit- und kontextabhängig. Was heute „kriminell“ wirkt, ist übermorgen akzeptabel. Wirkungen zeigen sich erst nach Jahren, wie die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung zeigt. Ich nähere mich der Problematik in drei Schritten, frage zunächst, was Straßenprotest ist, worin seine gesellschaftliche Rolle liegt, worin seine Stärken und Schwächen. Zweitens geht es um das Spannungsverhältnis zum Rechtsstaat und die Frage, warum es politisch „nützlich“ sein kann, ein Anliegen auch im Gerichtssaal zu verfechten. Drittens hebe ich das Wechselspiel zwischen Protest und etablierter Politik hervor. Für den Erfolg von Bewegungen ist zentral, dass sie Unterstützer im „Establishment“ haben. Protest, so mein zentrales Argument, ist Resonanzkörper des Wandels, macht Probleme sichtbar, baut Druck auf. Er kann parlamentarische Entscheidungen jedoch nicht ersetzen. Daher ist Radikalisierung ein zweischneidiges Schwert. Sie schafft Aufmerksamkeit, aber kann auch „schaden“, wenn etablierte Verbündete von der Stange gehen. Denn stets drohen Gegenbewegungen und Reibungsverluste.

Demonstration bei Wackersdorf, 1986
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/ amw

3 Video der Sendung „Straßen blockieren, Kunst attackieren - helfen diese Aktionen beim Kampf ums Klima?“ v. 20. November 2022, in der ARD-Mediathek unter: <https://www.ardmediathek.de/video/anne-will/strassen-blockieren-kunst-attackieren-helfen-diese-aktionen-beim-kampf-ums-klima/das-erste/Y3JpZDovL25k-ci5kZS80MzJlM2NhYyQ2ZWQyLTQ1NDMtOTdmNC0xYmJmODM3YmE3Mzg> [Stand: 22.01.2023].

Ein Komplexitätsredaktor: Straßenprotest lenkt Aufmerksamkeit auf ein Problem

Straßenprotest ist eine Form außerparlamentarischer Politik mit einem riesigen Ausrufezeichen. Er rückt einzelne konkrete Fragen und Missstände in den Vordergrund, ohne umständlich zu differenzieren und sich um den Kontext und abgewogene Verhältnismäßigkeit zu scheren. „Protest negiert die Gesamtverantwortung“, so spitzte es der renommierte, aufgrund der Revolte der 1968er Jahre leicht „bewegungsgeschädigte“ Bielefelder Soziologe Niklas Luhmann einmal provozierend zu.⁴ Denn anders als die parlamentarische Opposition sehen sich Protestbewegungen außerhalb „des Systems“. Sie müssen und wollen daher keine Rücksicht auf arithmetische Mehrheiten nehmen und die in einer Demokratie mit ihren umständlichen *checks and balances* ja erwünschten Kompromisse. Genau darin liegt die Stärke des Straßenprotests: Er verfährt selektiv, vereinfacht, schlägt die „Verhältnisse platt“, so Luhmann drastisch: „Gegen Komplexität kann man nicht protestieren“. Doch zugleich ist diese Komplexitätsreduktion eines „Entweder – Oder“ genau das, was Straßenprotest so anziehend macht. Dies zeigte sich in Lützerath mit dem Beharren auf der Rettung eines symbolischen Orts – ungeachtet des zuvor ausgehandelten, im Sinne der CO₂-Reduktion ja verbesserten „Kohle-Kompromisses“.

Protest ist somit eine politische Kommunikationsstrategie: Indem Bewegungen ein Problem auf schwarz-weiße Alternativen herunterbrechen, locken sie uns aus der Reserve, gleich ob wir uns dann darüber mittels traditioneller Massenmedien oder moderner Social Media erregen. Wir können uns in einer durch eine Platzbesetzung ausgelösten Debatte, wie einst in Wackersdorf oder heute in Lützerath, für die eine oder andere Seite entscheiden. Grautöne gibt es nicht, die Wahrheit liegt nicht in der Mitte. Protest kommuniziert Defizite, stellt unangenehme Fragen. Er erreicht dies zuweilen in fast paranoidem Verfolgungswahn oder mittels apokalyptischer Zukunftsszenarien. Die wiederum hallen medial lauter nach als abwägende Analysen in Beratungsgremien oder Sachdebatten in Parlamentsausschüssen. Institutionen können, „systembedingt“ nur inkremental,

also schrittweise, kompromisshaft vorwärtsgen, in einem schier endlosen *give and take*. Protest ist „visionärer“, verweigert sich in emotionaler Aufladung der Differenzierung. Daher ist es um die Lösungskompetenz von Protestbewegungen so schlecht bestellt. Protest stellt eine Art „Griff nach der Notbremse“ dar, so der Bewegungshistoriker Wolfgang Kraushaar.⁵

Protest zeigt Probleme an. Ich nenne ihn daher einen Indikator gesellschaftlicher Krisen.⁶ Er ist aber nicht mit der Lösung des Problems identisch. Viele Bewegungen scheitern, selten reüssieren sie auf Anhieb. Doch wäre es falsch, ihre Bedeutung auf die rein instrumentelle Dimension der Durchsetzung eines konkreten Ziels wie etwa die Verhinderung der Wiederbewaffnung in den 1950er Jahren, die Abschaffung des §218 in den 1970er Jahren oder jetzt die Einführung eines Tempolimits zu verkürzen.

Protest ist Teil gesellschaftlicher Verständigung darüber, was uns wichtig ist, wofür wir stehen, was uns zusammenhält. Daher macht es in einer freiheitlichen Demokratie nicht den geringsten Sinn, eine Bewegung durch rechtliche Winkelzüge mundtot zu machen. So hat der rechtspopulistische Straßenprotest der Pegida nicht verhindert, dass Deutschland ein Einwanderungsland bleibt. Dennoch erzwang er eine überfällige Diskussion über die Steuerung von Zuwanderung und so zur Frage, was es heißt, in einer Einwanderungsgesellschaft

Frauen demonstrieren 1959 gegen die Musterung ihrer Männer und Söhne.

Foto:
Süddeutsche Zeitung Photo/
Fotograf:
Alfred Strobel



4 Niklas Luhmann: Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen, hg. und eingeleitet von Kai-Uwe Hellmann, Frankfurt am Main 1996, S. 205.

5 Wolfgang Kraushaar: Der Griff nach der Notbremse. Nahaufnahmen eines Protests, Berlin 2012.

6 So die zentrale These in Philipp Gassert: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018, S. 279 f.

zu leben. In den 1980er Jahren hielt die Friedensbewegung die Stationierung der NATO-Atomraketen nicht auf. Doch sie festigte die Westbindung und die Ablehnung des Militarismus in einer „Friedenskultur“. Deren Wirkungen spüren wir heute.⁷

Straßenprotest ist der verkörperlichte Ausdruck eines politischen Streits, geht aber über das dabei schriftlich und mündlich Kommunizierte hinaus.⁸ Er präsentiert ein Anliegen mittels der organisierten physischen „Versammlung“ von Menschen in öffentlichen Räumen, auf oft wirksamere Weise, als das mittels „freier Rede“ geschieht. Daher geht die Debatte über das „Wie“ der Proteste ein Stück weit an der Sache vorbei. Protestierende Massen ziehen Kameras magisch an, „Klimakleber“ offensichtlich auch. Dass wir auf die Blockaden überhaupt reagieren, liegt an der medialen Präsenz der auf der Straße sitzenden Körper. Wir könnten wegsehen, tun es aber nicht. Der Protest liegt in den Augen des Betrachters. Aufgrund der performativen Aufführung des Protests im öffentlichen Raum ist die Wirkung in der Regel höher als bei rein medialer Kommunikation. Medial wiederum hat sich der Straßenprotest als äußerst anpassungsfähig erwiesen. Er lässt sich auf Papier oder auf dem Bildschirm eines Smartphones weiterverbreiten, in der Zeitung, im Fernsehen, im Internet betrachten. Aber die Grundstruktur ist die Gleiche wie vor einhundert Jahren. Protest zielt darauf ab, durch Druck auf andere Akteure die Sache der Protestierenden zu befördern, außerhalb institutionalisierter Einflusskanäle.⁹ Er muss „sichtbar“ oder „hörbar“ sein; „unsichtbarer“ oder „stummer“ Protest wäre kein Protest. Daher gehen auch im digitalisierten Zeitalter Menschen weiter, physisch präsent, im Protest „auf die Straße“.

Soziale Bewegungen können Agenden setzen und somit dazu beitragen, dass „ihr“ Thema im politischen Betrieb priorisiert wird. In diesem Sinne hat die Klimabewegung längst reüssiert. Trotz Pandemie und Krieg steht zumindest in Deutschland der Klimawandel weiter hoch auf der politischen

Tagesordnung, selbst wenn die „ökologische Wende“ der rot-grün-gelben Koalition zeitweilig ins Stocken geriet.¹⁰ Dass es bei ehrgeizigen politischen Vorhaben immer wieder hakt, liegt in der Natur der Sache. Der „klimagerechte“ Umbau einer komplexen Gesellschaft, der übrigens schon vor Jahren eingesetzt hat, stößt naturwüchsig auf Verzögerungen im Betriebsablauf. In der Logik einer Aufmerksamkeitsökonomie geraten schwierige Themen schnell in die Hinterhand. Es macht für die „Letzte Generation“ daher Sinn, ihr Anliegen mit aufsehenerregenden Aktionen präsent zu halten, um „nachrichtenwürdige“ Ereignisse zu produzieren. Daher „nützen“ die Blockaden. Nur wird es künftig neuer kreativer und anderer spektakulärer Aktionen bedürfen. Irgendwann nützt sich „Klimakleben“ medial ab.¹¹

Rechtsstaat und Protestbewegungen, aktuell und historisch betrachtet

Schon seit über einem Jahr, seit dem 22. Januar 2022, kleben sich Mitglieder der Gruppierung „Letzte Generation“ auf Straßen und Plätzen fest, lösen dadurch temporäre Verkehrsblockaden aus, prominent auf der Berliner Stadtautobahn, aber auch an vielen Dutzenden anderer Orte.¹² Vom Aufwand für die Polizei abgesehen, sind die Eingriffe in den Alltag minimal. Dennoch lösen die „Klimakleber“ starke Gefühle nicht nur bei direkt betroffenen Verkehrsteilnehmern und -teilnehmerinnen aus. Von Teilen der Öffentlichkeit und der Politik wird ein hartes Einschreiten der Justiz gefordert, während gleichzeitig in sozialen Medien Todesdrohungen und schlimmste Gewaltphantasien zirkulieren, meist auf die beteiligten weiblichen Demonstrantinnen konzentriert.¹³ Dies liegt auch

7 Vgl. Thomas Kühne: „Friedenskultur“, *Zeitgeschichte, Historische Friedensforschung*, in: ders. (Hg.): *Von der Kriegskultur zur Friedenskultur? Zum Mentalitätswechsel in Deutschland seit 1945*, Münster 2000, S. 14-33.

8 Vgl. Judith Butler: *Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung*. Aus dem Amerikanischen von Frank Born, Berlin 2016, S. 16 f.

9 S. hierzu die klassischen Definitionen aus der sozialen Bewegungsforschung etwa bei Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt am Main 2008.

10 Wie sehr wiederum diese „Fortschrittskoalition“ in bestimmten diskursiven Traditionen stand betont Dietmar Süß: *Der seltsame Sieg. Das Comeback der SPD und was es für Deutschland bedeutet*, München 2022, S. 142 ff.

11 Dass weitere Radikalisierung der Aktionsformen bis zur „friedlichen Revolution“ der angestrebte Pfad sei, unterstreicht einer der Mitbegründer der „Letzten Generation“, Henning Jeschke, in einem Interview: „Wir müssen jetzt eine politische Krise erzeugen“, in: *Der Spiegel*, Nr. 2, 7. Januar 2023, S. 16 ff.

12 Die verschiedenen Aktionen sind auf der Webseite der „Letzten Generation“ ausführlich dokumentiert, vgl. <https://letztegeneration.de/presse/pressemitteilungen/> [Stand: 27.01.2023].

13 Vgl. „Letzte Generation: Streit um Präventivhaft“, *Süddeutsche Zeitung*, 2. Dezember 2022, <https://www.sueddeutsche.de/politik/letzte-generation-innenminister-gegenmassnahmen-15708490> [Stand: 25.01.2023].



Klimaaktivisten spritzen schwarze Farbe auf ein Gemälde von Gustav Klimt, Wien, Leopold-Museum im November 2022. Foto: picture alliance/abaca

gegenderten Bildstrategien. Kameras zoomen bevorzugt auf demonstrierende junge Frauen, Bewegungen wissen um die Wirksamkeit des Bruchs „traditioneller Rollenbilder“. Daher spielen Frauen seit Jahrhunderten eine visuell hervorgehobene Rolle im Straßenprotest.¹⁴

Anschläge auf Kunst in Museen betreffen nur ein winziges Publikum. Doch sie berühren so stark, weil sie das Äquivalent des Sakrilegs der Entweihung heiliger Zeichen in der säkularisierten, bürgerlichen Gesellschaft sind.

Der Staat reagierte je nach Bundesland mit unterschiedlicher Härte. Vor allem in Bayern wurden Blockierer gleich für einen Monat präventiv in Haft genommen, auf Basis von Gesetzen, die nach 9/11 für die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus und des Salafismus verschärft

worden waren. Dies wiederum lenkte die Aufmerksamkeit erst recht auf die Bewegung. Nun ist es richtig, dass Staatsanwaltschaften Rechtsbrüche unabhängig von der Würdigkeit des Anliegens verfolgen müssen und alle gleich behandeln sollten. Denn Blockaden können ja, das übersieht das progressive Spektrum leichtfertig, auch von regressiven, rechtspopulistischen Kräften inszeniert werden – wie vor genau einem Jahr in Kanada, als das Parlament in Ottawa von *convois* radikaler Impfgegner lahmgelegt wurde.¹⁵ Umgekehrt ist vergessen, dass so manche Landesregierung in der Vergangenheit ein Auge zudrückte, wenn ihr genehme Gruppen zivilen Ungehorsam übten. So konnte Ministerpräsident Franz-Josef Strauß (CSU) 1984 damit punkten, dass er sich unter LKW-Fahrer mischte, die im Protest gegen langsame Zollabfertigung in Italien den Grenzübergang Kiefersfelden tagelang blockierten. Sie lösten einen Monster-Stau aus, der über den Brenner bis nach

¹⁴ Diese genderspezifischen Mechanismen sind sehr alt, auch weil Bewegungen oft unter der Annahme operierten, dass demonstrierende Frauen und Kinder vom Staat als weniger bedrohlich angesehen wurden als Männer und das die Reaktionen von Militär und Polizei zivilisierte. Das gilt auch für revolutionäre „Mobs“ des 18./19. Jahrhunderts, vgl. u.a. Kerstin Michalik: Der Marsch der Pariser Frauen nach Versailles am 5. und 6. Oktober 1789. Eine Studie zu weiblichen Partizipationsformen in der Frühphase der Französischen Revolution, Pfaffenweiler 1990.

¹⁵ „Police preparing for ‘significant’ protests at Parliament Hill as trucker convoy converges on Ottawa“, in: The Globe and Mail, 28. Januar 2022, <https://www.theglobeandmail.com/politics/article-police-preparing-for-significant-protests-at-parliament-hill-as/> [Stand: 27.01.2023].



Brennerblockade
1984
Foto:
Süddeutsche
Zeitung Photo/
Werek

Bozen reichte.¹⁶ Von Landwirten ist bekannt, dass sie, öffentlich angekündigt, mit ein paar Dutzend Traktoren ganze Innenstädte lahmlegen können, ohne dass sie je hätten fürchten müssen, dafür präventiv in Haft zu gehen.

Lange Zeit hat der deutsche Staat bei Protesten eher linker Provenienz genauer hingeschaut als bei rechtsradikalen Bewegungen, deren Umtriebe sträflich unterschätzt wurden. Es scheint, dass der Rechtsstaat auch bei Klimaprotesten teilweise überreagiert: Als im Dezember Wohnungen von Aktivistinnen und Aktivistinnen und ihres unterstützenden Umfelds auf Beschluss des Amtsgerichts im brandenburgischen Neuruppin durchsucht wurden, da der Anfangsverdacht bestehe, dass sich innerhalb der Klimabewegung eine „kriminelle Vereinigung“ gebildet habe, da führte dies zu Durchsuchungen in ganz Deutschland, von Schleswig-Holstein bis ins Oberallgäu, aber auch in Großstädten wie München, Mannheim, Leipzig und Berlin. Dass auch die Wohnung von Carla Hinrichs durchsucht wurde, wirkte keinesfalls zufällig. Das Amtsgericht Neuruppin hatte zwar pflichtgemäß

auf eine entsprechende Strafanzeige reagiert. Nur wirkte die juristische Gleichsetzung der „Letzten Generation“ als „Klima-RAF“ mit dem Terrorismus oder Banden wie den „Hell's Angels“ so überzogen, dass andere Staatsanwaltschaften auf Distanz gingen, wie auch postwendend Kritik aus politischen Kreisen kam.¹⁷ Politisch „schadeten“ diese Durchsuchungen nicht, da sie zu Solidaritätserklärungen mit der „Letzten Generation“ führten.

Im Lichte der historischen Erfahrung kann es für Protestler lohnend sein, das Gerichtssystem und rechtsstaatliche Reaktionen in ihre Strategie zu integrieren und für die „gezielte Regelverletzung“ ins Gefängnis zu gehen. Die moderne Geschichte des „zivilen Ungehorsams“ ist untrennbar mit einem gezielten Rechtsbruch verknüpft, bei gleichzeitiger Bereitschaft die Konsequenzen zu tragen. Der amerikanische Schriftsteller und Philosoph Henry David Thoreau protestierte 1846 mittels eines Steuerboykotts gegen die Sklaverei in den USA und den Krieg seines Landes gegen das benachbarte Mexiko. Er berief sich hierbei auf eine höhere moralische Instanz: Auch eine von einer Mehrheit demokratisch gewählte Regierung

16 Und sich dafür sogar eine Strafanzeige wegen „Beihilfe zur Nötigung“ einhandelte, vgl. „Strauss: Der Knüller“, Der Spiegel, Nr. 15, 8. April 1984, <https://www.spiegel.de/politik/der-knueller-a-1cc60d3e-0002-0001-0000-000013508573> [Stand: 27.01.2023]; die Strafanzeige wurde indes abgewiesen.

17 „Nur lästig – oder auch gefährlich“, Süddeutsche Zeitung, 18. Januar 2023.

könne ungerecht handeln.¹⁸ Mahatma Gandhi übte mit illegalen, aber friedlichen Protestmärschen zunächst in Südafrika Druck auf die rassistische Burenregierung im Transvaal aus. Er ließ sich bereitwillig verhaften und erzielte damit einen medialen Achtungserfolg. Später setzte er seine Kampagnen in Indien fort. Auch wenn diskutiert wird, wie wichtig der zivile Widerstand für die indische Unabhängigkeit letztlich war, so etablierte Gandhi, auch vermittelt über die amerikanische Bürgerrechtsbewegung einen Standard, wie sich in einer repressiven, aber prinzipiell offenen demokratischen Gesellschaft ein übermächtig geglaubter Konsens durch friedlichen, aber disruptiven Protest verändern lässt.¹⁹

Seit den 1960er Jahren wurden Gerichte vermehrt zur Bühne, auf der über Sinn und Unsinn sowie Form und Inhalt von Protest und zivilem Ungehorsam verhandelt wurde. Teile der Provokationseliten der 1968er Jahre zielten noch darauf ab, die Gerichte wie auch sonst den Staat performativ lächerlich zu machen.²⁰ So der Berliner Kommuniste Fritz Teufel, der mit betont rotziger Art die Richter provozierte. Am Ende wurde Teufel zu seiner eigenen Überraschung freigesprochen und hatte es gemeinsam mit seinem Anwalt Horst Mahler dennoch verstanden, die Einseitigkeit eines Rechtsstaats bloßzulegen, der Polizeigewalt verniedlichte und protestierende Studierende zu Kriminellen stempelte. Eine Tendenz war erkennbar, politische Bewegung zwischen Hörsaal, Straße und „Anklagebank“ zu verorten, weil Prozesse für gratis Publizität sorgten und so das Wirken „des Systems“ auf allen Ebenen angeprangert werden konnte.²¹ Die damaligen Ordnungskräfte waren in der Tat nicht auf Deeskalation eingeschworen, so wie heute. Eine autoritär-patriarchalische Polizei,



der noch Erfahrungen von „Bandenbekämpfungen“ im Zweiten Weltkrieg in den Knochen steckten, tat sich extrem schwer mit Straßenpolitik, es sei denn, sie wurde von „berufenen“ Organisationen wie Gewerkschaften und Parteien in klar abgestecktem Rahmen organisiert. Harmlose Rockkonzerte eskalierten vor einer prügelnden Ordnungsmacht zu „Halbstarkenkrawallen“, während in Schwabing 1962 berittene Polizei gegen feierfreudige Studierende überreagierte, was tagelange Unruhen zur Folge hatte.²²

Der Rechtswissenschaftler Oliver Lepsius hat in einer Studie zum Brokdorf-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 1985 argumentiert, dass die Geschichte unserer Protestkultur die Geschichte eines sich wandelnden Verhältnisses von zwei konkurrierenden Rechtsgütern ist: einerseits der Wahrung der öffentlichen Sicherheit, die zu den Kernaufgaben des Staats gehört; andererseits die Gewährleistung des Grundrechts der Versammlungsfreiheit. Vor den 1980er Jahren neigt sich das Pendel meist auf die Seite der Sicherheit. Auch bei der Anwesenheit von nur sehr wenigen potentiellen Gewalttätern in einer großen

Junge Leute während der sog. „Schwabinger Krawalle“ im Juni 1962 in München
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotoarchiv Otfried Schmidt

18 Vgl. den posthum publizierten Essay von Henry David Thoreau: „Resistance to Civil Government“ (1866), der auf einem Vortrag von 1848 beruht, digital verfügbar auf der Website der National Archives in Washington, D.C.: <https://archive.org/details/aesthetpapers00peabrich/page/n197/mode/2up?view=theater> [Stand: 27.01.2023].

19 Vgl. Judith M. Brown: *Gandhi and Civil Resistance in India, 1917-1947: Key Issues*, in: Adam Roberts/Timothy Garton Ash: *Civil Resistance and Power Politics. The Experience of Non-Violent Action from Gandhi to the Present*, Oxford 2011, S. 43-57.

20 Vgl. Kathrin Fahlenbrach: *Protestinszenierungen: Die Studentenbewegung im Spannungsfeld von Kultur-Revolution und Medien-Evolution*, in: Martin Klimke/Joachim Scharloth (Hg.): *1968. Zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung*, Stuttgart 2007, S. 11-21.

21 Vgl. Sandra Kraft: *Vom Hörsaal auf die Anklagebank. Die 68er und das Establishment in Deutschland und den USA*, Frankfurt am Main 2010, zum Prozess gegen Fritz Teufel ebd., S. 325 ff.

22 Vgl. Gerhard Fürmetz (Hg.): *Die Schwabinger Krawalle. Protest, Polizei und Öffentlichkeit zu Beginn der 60er Jahre*, Essen 2006.

Gruppe von potentiell friedlich Demonstrierenden wurde zur Gefahrenabwehr die Demonstration verboten oder aufgelöst. Friedlich Protestierende konnten somit ihr Versammlungsrecht nicht ausüben. 1985 stärkte der Brokdorf-Beschluss das Demonstrationsrecht: Die Karlsruher Richter stellten klar, dass die Präsenz einzelner Gewalttäter nicht zum Anlass genommen werden dürfe, eine Demonstration komplett zu verbieten. Das Gericht habe, so Lepsius, dadurch verhindert, dass wenige Unfriedliche „den Grundrechtsgebrauch der Friedlichen diskreditieren“. Dies habe die Integration der friedlich Demonstrierenden in rechtsstaatliche Verhaltensformen befördert.²³

Hierbei sind Gerichtssystem und Rechtsstaat kein „einheitlicher Block“, selbst wenn es heutigen Aktivisten und Aktivistinnen so erscheinen mag. Amtsgerichte und Staatsanwaltschaften stellten sich auch schon früher sehr unterschiedlich zum Straftatbestand der nötigen Gewalt nach §240 StGB aufgrund von Blockaden, wie der Historiker Richard Rohrmoser am Beispiel der Auseinandersetzung um die Mutlangen-Proteste gegen ein US-Raketendepot auf der Schwäbischen Alb herausgearbeitet hat.²⁴ Während ein Ulmer und ein Stuttgarter Amtsgericht viele aufgrund von Blockaden vor militärischen Einrichtungen Angeklagte freisprachen, war das Amtsgericht Schwäbisch Gmünd bundesweit dafür berüchtigt, dass es reihenweise Blockierende zu hohen Geldstrafen verurteilte. Als sich etwa 200 weigerten, die Strafe zu zahlen, wanderten sie ins Gefängnis. Da hier Gleiches ungleich behandelt wurde, war das Bundesverfassungsgericht zur Klarstellung aufgerufen. Es wich in seinem ersten „Mutlangen-Urteil“ 1986 einer Entscheidung aus, weil der zuständige Senat in zwei gleich große Lager gespalten war. Zehn Jahre später, in einem zweiten Mutlangen-Urteil 1995, die Zusammensetzung des obersten Gerichts hatte sich inzwischen geändert, wurden 10.000 Friedensaktivisten und -aktivistinnen, die in den 1980er Jahren rechtskräftig verurteilt worden waren, rehabilitiert. „Dutschkes Rache“, titelte die FAZ.²⁵

23 Oliver Lepsius: Versammlungsrecht und gesellschaftliche Integration, in: Anselm Doering-Manteuffel/Bernd Greiner/Oliver Lepsius: Der Brokdorf-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 1985, Tübingen 2015, S. 117 f.

24 Richard Rohrmoser: „Sicherheitspolitik von unten“. Ziviler Ungehorsam gegen Nuklearrüstung in Mutlangen, 1983–1987, Frankfurt am Main 2021.

25 „Dutschkes Rache“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. März 1995, zit. nach Rohrmoser (wie Anm. 24), S. 399.

Das Wechselspiel zwischen Protest, Bewegungen, Gesellschaft und etablierter Politik

Nicht nur der deutsche Rechtsstaat hat seit den 1960er Jahren dazu gelernt und sich in seiner auch höchst richterlichen Rechtsprechung an die Realitäten einer „Bewegungsgesellschaft“ (Dieter Rucht) angepasst. Wir erleben seit den 1980er Jahren eine rasante „Normalisierung“ von Straßenprotest, der als Politikform für weite bürgerliche Kreise anschlussfähig und akzeptabel geworden ist. Auch wenn die große Mehrheit üblicherweise nicht „auf die Straße“ geht, so reagiert die Gesellschaft toleranter auf große Protestdemonstrationen. Dies wurde sichtbar bei der großen Friedensbewegung der 1980er Jahre.²⁶ Dagegen hatten die überwiegend harmlosen und quantitativ verschwindend kleinen Proteste der 68er Bewegung, an denen sich, wenn überhaupt, nur wenige Hundert Demonstrierende beteiligten, noch wahre Panikattacken bei etablierter Politik und Publizistik ausgelöst. Das lag auch daran, dass sich „1968“ zu einem Zeitpunkt abspielte, als in Deutschland der Übergang zu einem von Fernsehen und Bildjournalismus geprägten „visuellen“ medialen System gerade erst vollzogen war. Daher hinterließen die ganz wenigen gewalttätigen Proteste der APO beispielsweise in Berlin einen so nachhaltigen Eindruck beim Publikum, das die „laufenden Bilder“ für die ganze Wahrheit hielt.²⁷

In den 1980er Jahren war viel von „kommunistischer Unterwanderung“ der Friedensbewegung gegen die Stationierung nuklearer Raketen aufgrund des NATO-Doppelbeschlusses die Rede. Dennoch ließ der Staat die überwiegend angemeldeten Demos passieren, da ihre Teilnehmenden harmlos und eher bürgerlich wirkten. Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) ging nach außen scharf mit den Protesten ins Gericht. Das Gesetz des Handelns, so der Kanzler, dürfe nicht an die „Straße“ übergehen. Intern legte er eine erstaunliche Gelassenheit an den Tag: „Wenn die Leute partout auf der Straße sitzen wollen – dann lassen wir sie sitzen. Es wird aus vielen Anlässen Verkehr umgeleitet, dann kann

26 Dies ist m.E. der zentrale Wendepunkt im Sinne der „Normalisierung von Straßenprotest“ in Kombination mit der „friedlichen Revolution“ in der DDR, vgl. Gassert (wie Anm. 6), S. 158 ff.

27 Vgl. Philipp Gassert: Von den Schwierigkeiten einer Historisierung: Warum wir uns an „1968“ als klare Konfrontation erinnern, in: Historisch-Politische Mitteilungen 25 (2018), S. 37–56.



Menschenkette
der Friedens-
bewegung, von
Neu-Ulm nach
Stuttgart, 1983

Foto:
Süddeutsche
Zeitung Photo/
dpa

man den Verkehr auch um Leute herumleiten, die dasitzen wollen. Die Jahreszeit ist ja vielleicht so, dass das Sitzen nicht mehr ganz so komfortabel ist.“²⁸ Kohl ahnte wohl, dass es beim gemeinsamen Sitzen auf der Straße auch um Zusammenhalt und Identität einer Bewegung geht. Nichts schweißt mehr zusammen, als bei Regen, Sturm bzw. sengender Sonne als bedrohlich wahrgenommenen Polizisten oder Soldaten zu trotzen.

28 Zit. nach Andreas Rödder: Bündnissolidarität und Rüstungskontrollpolitik. Die Regierung Kohl-Genscher, der NATO-Doppelbeschluss und die Innenseite der Außenpolitik, in: Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 123–136, hier S. 133.

Zwar hat die Friedensbewegung der 1980er Jahre ihr explizites politisches Ziel ebenso wenig erreichen können wie die „68er-Bewegung“. Doch bestärkte sie, wie im Endeffekt auch der Konflikt um die Studentenproteste, einen liberal-demokratischen, westdeutschen Konsens. Die damals befürchtete und in der „Friedensfrage“ sehr sichtbare Spaltung der Gesellschaft hielt nicht lange an. Umgekehrt lernten die Friedensaktivisten und -aktivistinnen in der Enttäuschung über den Misserfolg ihrer Aktivitäten, so der Historiker Bernhard Gotto, „dass sich die Demokratie nicht so schnell verändern ließ.“²⁹ Im Rückblick sehen wir, dass der Streit um den Frieden „Arbeit am Konsens“ war, dass er gesellschaftlich integrierende Kräfte mobilisierte.³⁰ Und noch etwas: Er machte Demonstrieren für bürgerliche Mittelschichten akzeptabel, zumal die Friedensbewegung starke Verankerungen in beiden großen Kirchen hatte. Was um 1968 noch als revolutionär und ungehörig galt, wirkte um 1983 fast schon normal: Man sehe sich nur die Bilder der großen Menschenkette von Neu-Ulm nach Stuttgart im Oktober 1983 an: Da reihen sich Alte, Junge, Männer, Frauen und Kinder ein. Straßenprotest war in der Mitte der Gesellschaft angekommen.³¹

Die Rechtsprechung fasste das Versammlungsrecht in den 1980er Jahren auch daher weiter als noch 1968, weil sich die Gesellschaft verändert hatte. Die Bonner Demokratie hatte sich als recht stabil erwiesen. Die befürchteten „Weimarer Verhältnisse“ waren nicht wiederkehrt. Es setzte sich die von zeitgenössischen Soziologen wie Ralph Dahrendorf vertretene liberale Auffassung durch, dass friedlich ausgetragener Konflikt der Konsensbildung und dem Zusammenhalt eher nützt als schadet.³² Zwar hat 2011 das BVerfG die „Zweite-Reihe-Rechtsprechung“ erneut bestätigt und den Nötigungsparagrafen für Straßenblockaden nicht außer Kraft gesetzt. Doch die kritischen Reaktionen lassen erwarten, so Richard Rohrmoser,

29 Bernhard Gotto: Enttäuschung als Politikressource. Zur Kohäsion der westdeutschen Friedensbewegung in den 1980er Jahren, in: VfZ 62 (2014) S. 1–33, hier S. 33.

30 Philipp Gassert: Arbeit am Konsens im Streit um den Frieden: Die Nuklearkrise der 1980er Jahre als Medium gesellschaftlicher Selbstverständigung, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 491–516.

31 Zur „Friedensbewegung“ als Normalisierungsanker, vgl. Gassert (wie Anm. 6), S. 158; Visualisierungen in obigem Sinne etwa in der Neu-Ulmer digitalen Stadtgeschichte: <https://stadtdgeschichte.neu-ulm.de/1983-menschenkette/> [Stand: 29.01.2023].

32 Ralf Dahrendorf: Konflikt und Freiheit. Auf dem Weg zur Dienstklassengesellschaft, München 1972.

dass das letzte Wort hier nicht gesprochen ist.³³ Es könnte sein, dass Klimablockaden zu einer neuen Runde höchststrichterlicher Befassung mit „Nötigung“ führen. Anscheinend hat die Klimabewegung, nach anfänglichem Zögern, den Rechtsstaat nun als Ressource entdeckt. Mitglieder der „Letzten Generation“ reagierten auf die Neuruppiner Ermittlungen mit Selbstanzeigen, um die Absurdität der Vorwürfe bloßzustellen.³⁴ Als jüngst ein Berliner Student in zweiter Instanz rechtskräftig verurteilt wurde, kündigte er prompt den Gang nach Karlsruhe an.³⁵

Für politische Fortschritte ist entscheidend, dass sich im „Establishment“ was bewegt. Wirkungen von Protest lassen sich daher erst abschätzen, wenn wir die „Gegenseite“ einbeziehen. Eine Neubewertung dieses Verhältnisses wäre m.E. auch aus Sicht der aktuellen Klimabewegung geboten, denn die Haltung „systemkonformer“ Akteure entscheidet über die den Erfolg von „System hinterfragenden“ Protesten mit.³⁶ Bei der Anti-AKW-Bewegung zeigt sich: Das geplante AKW Wyhl in Südbaden wurde verhindert, weil dort lokale, „brave“ Bürger Seite an Seite mit „neuen Linken“ demonstrierten und das Argument der Stuttgarter CDU-Landesregierung schlicht nicht verfiel, hier wären „Kommunisten am Werk“. In der Region verwurzelte Polizei ließ die Platzbesetzung zu.³⁷ Das AKW Brokdorf bei Hamburg hingegen wurde gebaut. In Schleswig-Holstein gelang es, die Protestler als „linke Revoluzzer“ und Gewalttäter zu marginalisieren, weil in der öffentlichen Wahrnehmung der schwarze Block aus Hamburg dominierte.³⁸ Es lässt sich argumentieren, dass disruptiver Protest „mehr schadet als nützt“, wenn er als „extremistisch“ gebrandmarkt werden kann. Es wirkt sich

negativ aus, wenn sich friedlich Demonstrierende nicht mit Klarheit von gewaltbereiten Gruppen distanzieren.³⁹

Fazit: Der Nutzen des Straßenprotests als Resonanzraum des Wandels

Da Protestbewegungen auf die Stärkung einer öffentlichen Problem-Wahrnehmung zielen, hängt ihr Erfolg, sofern sie überhaupt praktische Handlungen hervorrufen möchten, von der erfolgreichen Mobilisierung und den Reaktionen Etablierter ab, die Protest-Impulse in konkrete Maßnahmen verwandeln können. Die Frauenbewegung hatte Verbündete in männlich dominierten Parlamenten, um zunächst das Wahlrecht durchzusetzen und danach Gleichstellung voranzutreiben, später um ein patriarchalisches Ehe- und Familienrecht abzuschaffen. Ähnlich war es im Falle der Schwulen- und Lesbenbewegung, so dass am Ende die „Ehe für alle“ kam. Die jüngsten rassismuskritischen Bewegungen halten uns zur Verankerung von Herkunfts-Diversität in unseren Institutionen an. Auch wenn dies passiert, so verschwinden nun weder Rassismus noch Homophobie über Nacht aus der Gesellschaft. Beides wird uns noch lange beschäftigen. Dennoch wäre es albern, die Fortschritte einer „Liberalisierung“ der Gesellschaft in Abrede zu stellen und die Beiträge gering zu schätzen, die „Etablierte“ hierfür leisten.

Heutige Klimaaktivisten und -aktivistinnen unterschätzen vielleicht doch, in welchem Maße sie viel mehr Resonanzkörper des Wandels sind als dessen primäre Antriebskraft. Das klingt nach weniger, als es ist. Es wurde schon vor langer Zeit beobachtet, dass Protestbewegungen und revolutionäre Umbrüche sich erst dann ereignen, wenn eine Gesellschaft schon weiter ist, als sie sich selbst bewusstmacht. Ein Klassikerautor der Demokratietheorie, der französische Politiker und Philosoph Alexis de Tocqueville, führte das 1856 in einem berühmten Buch „Der Alte Staat und die Revolution“ aus. Den Ausbruch der Französischen Revolution 1789 erklärte sich der Aristokrat aus altem normannischem Adel damit, dass der „alte Staat“ des Absolutismus sich zu reformieren begonnen hätte. Das schuf die „Gelegenheit“ (*opportunity*) würde man sozialwissenschaftlich sagen)

33 Rohrmoser (wie Anm. 24), S. 399f.; zumal Straßenblockaden dadurch rechtlich anders behandelt werden als das sich Festketten an Schienensträngen, wie es in Gorleben geschah und geschieht.

34 „Über 1700 Selbstanzeigen an Neuruppiner Staatsanwaltschaft“, Pressemitteilung der Letzten Generation, 9. Januar 2023, <https://letztegeneration.de/presse/pressemitteilungen/> [Stand: 27.01.2023].

35 „Nach Verurteilung durch Berliner Landgericht – Für Klimagerechtigkeit vors Verfassungsgericht“, Pressemitteilung der Letzten Generation, 18. Januar 2023, ebd.

36 Vgl. Kathrin Fahlenbrach u.a. (Hg.): *The Establishment Responds. Power, Politics, and Protest since 1945*, New York 2012.

37 Vgl. Ulrich Eith: „Nai hämmer gsait!“ Stilbildender ziviler Widerstand in Wyhl am Kaiserstuhl, in: Reinhold Weber (Hg.): *Aufbruch, Protest und Provokation. Die bewegten 70er- und 80er-Jahre in Baden-Württemberg*, Darmstadt 2013, S. 35–54.

38 Der Vergleich Brokdorf-Wyhl bei Roger Karapin: *Protest Politics in Germany. Movements on the Left and the Right since the 1960s*, University Park 2007.

39 So wie jüngst bei der Räumung von Lützerath, als diese klare Distanzierung unterblieb.



Demonstration in
Berlin am 8. März
2021
Foto:
Süddeutsche
Zeitung Photo/
Fotograf:
Florian Boillot

zu Protest und Umsturz. Tocqueville argumentierte, dass die Gesellschaft des Ancien Régime nicht so rückschrittlich gewesen sei, wie die Revolutionäre von 1789 behaupteten. Auch sei der Umbruch nicht so drastisch ausgefallen, wie man landläufig dachte; und drittens wollte er, Liberal-Konservativer, der er war, zu gerne am „Mythos Revolution“ sägen.⁴⁰ Der Sturm auf die Bastille 1789 fand in einer längst brüchig gewordenen Ordnung statt; wie auch die russischen Revolutionäre 1917, nach einem bekannten Diktum Lenins „die Macht von der Straße aufhoben“. Dem Zarismus war diese längst entglitten.

Was heißt das übertragen auf unseren Kontext? Auch eine „Klimarevolution“ fällt nicht vom Himmel. Nun sind funktionierende Demokratien ziemlich resilient. Wir leben in Deutschland nicht im Entferntesten in einer vorrevolutionären Situation, wie manche sich schon 1968 erträumten und jetzt wieder der eine Klimaaktivist oder die andere

Klimaaktivistin. Der Klimaprotest, so meine Hypothese, erhält so große Resonanz, weil die Gesellschaft im Grunde reif ist für eine klimapolitische „Tocqueville'sche“ Wende. Noch fehlen klare Anreize und Handlungsmaximen. Doch die nötigen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wende können nur demokratisch legitimierte Institutionen schaffen – und das nicht allein in Deutschland, sondern wenigstens innerhalb der EU in einem „europäischen Konzert“. Dabei müssen wir die Interessen derjenigen im Auge behalten, die sich, wie Berufspendler, auf der Verliererstraße sehen könnten und dann Gegenbewegungen nachlaufen. Auch dies wäre nicht neu, dass auf einen Umbruch eine regressive oder reaktionäre Phase folgt.

Der „klimagerechte“ Umbau einer hochkomplizierten, aus Millionen Individuen bestehenden Gesellschaft ist nicht trivial. Er lässt sich nicht mit schönen Plänen im Hauruckverfahren gestalten. Daher nützt es nichts, in apokalyptische Panik wegen möglicher „Kipppunkte“ zu verfallen, mögen sie wissenschaftlich noch so validiert sein. Schon 1956 konstatierte der „Philosoph des Atomzeitalters“, Günther Anders, eine „Apokalypse-Blindheit“ der Menschen. Diesen attestierte er eine „Unfähigkeit zur Angst“, was in den unabwendbaren nuklearen Weltuntergang führen würde.⁴¹ Angst kann zu Erstarrung und Passivität führen, oder mobilisieren. Protest kann Kräfte freisetzen oder lähmen, je nachdem. Er zieht nicht zwingend „Energie weg vom Eigentlichen“, um der Vizepräsidentin des Bundestags noch ein wenig zu widersprechen. Richtig an Göring-Eckarts Kritik ist aber auch: Ein Weltproblem wird nur mittels globaler Kooperation mit sehr konkreter Arbeit in Verhandlungen gelöst, wie sich auch in der Entspannungspolitik im Kalten Krieg zeigte. Disruptive Proteste könnten der Politik weltweit „Beine machen“. Aber es reicht nicht aus, sich in Deutschland auf die Straße zu setzen. Sonst bleibt es bei Absichtserklärungen wie in Sharm El Sheikh. ■

40 Alexis de Tocqueville: *L'Ancien Régime et la Révolution*, Paris 1856.

41 Günther Anders: Thesen zum Atomzeitalter [1959], in: ders.: *Die atomare Bedrohung. Radikale Überlegungen*, München 1981, S. 93-104.

ZUM STREIT ÜBER DIE „ZEITENWENDE“ WIE DER ÖFFENTLICHE DISKURS ÜBER DEN RICHTIGEN UMGANG MIT RUSSLANDS ANGRIFFSKRIEG GEGEN DIE UKRAINE DIE DEUTSCHE GESELLSCHAFT POLARISIERT

Wie das häufig bemühte Diktum der „Zeitenwende“ zum Ausdruck bringen soll, ist vieles seit dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine nicht mehr so, wie es vorher war. Während die Kampfhandlungen nun schon im zweiten Jahr mit äußerster Härte geführt werden, spitzt sich die deutsche Debatte über die Frage, wie der Westen bzw. die Bundesrepublik mit dem Konflikt umgehen solle, deutlich zu. Zwei Lager scheinen sich herauskristallisiert zu haben, die sich mit verbaler Härte beharken und, folgt man den Meinungsumfragen, jeweils etwa die Hälfte der Bevölkerung hinter sich vereinen. Ein Teil der Öffentlichkeit beschäftigt sich offenbar sehr intensiv mit dem Konflikt, bis hin zu militärischen Spezialfragen etwa über die genauen Fähigkeiten unterschiedlicher Panzermodelle. In den sozialen Medien präsentieren sich Befürworter eines harten militärischen Durchgreifens mit schwerem Kriegsgerät durchaus mit salopper Pose – so etwa abzulesen an dem wochenlang trendenden Twitter-Hashtag „Lasst die Leoparden los“, um so vermeintlich schnell zu einem „Sieg“ über Russland zu kommen. Das andere Lager scheint beherrscht von der bangen Frage, ob sich der Krieg gegen die Ukraine zu einem Dritten Weltkrieg mit sogar möglichem nuklearem Eskalationspotential entwickeln könne und fordert dabei schnellstmögliche Verhandlungen mit dem Aggressor Russland, als stünde diese Option konkret im Raum. „Die Positionen

verlaufen kreuz und quer, entlang und gegen Parteilinien. Scholz muss auch viele Generationen im Blick haben, in fast allen herrschen Ängste.“¹

Symbolisch für dieses Auseinanderdriften steht die Debatte, ob Deutschland und weitere Staaten der Ukraine schwere Waffen liefern sollten, die das Potential haben, die russischen Angriffe abzuwehren, aber theoretisch auch, Russland direkt anzugreifen. „Der Krimi um die Panzer“, wie das Magazin Spiegel schrieb, begann „im Spätsommer 2022.“ Der Ton zwischen den Lagern hat sich in der Auseinandersetzung in dieser Phase sehr stark zugespitzt, ist weithin unversöhnlich und überschreitet bisweilen auch Grenzen des persönlichen Respekts.

Die Landeszentrale als überparteiliche Instanz möchte dieser essentiellen Debatte ein Forum geben, indem sie verschiedene Stimmen zu Wort kommen lässt. Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar.

Den Anfang macht in dieser Ausgabe von Einisichten+Perspektiven Klaus Gestwa, Osteuropaspezialist von der Universität Tübingen. ▀

➔ Wollen Sie Ihre Meinung mit uns teilen?
Schreiben Sie dazu gerne unter:
landeszentrale@blz.bayern.de

1 DER SPIEGEL 5/28.01.2023, S.18.



Ein Jahr Krieg in der Ukraine:
Russland, die Ukraine und der Westen

Zum Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine analysieren wir mit unseren Experten die Hintergründe der Ereignisse und ordnen die komplexen Zusammenhänge, die sich auch für uns in Deutschland aus dem Krieg ergeben, ein.

Wir laden Sie ein, am 7. März 2023 ab 18.00 Uhr mit uns und unseren Experten zu diskutieren!

WEBTALK



Prof. Gerhard Mangott,
Universität Innsbruck

Foto: privat



Prof. Klaus Gestwa,
Universität Tübingen

Foto: Universität Tübingen/
Institut für Osteuropäische Ge-
schichte und Landeskunde

Nähere Informationen unter:



https://www.blz.bayern.de/ein-jahr-krieg-in-europa-russland-die-ukraine-und-der-westen_v_172.html

[ZUR DISKUSSION GESTELLT]

Zum Streit über die „Zeitenwende“

1

MEINUNGSSTARK, ABER VIELFACH AHNUNGSLOS. DEUTSCHE *PUBLIC INTELLECTUALS* UND RUSSLANDS ANGRIFFSKRIEG GEGEN DIE UKRAINE

von Klaus Gestwa



Solidaritätskundgebung für die Ukraine und Protest gegen Russland auf dem Balkon einer Privatwohnung in München-Bogenhausen, aufgenommen im März 2022

Foto: [picture alliance/ZUMAPRESS.com](https://picture-alliance.com/zu-mapress.com/)/Fotograf: Sachelle Babbar

Seit vor einem Jahr die russische Armee in die Ukraine einmarschierte und einen schrecklichen Kriegsfuror entfesselte, hat sich die Zahl der selbstaufgewiesenen „Osteuropa-Fachleute“ rasant erhöht. Viele Prominente fühlen sich als *public intellectuals* gerade in Deutschland bemüht, sich zu Wort zu melden, um mediale Aufmerksamkeit nicht zuletzt in eigener Sache zu generieren. Bei den so garantierten Auftritten in den großen politischen TV-Talkshows nehmen sie für sich in Anspruch, mit ihren mahnenden Stimmen die große Sehnsucht nach Frieden, Entspannung und einer neuen Ostpolitik zum Ausdruck zu bringen. Dabei konstruieren sie nur zu gern eine Dichotomie zwischen Pazifismus und Bellizismus. Allgemeinplätze werden als politische Weisheiten verkündet.¹ Dass Kriege meist am Verhandlungstisch beendet würden, dass das mörderische Kriegsgeschehen eine Vorgeschichte habe, dass es besser sei, miteinander zu reden als aufeinander zu schießen, dass Waffen töteten, dass nicht nur Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine brutal und blutig sei – mit Aussagen wie diesen, die schnell in einen „Whataboutismus“² und Unrechtsrelativismus umschlagen, lässt sich problemlos ein abendfüllendes Phrasen-Bingo spielen.

Die neuen „Osteuropa-Expert*innen“ fallen sowohl durch Meinungsstärke als auch durch häufige Ahnungslosigkeit auf. Sie verfügen vielfach weder über Kenntnisse der Sprachen und der Länder des östlichen Europas, noch machen sie sich die Mühe, sich über den Stand der Osteuropa-Forschung zu informieren und mit den vom Krieg betroffenen Menschen in Dialog zu treten. Stattdessen bilden sie Zitations- und Meinungskartelle, um im Kreise von Gleichgesinnten Diskursmacht zu erlangen.

Augen zu auf Abwegen: Alice Schwarzer und EMMA

Der Kreis dieser lautstarken „Osteuropa-Promis“ ist illuster. Zu ihm gehört Alice Schwarzer (*1942), die streitlustige Vorkämpferin der deutschen Frauenbewegung und Herausgeberin der Zeitschrift EMMA, die schon 2014 nach der Krim-Annexion und dem von Moskau aus entfachten Donbass-Krieg mit einer russlandverstehenden Haltung auftrat.³ Im Jahr 2018 bot EMMA der damaligen Chefredakteurin von *Russia Today* und damit einer der wichtigsten Stimmen aus dem Propagandachor des Kremls, Margarita Simonjan, die mediale Bühne für ihre antiwestlichen Botschaften. Unkommentiert konnte Simonjan wettern, der Westen sei mit seiner Russland aufgezwungenen Umsetzung „ultra-liberaler Ideen“ allein Schuld daran, dass die russische Gesellschaft den Respekt von den westlichen Werten verloren und sich „konservativ-patriotische, kommunistische und nationalistische Ideen“ zugewandt habe.⁴

Rätselhaft bleibt, warum in diesem Zusammenhang die EMMA-Redaktion die Augen davor verschließt, dass seit 2017 häusliche Gewalt im russischen Strafrecht keinen Strafbestand mehr darstellt. Seitdem gibt es eine bedenkliche Zunahme innerfamiliärer Übergriffe an Frauen. Russische Feministinnen bezeichnen den Putin-Staat deshalb als „kollektiven Schläger“, der die Verantwortung dafür trägt, dass im sozialen Miteinander immer häufiger zu Gewalt gegriffen wird. Das führt in vielen gesellschaftlichen Bereichen zu bedenklichen Prozessen der Enthemmung. Diese sind der entfesselten russischen Kriegsgewalt in der Ukraine oftmals voraus- und schließlich voll in ihr aufgegangen.⁵

Im Sommer 2020 fanden Schwarzer und EMMA zudem kaum Worte dafür, wie die mutigen „Frauen von Belarus“⁶ den Widerstand gegen das von Moskau unterstützte Lukaschenka-Regime organisierten und diesen Massenprotesten ein

1 Vgl. z.B. Hartmut Rosa: Krieg versus Verhandlungen. Die Bellizisten sitzen im sicheren Wohnzimmer, in: Der SPIEGEL v. 24.07. 2023, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bellizismus-und-der-ukraine-krieg-haltet-ein-a-7aa8cd9d-5fe3-4227-b14c-181407f0b9d0> [Stand: 08.02.2023].

2 Whataboutismus beschreibt ein rhetorisches Ausweichmanöver, bei dem ein kritisches Argument nicht erörtert, sondern mit einer kritischen Gegenfrage erwidert wird, um die Aufmerksamkeit vom eigentlichen Problem auf ein anderes Thema zu lenken. Diese Manipulationstechnik wird gern genutzt, um eine falsche Ausgewogenheit herzustellen und darüber hinaus die argumentative Möglichkeit einer Opfer-Täter-Umkehr zu eröffnen. Erstmals während der 1970er Jahre für die damalige sowjetische Propaganda im Umgang mit westlicher Kritik festgestellt, findet diese Strategie in letzter Zeit immer häufiger Anwendung in öffentlichen Auseinandersetzungen. Vgl. Heinrich Schmitz: Darf ich Ihnen dazu eine Frage stellen!, in: The European. Das Debattenmagazin v. 08.05.2019, <https://www.theeuropean.de/heinrich-schmitz/9215-wie-mit-gefragten-diskussionen-vermieden-werden> [Stand: 08.02.2023].

3 Alice Schwarzer: Warum ich trotz allem Putin verstehe!, in: EMMA. de v. 18.03.2014, <https://www.aliceschwarzer.de/artikel/warum-ich-trotz-allem-putin-verstehe-316675> [Stand: 08.02.2023].

4 Margarita Simonjan: Wir wollen nicht mehr sein wie Ihr, in: EMMA. de v. 03.04.2018, <https://www.emma.de/artikel/wir-wollen-nicht-mehr-sein-wie-ihr-335583> [Stand: 08.02.2023].

5 Friedrich Schmidt: Die Schläger haben Carte Blanche, in: FAZ. net v. 06.01.2022, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/gewalt-in-russland-aljona-popowa-ueber-krieg-und-hauesliche-gewalt-18581594.html> [Stand: 08.02.2023].

6 Alice Bota: Die Frauen von Belarus. Von Revolution, Mut und dem Drang nach Freiheit, Berlin/München 2021.



Diese drei Frauen führen den Widerstand gegen Langzeitpräsident Lukaschenko an: Veronika Zepkalo, Swetlana Tichanowskaja und Maria Kolesnikowa (v.l.n.r.). Kolesnikowa ist gerade inhaftiert. Gesundheitlich geht es ihr sehr schlecht.

Foto: Imago/TASS/Fotografin: Natalia Fedosenko

dezidiert weibliches Gesicht gaben. Wenig Beachtung wird gleichermaßen der von russischen Soldaten massenhaft begangenen sexualisierten Gewalt in der Ukraine geschenkt, obwohl mittlerweile zahlreiche schreckliche Schicksale von Betroffenen gut dokumentiert sind. Auch mit Putins auf die Ukraine bezogenen obszönen Vergewaltigungsrhetorik („Ob es dir gefällt oder nicht, meine Schöne, du musst es erdulden“)⁷ setzen sich Schwarzer und ebenso die Schriftstellerin Juli Zeh nicht kritisch auseinander.⁸ Dieses Desinteresse an urfeministischen Themen irritiert, zumal sich gerade über die Untersuchung der sprachlichen und sexualisierten Gewalt viel über den Zustand der russischen Armee, Politik und Gesellschaft in Erfahrung bringen lässt.

Laut zu Wort meldete sich Schwarzer hingegen als Mitinitiatorin des ersten offenen, in der EMMA erschienenen Briefs, in dem 28 Intellektuelle Ende April 2022 vom Bundeskanzler statt Waffenhilfe für die Ukraine sofortige Waffenstillstandsverhandlungen forderten.⁹

Am 10. Februar 2023 hat sich Alice Schwarzer dieses Mal überraschend mit Sahra Wagenknecht erneut mit einem „Manifest für Frieden“ an die Öffentlichkeit gewandt, um darin auf diplomatische Lösungen zu drängen. Deutlicher als zuvor erklären sie, dass Russland die ukrainische Bevölkerung „brutal überfallen“ habe und dass die Menschen in der Ukraine Solidarität bräuchten. Es fallen aber merkwürdige Zwischentöne auf. Das Manifest suggeriert eine Ähnlichkeit zwischen Russland und der Ukraine und formuliert nebulös, es sei Wolodmyr Selenskyjs Ziel, Russland „auf ganzer Linie zu besiegen“. Putins wiederholt verkündete Absicht, die Ukraine zu zerstören, findet hingegen keinerlei Erwähnung.

Während die deutsche Politik für ihre Haltung zu Waffenlieferungen an die Ukraine scharf kritisiert wird, verlieren Schwarzer und Wagenknecht kein Wort darüber, dass die russische Armee gegenwärtig Truppen für mächtige neue Offensiven zusammenzieht, um die militärische Dynamik auf den Schlachtfeldern in der Ukraine zu ihren Gunsten zu drehen. Der Kreml zeigt aktuell nicht das geringste Interesse an Verhandlungen. Weiter führen Schwarzer, Wagenknecht und ihre prominenten 69 Erstunterzeichnenden aus: „Verhandeln heißt nicht kapitulieren. Verhandeln heißt, Kompromisse machen, auf beiden Seiten.“ Sie lassen aber im Vagen, was sie unter Kompromiss verstehen. Zudem verschwenden sie keinen Gedanken dran, was denn die Menschen in der Ukraine über solche Appelle denken.¹⁰

Streitlustige Medienstars: Harald Welzer und Richard David Precht

Mit verfasst und unterzeichnet wurden diese offenen Briefe vom Sozialwissenschaftler Harald Welzer (*1958). Er hatte sich zunächst mit Studien zur deutschen Erinnerungskultur, zu Gewaltkollektiven und zur kulturwissenschaftlichen Klimafolgenforschung einen Namen als Forscher gemacht. Seit

7 Kerstin Holm: Putins Ukraine-Poesie. Obszöne Weisheiten, in: FAZ.net v. 11.02.2022, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/putin-zitiert-obszoe-ne-folklore-und-droht-der-ukraine-17795210.html> [Stand: 08.02.2023].

8 Juli Zeh: Das Ziel muss sein, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, in: ZEIT-Online v. 03.05.2022, https://www.zeit.de/kultur/2022-05/juli-zeh-ukraine-krieg-brief-waffen?utm_referer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F [Stand: 08.02.2023].

9 Der offene Brief an Kanzler Scholz, in: EMMA.de v. 29.04.2022, <https://www.emma.de/artikel/offener-brief-bundeskanzler-scholz-339463> [Stand: 08.02.2023].

10 Der Appell findet sich unter <https://www.change.org/p/manifest-f%C3%BCr-frieden> [Stand: 10.02.2023]. Zur Kritik daran vgl. z.B. Dariusch Rimkus: Petition von Wagenknecht und Schwarzer. Zwei wie Pech und Schwefel, in: TAZ.de v. 10.02.2023, <https://taz.de/Petition-von-Wagenknecht-und-Schwarzer/15915002> [Stand: 15.02.2023]. Vgl. auch Zynismus pur!: Militärexperte Masala rechnet mit Schwarzer-Manifest ab, in: RechercheNetzwerk Deutschland v. 15.02.2023, <https://www.rnd.de/medien/maischberger-am-dienstag-militaerexperte-rechnet-mit-schwarzer-manifest-ab-DR2AV2IYFVELNGG24SRNWW5JE.html?dicbo=v2-omabhwg> [Stand: 17.02.2023].



einigen Jahren ist er vor allem als Publizist erfolgreich und findet mit seinen Büchern sowie Artikeln zu verschiedenen aktuellen Themen eine breite Leserschaft. Schlagzeilen schrieb er im Mai 2022 wegen seiner belehrenden Attitüde bei einem Talkshow-Streit mit dem ebenfalls wenig diplomatisch auftretenden damaligen ukrainischen Botschafter Andrij Melnyk.¹¹ Außerdem sorgte Welzer mit seiner heftigen Polemik gegen den mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichneten ukrainischen Schriftsteller Serhij Zhadan für Entrüstung. In Zhadans allseits gelobter Frankfurter Preisrede sah Welzer in seiner merkwürdigen Interpretation keinen „Beitrag zur Zivilisation“, sondern zu einem „dezivilisierenden Prozess“. Den minutenlangen Applaus des sichtlich beeindruckten Frankfurter Publikums diskreditierte Welzer sogar als „gesinnungsethische Überanstrengung“.¹²

Mit Welzer zusammen hat zuletzt der Publizist und Moderator Richard David Precht (*1964) publiziert. Er ist in letzter Zeit mit einer bunten Themenpalette auf dem deutschen Buchmarkt und im deutschen Fernsehen präsent. Im Kampf um öffentliche Aufmerksamkeit hat der als „Populärphilosoph“ und „mediale Allzweckwaffe“ auftretende Precht eine

Marktlücke besetzt und seine Person als Marke etabliert. Als Teil dieses erfolgreichen *personal branding* läuft unter seinem Nachnamen seit 2012 eine Sendung im Spätprogramm des ZDF.

Mit seinen Aussagen zum Kriegsgeschehen blamierte sich Precht in den Augen mancher Journalist*innen mächtig. So preschte er Mitte März 2022 mit dem Vorwurf an den ukrainischen Präsidenten Selenskyj vor, dieser schicke „sein Volk in einen Krieg, den es verlieren muss“. Precht gestand der Ukraine zwar ein Recht auf Selbstverteidigung zu, „aber auch die Pflicht zur Klugheit einzusehen, wenn man sich ergeben muss.“ Ralf Fücks, der Leiter des „Zentrums Liberale Moderne“, bezeichnete diese Haltung spöttisch als „Unterwerfungspazifismus“.¹³ Im November 2022 sah sich Precht gezwungen, seine „Fehlannahme“ öffentlich einzugestehen. Er vermied es aber, sich selbstkritisch mit seiner eigenen Fehlbarkeit auseinanderzusetzen, sondern gab lediglich an, er habe sich mit seiner falschen Einschätzung in bester Gesellschaft zahlreicher Militärexperten befunden. Zumindest damit hatte er recht.¹⁴

Der ukrainische Schriftsteller, Dichter und Übersetzer Serhij Zhadan während einer Lesung zur Eröffnung des Festivals „Goethe-Institut im Exil“ am 6. Oktober 2022 in Berlin

Foto: Süd-deutsche Zeitung
Photo/Fotografin: Regina Schmeken

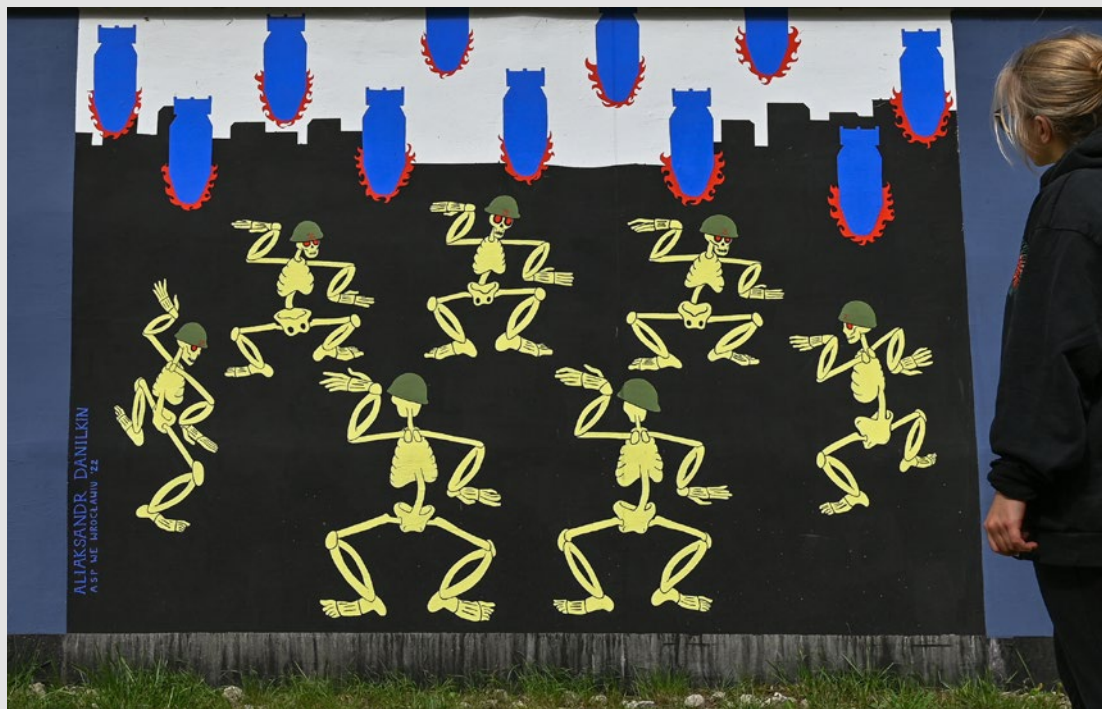
11 Franziska Davies: Der koloniale Blick auf Osteuropa. Der Auftritt von Harald Welzer als Symptom deutscher Schiefenheiten, in: Zeitgeschichte-online, Mai 2022, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/der-koloniale-blick-auf-osteuropa> [Stand: 08.02.2023].

12 Welzer kritisiert langen Applaus für Friedenspreisträger, in: ZEIT-Online v. 24.10.2022, <https://www.zeit.de/news/2022-10/24/welzer-kritisiert-langen-applaus-fuer-friedenspreistraeger> [Stand: 08.02.2023].

13 Ralf Fücks: Die Verkehrung von Opfer und Täter ist im vollen Gang, in: Der SPIEGEL v. 13.07.2022, <https://www.spiegel.de/ausland/irritationen-ueber-deutschland-die-verkehrung-von-opfer-und-taeter-ist-im-vollen-gang-a-7fa85e01-b619-40c2-b6f5-fa502c2fb2dd> [Stand: 08.02.2023]. Steven Heyer: Keine Kapitulation, in: Frankfurter Rundschau.de v. 13.03.2022, <https://www.fr.de/meinung/keine-kapitulation-91407570.html> [Stand: 17.02.2023].

14 Rewert Hoffer: Der Fernseh-Philosoph Richard David Precht hat sich mit seinen Äußerungen über die Ukraine blamiert, in: NZZ v. 16.11.2022, <https://www.nzz.ch/meinung/der-andere-blick/precht-er-irrt-bei-der-ukraine-will-aber-trotzdem-recht-haben-ld.1712263?reduced=true> [Stand: 08.02.2023].

Ausschnitt aus einem Kunstprojekt in Danzig/Polen. Von unterschiedlichen Künstlern und Künstlerinnen gestaltete Mauerteile mit pazifistischen und pro-ukrainischen Gemälden sind am Bahnhof in Danzig ausgestellt. Foto: picture alliance/NurPhoto/ Fotograf: Artur Widak



Das „Lodenmantelgeschwader“: Erich Vad und Harald Kujat

In Kriegszeiten sind Generäle gern gefragte Interviewpartner. Nach dem 24. Februar 2022 zog deshalb ein „Lodenmantelgeschwader“¹⁵ durch die deutsche Medienlandschaft. An seiner Spitze stand Brigadegeneral a.D. Erich Vad (*1957). Er war von 2006 bis 2013 im Bundeskanzleramt als militärischer Berater von Angela Merkel tätig. Flankiert wird Vad von General a.D. Harald Kujat (*1942), dem früheren Generalinspekteur der Bundeswehr (2002 bis 2005) und anschließenden Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses. Weil Kujat bei seinen Kommentaren zu den kriegesischen Aktionen Russland mitunter die Orientierung verliert, kritisierte ihn der bekannte Osteuropa-Historiker Karl Schlögel scharf als „Talkshow-General, der nicht einmal Karten lesen kann.“¹⁶ Damit brachte Schlögel seinen Unmut zum Ausdruck, dass Kujat zumindest zeitweise als Aufsichtsratsmitglied am von Wladimir Jakunin, einem engen Freund Putins, geleiteten Thinktank *Dialogue of Civilization Research Institute*

in Berlin mitwirkte. Nach seiner Gründung geriet dieses vermeintliche Forschungsinstitut bald in den Ruf, mit seiner Propagandatätigkeit offensichtlich im Dienst der hybriden Kriegsführung des Kremls zu stehen.¹⁷

Als medienaffine Ex-Militärs sind Vad und Kujat von Beginn des Kriegs an mit ihrer grandiosen Überschätzung der Schlagkraft der russischen Armee und der leichtfertigen Unterschätzung der Wehrhaftigkeit der Ukraine aufgefallen.¹⁸ Sie erklärten den Krieg schon für „gelaufen“, nachdem er gerade begonnen hatte. Der desolate Zustand der russischen Armee strafte Vad und Kujat jedoch rasch Lügen, die beide offensichtlich kein Auge für die

17 Sabine Adler: Russischer Think Tank in Berlin. Friedensinstrument oder Propagandawerkzeug?, in: Deutschlandfunk Kultur v. 13. Februar 2017, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/russischer-think-tank-in-berlin-friedensinstrument-oder-100.html> [Stand: 08.02.2023]; Maik Baumgärtner: Gefährliche Kooperation. Kremlnaher Thinktank mit besten Verbindungen, in: Der SPIEGEL v. 29.07.2020, <https://www.spiegel.de/ausland/kreml-naher-thinktank-doc-russland-im-haus-a-630f4385-e868-4207-a8ec-f971da903530> [Stand: 08.02.2023].

18 Ukraine-Krieg: Ex-General geht von baldigem Kriegsende aus, in: RechercheNetzwerk Deutschland v. 25.02.2022, <https://www.rnd.de/politik/ukraine-krieg-ex-general-geht-von-baldigem-kriegsende-aus-SPW3USOR2V4HPHUYBAW7OZILWM.html> [Stand: 09.02.2023]; Ex-General Erich Vad im ZDF: „Russen fühlen sich sehr sicher“, in: ZDFheute v. 07.03.2022, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ex-general-vad-russland-ukraine-krieg-100.html> [Stand: 09.02.2023].

15 Der SPIEGEL, 2022, Nr. 41. S. 39.

16 Karl Schlögel: Denkfabrik in Berlin. Die gefährliche neue Liebe der Deutschen zu Russland, in: WELT v. 03.07.2016, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article156758789/Die-gefaehrliche-neue-Liebe-der-Deutschen-zu-Russland.html> [Stand: 08.02.2023].

logistischen, organisatorischen und operationellen Defizite von Putins Invasionsheer gehabt hatten.

Das Onlinemagazin *Übermedien* stellte Vads „spektakuläre Falschprognosen“ im Dezember 2022 zu einem „Medley“ von „Vadismen“ zusammen.¹⁹ Spöttisch empfahl Sascha Lehnartz sogar, das Gegenteil von Vads Lagebewertung als wahrscheinlich anzunehmen, und erklärte: „Wäre Vad eine Hautbitze, würde er mit dieser Treffsicherheit aus 200 Meter Entfernung die Zugspitze verfehlen.“²⁰

Die Berichterstattung des letzten Jahres hat gezeigt, dass diejenigen, die sich zuverlässig über das Kriegsgeschehen in der Ukraine informieren wollen, die Berichte und Informationen des Washingtoner *Institute for the Study of War* sorgsam auswerten sollten.²¹ Das machen im deutschsprachigen Raum besonders Claudia Major, Carlo Masala, Markus Reisner, Jana Puglierin und Gustav Gressel. Deren Analysen und Prognosen weisen – gerade im Vergleich zu denen Vads und Kujats – bislang eine deutlich höhere Trefferquote auf.

Denkmuster des Kalten Kriegs: Erich Vad und Julian Nida-Rümelin

Unter anderem hat Vad zusammen mit dem emeritierten Münchner Philosophieprofessor Julian Nida-Rümelin und vier anderen Autor*innen im Namen der Parmenides-Stiftung ein kleines Buch verfasst, das sie als Beitrag zur Versachlichung der öffentlichen Auseinandersetzung verstanden wissen wollen. Mit Bezug auf Immanuel Kant philosophiert Nida-Rümelin, der Kulturstaatsminister im ersten Kabinett Gerhard Schröders war, über eine „ethisch fundierte Realpolitik der Friedenssicherung“.²² Diese erweist sich angesichts der

Kriegssituation in der Ukraine allerdings nicht als visionär, sondern schlechthin als illusorisch.

Der Münchner Philosophie-Professor konstatiert einen „auffälligen Generationenkonflikt“ und moniert, dass „die Erfahrung eines Jahrzehnte währenden Kalten Krieges“ offensichtlich verblasst sei.²³ Ihm ist der Kalte Krieg allerdings offensichtlich noch so präsent, dass er für passend hält, die aktuellen politischen Konfrontationen weiterhin im Denkstil des 20. Jahrhunderts zu konzeptualisieren. In seinem Kalten-Kriegs-Anachronismus erklärt er, beim russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine handle es sich „primär um einen geopolitischen Konflikt“ und damit im Kern um einen „Stellvertreterkrieg“ zweier im Kern „revisionistisch agierender Weltmächte“.²⁴

Indem Nida-Rümelin das aus den dunkelsten Zeiten des 20. Jahrhunderts überlieferte Geopolitik-Modell der „exklusiven Einflusszonen“ mit impliziertem „Interventionsverbot für raumfremde Mächte“ (Carl Schmitt) übernimmt, erscheint ihm die westliche Unterstützung für die Ukraine als unerlaubte Einmischung in den russischen Machtbereich.²⁵ Dem stimmt Vad ausdrücklich zu und wirft der westlichen Politik vor, „das simple Faktum ausgeblendet (zu haben), dass die Ukraine unmittelbar an Russland grenzt und nicht nur aus historischen Gründen Teil seiner strategischen Interessenssphäre ist.“²⁶

Ein solches, längst überkommenes Verständnis der internationalen Politik spricht der Ukraine aber nur begrenzte Souveränität zu. Damit verstoßen Nida-Rümelin und Vad gegen das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine, das sie ihrerseits mehrfach betonen. Sie blenden zudem die innere Entwicklung des Putinismus hin zu einer aggressiven Diktatur aus, die eine neoimperiale Politik betreibt, um die mangelhafte Modernisierungskraft ihres fossilen Staatskapitalismus durch militärische sowie außenpolitische Erfolge zu kaschieren. Bei ihrem geringschätzigen Blick auf die Ukraine übersehen Nida-Rümelin und Vad völlig, dass für Putin Geopolitik nur ein Synonym für skrupellose und revanchistische Machtpolitik darstellt, die sich

19 Sebastian Christ: Und für Fehleinschätzungen zum Ukraine-Krieg befragen wir jetzt wieder Erich Vad, in: *Übermedien* v. 05.12.2022, <https://uebermedien.de/79357/und-fuer-fehleinschaetzungen-zum-ukraine-krieg-befragen-wir-jetzt-wieder-erich-vad/> [Stand: 08.02.2023].

20 Sascha Lehnartz: Eine Panzerfaustregel, eine Chefsirene – und im Himmel ein schräger Humor, in: *Die WELT* v. 12.11.2022, <https://www.welt.de/politik/ausland/article242087517/Chronik-Eine-Panzerfaustregel-eine-Chefsirene-und-im-Himmel-ein-schraeger-Humor.html> [Stand: 08.02.2023].

21 Die Homepage des Instituts findet sich unter <https://www.understandingwar.org/> [Stand: 08.02.2023]. Gut aufbereitete Lageberichte und Analysen bietet auch die NDR-Podcastreihe „Streitkräfte und Strategien #Ukraine“. Vgl. <https://www.ndr.de/nachrichten/info/podcast2998.html> [Stand: 08.02.2023].

22 Julian Nida-Rümelin/Erich Vad u.a.: *Perspektiven nach dem Ukrainekrieg: Europa auf dem Weg zu einer neuen Friedensordnung*, Freiburg u.a. 2022, S. 111 u. 124-129.

23 Ebd., S. 10.

24 Ebd., S. 11 u. 117.

25 Nida-Rümelin beruft sich dabei auf die konservativen Theoretiker des Kalten Kriegs wie Henry Kissinger, George Kennan und John Mearsheimer, die verzweifelt bemüht sind, die Welt des 21. Jahrhunderts für ihre überlieferten Denkmuster passend zu machen. Vgl. ebd., S. 10.

26 Ebd., S. 73.



Ein Denkmal des russisch-georgischen Künstlers Surab Zereteli zeigt den britischen Premierminister Winston Churchill, den US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt und den sowjetischen Diktator Josef Stalin. Das Monument erinnert an die Krim-Konferenz vom 4. bis 11. Februar 1945, auf der die Alliierten die Nachkriegsordnung nach dem Sieg über Hitler im Zweiten Weltkrieg festlegten.

Foto: picture alliance/dpa/Fotograf: Ulf Mauder

der toxischen Mischung aus historischen Mythen, äußeren Bedrohungen und hetzerischen Feindbildern bedient.²⁷

Wenn Vad dann schreibt, dass die „Schlüssel für Krieg und Frieden [...] in Washington, Moskau und auch in Peking [liegen]“,²⁸ folgt er gedankenlos Putin, der schon im Juni 2020 in seinem langen historischen Traktat über den Zweiten Weltkrieg eine neue Konferenz von Jalta einforderte. Auf ihr sollten in Putins Vorstellung – wie im Februar 1945 – die wenigen Großmächte die Welt erneut unter sich in scharf umrissene Einflusszonen aufteilen, um so der globalen Staatenwelt eine neue Ordnung im Retro-Look des Kalten Kriegs zu geben.²⁹ Weil Putin nicht fähig ist, Russland für das 21. Jahrhundert fit zu machen, will er die Welt ins 20. Jahrhundert zurückführen. Seiner gefährlichen Rückwärtsgewandtheit sitzen Nida-Rümelin und Vad leichtsinnig auf.

Als „Lehnstuhldiplomaten“, die mit dem Rotstift über die Karte der Ukraine fahren, schlagen die beiden sogar als eine realistische Lösung vor, „den Russen die Kontrolle über die Gebiete mit einem hohen Anteil an russischsprachiger Bevölkerung in der Ukraine zu überlassen.“³⁰ Durch derartige

Territorialgeschenke in der Ukraine hätte der von Machtobsessionen befallene russische Machthaber dann nicht nur die Krim erobert, sondern dieses Heiligtum des russischen Machttraums vom neuen Großreich mit einem breiten Landkorridor quer durch die Ost- und Südukraine sogar mit dem russischen Mutterland verbunden. Ein solcher der Ukraine zugemuteter Verzichtfriede würde nicht nur einen erneuten eklatanten Bruch des Völkerrechts bedeuten und Millionen von ukrainischen Menschen in den neu annektierten Gebieten einem Leben unter brutaler russischer Besatzung ausliefern. Zudem würde ein international akzeptierter russischer Landraub das fatale Signal aussenden, dass sich Aggressionskriege auch im 21. Jahrhundert lohnen. Putin würde eine solche „diplomatische Lösung“ sicherlich nur als ein Etappenziel und als Ermunterung verstehen, seine imperiale Sammlungspolitik vermeintlich russischer Erde fortzusetzen. Ein erneuter russischer Überfall auf die Ukraine und womöglich auch auf Moldawien sowie Georgien wäre in wenigen Jahren zu erwarten.

Mit ihrer Meinung, die Ukraine müsse in Form von Gebietsabtretungen bereit sein, einen hohen Preis für den Frieden mit Russland zu zahlen, wissen laut einer Anfang Februar 2023 durchgeführte Umfrage Nida-Rümelin und Vad knapp die Hälfte der deutschen Bevölkerung hinter sich.³¹

27 David G. Lewis: *Russia's New Authoritarianism. Putin and the Politics of Order*, Edinburgh 2020; Martin Aust/Andreas Heinemann-Grüder/Angelika Nußberger/Ulrich Schmid: *Osteuropa zwischen Mauerfall und Ukrainekrieg*, Berlin 2022.

28 Nida-Rümelin/Vad [wie Anm. 22], S. 72.

29 Klaus Gestwa: Putin, der Cloutheraut. Überdosis an Geschichte und politisierte Erinnerungskonflikte in Osteuropa, in: *Neue Politische Literatur* v. 17.12.2021 (<https://doi.org/10.1007/s42520-021-00403-w>) [Stand: 08.02.2023].

30 Nida-Rümelin/Vad [wie Anm. 22], S. 77.

31 Dagmar Gassen: Wie hoch darf der Preis des Friedens für die Ukraine sein?, in: *STERN* v. 07.02.2023, <https://www.stern.de/politik/stern-umfrage--soll-die-ukraine-fuer-frieden-auf-gebiete-verzichten--3171596.html> [Stand: 09.02.2023].

Völlig anders sieht es gegenwärtig in der Ukraine aus. Hier könnte nur eine kleine Minderheit einem Verzichtsfrieden zustimmen. Über 90 Prozent der kürzlich Befragten würden hingegen erst einen Waffenstillstand akzeptieren, wenn sich Russland aus dem kompletten ukrainischen Staatsgebiet – einschließlich der Krim – zurückziehen sollte. Eine ähnliche überwältigende Mehrheit würde sogar im Fall eines russischen Atomwaffeneinsatzes weiterkämpfen wollen. Das veranlasst Tobias Bunde, den Director of Research and Policy der Münchner Sicherheitskonferenz, zu dem Hinweis: „Wer es mit dem Mantra ernst meint, dass nichts über die Köpfe der Ukrainerinnen und Ukrainer entschieden werden darf, tut gut daran, genau zuzuhören und die öffentliche Meinung in politischen Entscheidungen mitzudenken.“³²

Eskalationsangst und Selbst-Abschreckung: **Johannes Varwick**

Aus der Wissenschaft drängen seit einiger Zeit Professor*innen in die öffentliche Arena, die zwar keinen Bezug zur Osteuropa-Forschung haben, es sich aber nicht nehmen lassen, mit ihrer Expertise zur Sicherheitspolitik und Friedensforschung publikumswirksam Stellung zu beziehen. Dazu zählt der an der Universität Halle-Wittenberg tätige, medienaffine Politikwissenschaftler Johannes Varwick (*1968), der sich über die Forschung hinaus in der Politikberatung und Politischen Bildungsarbeit engagiert. Die russische Annexion der Krim hatte er 2014 verurteilt, in der Folgezeit aber darauf gedrängt, mit Russland als schwierigen Partner einen Interessenausgleich zu finden.

Als Russland Ende 2021 mit seinem massiven Truppenaufmarsch die Ukraine in Geiselschaft nahm und die USA zum Abzug ihres Militärs aus Europa sowie die NATO zum Rückbau ihrer Bündnisstrukturen auf den Stand der frühen 1990er Jahre zwingen wollte, plädierte Varwick „für eine realpolitische Begradigung“, um das „große Störungs- und Chaospotenzial“ Russlands unter Kontrolle zu halten und die akute Kriegsgefahr zu bannen. Dazu bedürfe es der klaren Aussage, dass die Ukraine

keine Perspektive habe, in die NATO aufgenommen zu werden. Varwick rief sogar dazu auf, „ein Mitspracherecht Russlands in Fragen der europäischen Sicherheitspolitik (zu) akzeptieren. Er führte zudem den umstrittenen Begriff der „Finnlandisierung“ in die Debatte ein, um für die Ukraine „einen wie auch immer auszugestaltenden Neutralitätsstatus“ zu schaffen, damit das Land „eine stabile und im Gleichgewicht befindliche Pufferzone zwischen zwei Interessensphären“ bilden können. Mit seiner paternalistischen Haltung, für die Ukraine von Deutschland aus entscheiden zu können, was in ihrem Interesse sei, stieß er auf Kritik, auch weil sein Vorschlag de facto eine Aberkennung der Souveränität der Ukraine sowie eine große Abhängigkeit von Russland bedeutet hätte. Dass es dazu in der Ukraine keinerlei Bereitschaft gab, darüber sah Varwick geflissentlich hinweg und erklärte entschuldigend, ihm gehe es nicht darum, „dass man die Ukraine Russland sozusagen zum Fraß hinwirft.“³³

Ende Juni 2022 gehörte Varwick zu den Erstunterzeichnern des zweiten, erneut viel diskutierten offenen Briefs, der die deutsche Politik dazu aufforderte, den Krieg durch Verhandlungen zu beenden und die Waffenhilfe an die Ukraine einzustellen.³⁴ In der Talkshow „Maischberger“ behauptete er – wie zuvor Precht –, dass die Ukraine „sowieso verloren sei“ und mit ihrer Wehrhaftigkeit einen aussichtslosen Abwehrkampf nur verlängere.³⁵ Knapp zwei Wochen später erklärte er sogar, der Westen habe „die Ukraine verheizt.“³⁶

Als streitbarer, zugleich eloquenter Akademiker hat Varwick zuletzt den Sprung in den medialen TV-Olymp geschafft. Dort schürt er als nimmermüder Warner vor der Eskalation des Kriegsgeschehens die aus dem Kalten Krieg bekannte Angst vor einem Atomkrieg, dessen fürchterliche Drohkulisse der

32 Tobias Bunde: Auch bei russischem Nuklearschlag: 89 Prozent der Ukrainer wollen unter allen Umständen weiterkämpfen, in: Tagesspiegel v. 07.02.2023, <https://www.tagesspiegel.de/internationales/auch-bei-russischem-nuklearschlag-89-prozent-der-ukrainer-wollen-weiterkämpfen-bis-zur-ruckeroberung-der-krim-9299993.html> [Stand: 09.02.2023].

33 Jan Emendörfer: Politikwissenschaftler zu Ukraine-Konflikt: „Der Westen muss Russland eine Brücke bauen“, in: RedaktionsNetzwerk Deutschland v. 26.01.2022, <https://www.rnd.de/politik/ukraine-konflikt-der-westen-muss-russland-eine-bruecke-bauen-laut-politikwissenschaftler-7ZM2DJULBD3TJRQNGS3BD0U24.html> [Stand: 08.02.2023].

34 Zu dieser Debatte vgl. Klaus Gestwa: Krieg in Europa! Was treibt Putin? Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine: Überblick, Einordnung und aktuelle Entwicklungen, in: Einsichten & Perspektiven, 3/2022, S. 58–81, hier S. 72.

35 Streit um Waffenlieferungen bei Maischberger: „Die Ukraine ist sowieso verloren“, in: Prisma v. 15.06.2022, <https://www.prisma.de/news/tv/Politologe-Johannes-Varwick-bei-Maischberger-Ukraine-ist-sowieso-verloren.40172087> [Stand: 08.02.2023].

36 Johannes Varwick: Wir haben schwere Schuld auf uns geladen, in: T-Online v. 06.07.2022, https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/id_92350780/politologe-johannes-varwick-wir-haben-die-ukraine-verheizt-.html [Stand: 08.02.2023].

Kreml in seiner Politik der Einschüchterung und Verunsicherung Europas strategisch einsetzt. Die zunehmende militärische Unterstützung der Ukraine verglich Varwick mit einem „Ritt auf der Rasierklinge“ und riet der deutschen Politik dazu, die Eskalationsszenarien sorgsam abzuwägen, um einen offenen Krieg mit Russland zu verhindern, der einen nuklear geführten Dritten Weltkrieg bedeuten könnte. Dessen Vermeidung müsse das primäre politische Ziel sein und bleiben; das Schicksal der Ukraine habe dahinter zurückzutreten.³⁷

Als sich Bundeskanzler Scholz nach langem Zögern und auf starken Druck Ende Januar 2023 entschloss, der Lieferung von Leopard-Panzern an die Ukraine zuzustimmen, übte der Nuklearapokalyptiker Varwick heftige Kritik an der Entscheidung. Deutschland sei „politisch damit Kriegspartei“ geworden und „schlafwandelt geradezu in einen Krieg mit Russland.“³⁸ Ähnliches ließ damals auch die Kremlpropaganda in ihrer typischen martialischen Rhetorik verlauten und ging geflissentlich darüber hinweg, dass im Fall eines Angriffskriegs auch die Lieferung von Kampfpanzern durch das Kriegsvölkerrecht gedeckt ist und deshalb keinen Kriegseintritt bedeutet.

Für seine Argumentation kann Varwick in Anspruch nehmen, die weit verbreiteten Sorgen zu thematisieren, die NATO könne direkt in das Kriegsgeschehen in der Ukraine hineingezogen werden. Umfragen zeigen, dass die deutsche Gesellschaft in der Panzerfrage unentschieden und tief gespalten ist. Erst nach dem Beschluss der Bundesregierung haben kürzlich 51 Prozent erklärt, die Entscheidung für die Lieferung von Leopard-Panzern sei kein Fehler. 39 Prozent sehen das weiterhin dezidiert anders.³⁹

Der Mahnung ist sicher berechtigt, die Gefahr einer Eskalation bis hin zu einem Atomkrieg nicht zu unterschätzen, auch wenn einiges dafür spricht, dass dieser Ernstfall nicht eintreten wird. Varwicks

Forderung nach unbedingter Eskalationsvermeidung kommt allerdings einer „Selbstabschreckung“⁴⁰ gleich, so dass Putin auf der Grundlage dieses Arguments mit seiner Politik des Landraubs mittels nuklearer Erpressung davonkommen könnte. Das käme einem Präzedenzfall gleich, der schnell Nachahmung finden würde. So lässt sich Putin in seinem Expansionswahn kaum stoppen.⁴¹

Mit seinen unentwegten Forderungen nach Diplomatie statt Waffenhilfe gehört Varwick zu jener Gruppe, die einen Gegensatz zwischen Pazifismus und Bellizismus konstatieren und sich damit – so Carlo Masala – auf dem Holzweg befinden. „Am Ende wird die Verhandlungslösung auf der Basis der militärischen Situation geschaffen werden.“⁴² Auch der erfahrene Osteuropa-Forscher Hans-Henning Schröder sieht die weitere Stärkung der ukrainischen Wehrhaftigkeit als Voraussetzung dafür, dass Moskau überhaupt erst einmal ernsthafte Verhandlungen in Erwägung sieht.⁴³

Bis heute hält das Putin-Syndikat unbeirrt an seinem Maximalziel der „Entukrainisierung“ des östlichen Europas fest. Weil es nicht gelang, die Ukraine mit einem „Blitzkrieg“ unter das Moskauer Joch zu zwingen, setzt Putin nun auf einen menschenverachtenden Zermürbungskrieg und neue Militäroffensiven. Der Kreml will Verhandlungen nur über eine Kapitulation und Unterwerfung der Ukraine führen. Das aber ist für die Ukraine schlichtweg unannehmbar, so dass hier die Bereitschaft zum Weiterkämpfen ungebrochen ist.⁴⁴ Mit völkerrechtlichen und demokratischen Grundsätzen sind die Forderungen des Kremls

37 Simon Cleven: Während die Ukraine Erfolge feiert. Diskussion über die „unpopuläre Meinung“ eines Politikprofessors, in: RedaktionsNetzwerk Deutschland v. 11.09.2022, <https://www.rnd.de/politik/ukraine-krieg-wie-lange-kann-russland-noch-durchhalten-politikprofessor-hat-unpopulaere-meinung-TDEG463UNFHVDB5U-76LU4ZZU.html> [Stand: 08.02.2023].

38 Matthias Müller: Panzer als Waffenhilfe im Ukraine-Krieg. Experte Varwick aus Halle ... , in: Mitteldeutsche Zeitung v. 25.01.2022, <https://www.mz.de/mitteldeutschland/sachsen-anhalt/ukraine-krieg-deutschland-liefert-leopard-2-panzer-einschaetzung-von-politikprofessor-3531906?reduced=true> [Stand: 08.02.2023].

39 Ellen Ehni: ARD-DeutschlandTrend. Zustimmung zu Leopard-Lieferung, in: Tagesschau.de v. 02.02.2023, <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-3287.html> [Stand: 09.02.2023].

40 Diesen Begriff verwendete Sönke Neitzel in der Talkshow „Anne Will“ am 22.01.2023. Vgl. dazu Thomas Benner: Lehren aus der Panzerdebatte, in: 49security, 01.02.2023, <https://fourninesecurity.de/2023/02/01/lehren-aus-der-panzerdebatte-deutschland-tempo-statt-us-telefonjoker> [Stand: 08.02.2023].

41 Vgl. abwägend dazu Nicole Deitelhoff: Verhandlung unter Feinden, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/2022, S. 49–54.

42 Marko Schlichting: Carlo Masala bei Markus Lanz, in: N-TV.de v. 12.01.2023, <https://www.n-tv.de/politik/Den-Russen-geht-nicht-die-Puste-aus-article23838648.html> [Stand: 08.02.2023]. Vgl. auch Herfried Münkler: Der Kriegsverlauf entscheidet über die Aufnahme von Verhandlungen, in: Deutschlandfunk v. 01.01.2023, <https://www.deutschlandfunk.de/herfried-muenkler-ukraine-russland-100.html> [Stand: 08.02.2023].

43 Hans-Henning Schröder : So könnte der Ukraine-Krieg beendet werden, in: ZDFheute, 30.01.2023, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/kriegsende-verhandlungen-staerken-ukraine-krieg-russland-100.html> [Stand: 08.02.2023]. Ähnlich: Waffenlieferungen und Frieden schließen sich nicht aus, in: Handelsblatt v. 03.02.2023, <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kolumne-geo-economics-waffenlieferungen-und-frieden-schliessen-sich-nicht-aus/28957116.html> [Stand: 08.02.2023].

44 Siehe Anm. 32.

unvereinbar. Aktuell gibt es daher keine Grundlage für ernsthafte Verhandlungen.⁴⁵ Die unentwegte Forderung Varwicks und anderer nach diplomatischen Offensiven „hat etwas mit völliger Unkenntnis der Lage zu tun.“⁴⁶

Im Reich der Verschwörungstheorie:

Ulrike Guérot

Während die zuvor genannten *public intellectuals* bei aller Polemik und Ahnungslosigkeit argumentative Standards beachten und seriöse Debattenbeiträge vorbringen, gilt das für die beiden nachfolgend genannten Publizistinnen kaum mehr. Wegen der äußerst dünnen, zudem dubiosen Quellen- und Literaturgrundlage kippt ihre Darstellung schnell ins Verschwörungstheoretische.

Im Mittelpunkt medialer Aufmerksamkeit und Kontroversen steht vor allem die Bonner Politikprofessorin Ulrike Guérot (*1964). Sie war schon während der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015 und der Corona-Epidemie mit populistischen Äußerungen in Erscheinung getreten. Ihr Trierer Kollege Markus Linden bezeichnete sie im Juni 2022 als „Ikone der Querdenkerszene“, weil sie in Talkshows wiederholt irreführende Behauptungen aufstelle, damit die Wirklichkeit verdrehe und so den politischen Diskurs vergifte.⁴⁷

Ihr zusammen mit Hauke Ritz verfasster Bestseller „Endspiel Europa“ thematisiert Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine auf befremdliche Weise. Das Duo fügt entkontextualisierte Textstellen und Aussagen zum wild konstruierten, ungeheuerlichen Vorwurf zusammen, die Ukraine sei das „perfekte Testgebiet“ für die US-Forschung, um Biowaffen zu entwickeln, die „auf den Genotyp

des Feindes“, besonders der russischen Menschen zugeschnitten seien.⁴⁸

Der Bonner Osteuropa-Historiker und Vorsitzende des Verbands der Osteuropa-HistorikerInnen Martin Aust wirft Guérot darum verschwörungstheoretisches Denken ohne jeglichen wissenschaftlichen Gehalt vor.⁴⁹ Unverblümt nennt Thomas Ribi Guérot „Putins Trollin“ und „Stimme des Postfaktischen“. Die Universität Bonn kritisiert er wegen ihrer halbherzigen Distanzierung von der über alle Fakten und Standardwerke erhabenen Politikprofessorin, über die zum Zeitpunkt ihrer Berufung längst bekannt gewesen sein solle, dass ihr „rhetorische Knalleffekte wichtiger sind als sachliche Korrektheit.“⁵⁰

Die Diva der Desinformation:

Gabriele Krone-Schmalz

Als Beleg für ihre Aussagen führt Guérot wiederholt die Werke der streitbaren, zugleich umstrittenen Bestseller-Autorin Gabriele Krone-Schmalz (*1949) an. Deren letzte Russlandbücher bezeichnete Patrick Bahners in der FAZ als „Brückenkopf der verschwörungstheoretischen Gegenöffentlichkeit [...] im schmutzigen Meinungskrieg“.⁵¹ Als Moskauer ARD-Korrespondentin während der bewegten Jahre von 1987 bis 1991 ist Krone-Schmalz vielen Älteren ein noch bekanntes Fernsehgesicht. Seit 1992 bezeichnet sie sich als „freie Journalistin“. Auf die Interviewfrage, ob sie gern wieder aus Russland berichten würde, antwortete sie 2004, dass sie das nicht mehr wolle. Sie habe genug mit ihrer Ferienanlage in Spanien zu tun. Es reiche ihr, „meinen Senf dazuzugeben“.⁵²

45 Zur aktuellen Unmöglichkeit von Waffenstillstandsverhandlungen vgl. die Analyse von Sabine Fischer: Friedensverhandlungen im Krieg zwischen Russland und der Ukraine: Mission impossible, in: SWP-Aktuell 2022/A66, 28.10.2022, doi:10.18449/2022A66 [Stand: 08.02.2023].

46 Karl Schlögel: Der Ruf nach Verhandlungen hat etwas mit völliger Unkenntnis der Lage zu tun, in: Tagesspiegel v. 11. Januar 2023, S. 16-17. Mit Bezug auf Hannah Arendt spricht Markus Linden auch von „Entwicklung“. Vgl. Markus Linden: Postfaktisches Expertentum: „Entwicklung“ bei Gabriele Krone-Schmalz und Erich Vad, in: Forum Dialog v. 27.12.2022, <https://forumdialog.eu/2022/12/27/postfaktisches-expertentum-entwicklung-bei-gabriele-krone-schmalz-und-erich-vad/> [Stand: 08.02.2023].

47 Markus Linden: Plagiate in ihrem Bestseller: Wie Ulrike Guérot die Wirklichkeit verdreht, in: FAZ.net v. 03.06.2022, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ulrike-guerot-ist-eine-heldin-der-querdenkerszene-in-ihrem-buch-plagiiert-sie-18079968.html> [Stand: 08.02.2023].

48 Zu diesen unhaltbaren Fantasien vgl. Anna Veronika Wendland/Franziska Davies: Europäischer Alptraum. Ulrike Guérot und Julian Nida-Rümelin wollen Europa neu bauen – allerdings auf den Knochen der Osteuropäer (im Druck).

49 Martin Aust: Absage an die Wissenschaft – zum Buch „Endspiel Europa“ von Ulrike Guérot und Hauke Ritz, 28.11.2022, <https://ostkreuzbn.hypotheses.org/author/ostkreuzbn> [Stand: 08.02.2023].

50 Thomas Ribi: Als „Putins Trollin“ wird Ulrike Guérot bezeichnet ..., in: NZZ v. 09.11.2022, <https://www.nzz.ch/feuilleton/ulrike-guerot-gerne-auch-faktenfreie-professorin-und-ihre-uni-ld.1711106?reduced=true> [Stand: 08.02.2023].

51 Patrick Bahners: Starautorin Krone-Schmalz: Putins Ramsch, in: FAZ.net v. 08.03.2022, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/beck-verlag-druckt-bestseller-von-krone-schmalz-nicht-mehr-nach-17859050.html> [Stand: 08.02.2023].

52 Was macht eigentlich Gabriele Krone-Schmalz?, in: STERN v. 12.04.2022, <https://www.stern.de/lifestyle/leute/was-macht-eigentlich-gabriele-krone-schmalz-3073624.html> [Stand: 08.02.2023].

In dieser Zeit begann Krone-Schmalz, sich im Deutsch-Russischen Forum und im Petersburger Dialog zu engagieren. Beide Organisationen standen bald in der Kritik, der Russlandversteherei einen institutionellen Rahmen zu geben. Sie boten Krone-Schmalz ein Tätigkeitsfeld, um ihre Russlandkontakte zu pflegen und ihren vermeintlichen Expertenstatus aufrechtzuerhalten, nachdem ihre vormalige Korrespondentinnenzeit in immer weitere Ferne rückte.

Nach der Krim-Annexion erlebte Krone-Schmalz ein Comeback als Bestsellerautorin. Ihre beiden Bücher „Russland verstehen. Der Kampf um die Ukraine und die Arroganz des Westens“ (2015) und „Eiszeit. Wie Russland dämonisiert wird und warum das so gefährlich ist“ (2017) stießen bei denjenigen mit akademischer oder journalistischer Osteuropa-Expertise auf harsche Kritik, weil Krone-Schmalz die damals typische Kreml-Apologie vortrefflich bediente. Wenig reflektiert und pauschal behauptete sie, der Westen habe Putins ausgestreckte Hände immer wieder zurückgewiesen und Russland nicht auf Augenhöhe, sondern vielmehr herablassend behandelt.⁵³ Die Annexion der Halbinsel Krim, laut Krone-Schmalz „ureigenes russisches Land“, sei deshalb „keine Landnahme, sondern Notwehr unter Zeitdruck.“⁵⁴ Den „Euro-Majdan“ 2013/14 erklärte sie – entgegen dazu vorliegender guter Studien – kurzerhand zu einem auch von den USA geförderten „Putsch in Kiew“.⁵⁵ Mit ihrer „Russophilie um jeden Preis“⁵⁶ spielte Krone-Schmalz damit die erste Geige im „Beschwichtigungsorchester, das antiamerikanische Ressentiments bediente, Warnungen von Staaten wie Polen und der Ukraine als ‚Russophobie‘ verhöhnte und die Entspannungspolitik von SPD und CDU legitimierte.“⁵⁷

Als vermeintliche „Grande Dame“ des Russland-Journalismus behauptete Krone-Schmalz im Vorfeld der Großinvasion der russischen Armee zum Entsetzen der Fachleute, Putin habe kein Interesse daran, die Ukraine zu destabilisieren. Sie

könne nicht erkennen, dass Putin in seinen wiederholten präsidentiellen Geschichtslektionen der Ukraine als Nation und Staat die Daseinsberechtigung abgesprochen habe.⁵⁸

Als Putin mit seinem brutal geführten Angriffskrieg die meinungsstarke Russlandversteherin dann Lügen strafte, war Krone-Schmalz' einträgliches publizistisches Geschäftsmodell akut gefährdet. Sie erklärte zwar umgehend, fassungslos und entsetzt zu sein. Das sind aber fade Lippenbekenntnisse geblieben, denn mit Bezug auf den französischen Philosophen Baron de Montesquieu (1689–1755) verkündete sie, dass diejenigen, die den Krieg begonnen hätten, nicht mit denjenigen verwechselt werden sollten, die ihn unausweichlich gemacht hätten.⁵⁹

Dieser rhetorische Kniff dient dazu, das alte Notwehr-Narrativ zu einer Präventivkriegsthese weiterzuentwickeln. Auch mit seinem Angriffskrieg agiere Putin allein auf die vom Westen geschaffenen Bedrohungslagen und damit aus einer „strategischen Defensive“ heraus. So hofft Krone-Schmalz, ihre längst von der politischen Entwicklung überholten Aussagen zur Schuldlastumkehr über die „Zeitenwende“ vom 24. Februar 2022 weiter im Diskurs zu halten. Auf dem Onlineportal „Salonkolumnisten“ bezeichnete Karl-Hermann Leukert Krone-Schmalz deshalb als „One-Trick Pony“ und „Diva im Club der Kollaborateure“.⁶⁰

Der Streitfall Gabriele Krone-Schmalz und die Klage gegen Franziska Davies

Im März 2022 geriet der C.H. Beck Verlag unter starken öffentlichen Druck, weil er mit Krone-Schmalz' profitablen Russlandbüchern Verantwortung dafür trage, dass in der deutschen Öffentlichkeit ein falsches Bild von Putin, seinem diktatorischen Regime und von der Geschichte sowie Gegenwart der Ukraine entstanden sei. Der Verlag rang sich zur Aussage durch, die Bücher würden nun „zynisch“

53 Stefan Creuzberger: Das deutsch-russische Jahrhundert. Geschichte einer besonderen Beziehung, Hamburg 2022, S. 17 und 544.

54 Gabriele Krone-Schmalz: Russland verstehen. München 2015, S. 28.

55 Dies.: Eiszeit. Wie Russland dämonisiert wird und warum das so gefährlich ist, München 2017, S. 96–102.

56 Linden (wie Anm. 47).

57 Lucien Scherer: Aufstieg und Fall einer Russlandversteherin, in: NZZ v. 05.12.2022, <https://www.nzz.ch/feuilleton/gabriele-krone-schmalz-aufstieg-und-fall-einer-russland-versteherin-ld.1714394?reduced=true> [Stand: 08.02.2023].

58 Christoph Link: Markus Lanz rüffelt Gabriele Krone-Schmalz. „Albern, wie Sie Putin verteidigen!“, in: Stuttgarter Nachrichten v. 23.02.2022, <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.markus-lanz-rueffelt-gabriele-krone-schmalz-albern-wie-sie-putin-verteidigen.70d0d8d7-b3d0-48ed-8fc4-950fc6d37c7ff.html> [Stand: 08.02.2023].

59 Kritisch dazu Linden (wie Anm. 47).

60 Karl-Hermann Leukert: Diva im Klub der Kollaborateure, in: Salonkolumnisten v. 09.11.2022, <https://www.salonkolumnisten.com/diva-im-club-der-kollaborateure/> [Stand: 08.02.2023].

klingen und ihre Überarbeitung erweise sich als unmöglich.⁶¹

Aus dem medialen Olymp gefallen, ging Krone-Schmalz auf Vortragstour. Die Osteuropa-Forschung setzte sich nun zur Wehr, dass Krone-Schmalz trotz ihrer fraglichen Expertise weiterhin als „Osteuropa-Expertin“ angekündigt werde. Die öffentliche Auseinandersetzung eskalierte Ende Oktober 2022 im Zusammenhang mit einem Vortrag von Krone-Schmalz an der Volkshochschule Reutlingen und ihrer Klage gegen die auf Twitter aktiven Münchner Osteuropa-Historikerin Franziska Davies, die ihren Expertenstatus in Frage gestellt und die jeweiligen Veranstalter auf die hochproblematische Kreml-Apologie der eingeladenen Rednerin hingewiesen hatte. Auf die juristische Attacke von Krone-Schmalz reagierte die Osteuropa-Forschung mit Solidaritätsadressen der großen Fachverbände und stellte durch Crowdfunding Franziska Davies das notwendige Geld für die anstehenden Gerichtsprozesse zu Verfügung.⁶²

In einem gut belegten Fachaufsatz entlarvte Franziska Davies daraufhin Krone-Schmalz mit ihren Halbwahrheiten und Falschaussagen, Verzerrungen und Manipulationen sowie mit ihrem befremdlichen Blick auf die Ukraine als „Meisterin der Desinformation“.⁶³ Inzwischen hat ein Kölner Gericht entschieden, dass es sich bei der Kritik von Franziska Davies um zulässige, faktenbasierte Meinungsäußerungen handle.⁶⁴

Medienbashing, *Cancel Culture* und Kritikresistenz

So unterschiedlich der professionelle Background und der Argumentationsstil der „Osteuropa-Promis“ auch ist, sie teilen bestimmte Grundannahmen,

Fehleinschätzungen und Deutungsmuster. So werfen sie der deutschen Außenpolitik vor, unter dem Einfluss des „realitätsfernen Altruismus“, der „Hypermoral“ und des „gesinnungsethischen Extrem(ismus)“ den Blick für das politisch Mögliche sowie Notwendige verloren zu haben.⁶⁵ Diese Selbstinszenierung als kritische Stimmen der Vernunft gegen die militärische Unterstützung der Ukraine zielt darauf, der westlichen Politik eine andere Richtung zu geben. Dabei fallen zahlreiche bedenkliche Überschneidungen mit zentralen Narrativen und Kommunikationsstrategien der russischen Führung auf, die entweder nicht bedacht oder leichtsinnig abgetan werden.

Oft ist die Rede von einer gegen abweichende Stimmen gerichteten Radikalisierung der öffentlichen Meinung. Differenziertes Denken sei kaum mehr erlaubt. Das ist die klassische Strategie derjenigen, die eine in der demokratischen Debatte nicht durchsetzungsfähige Position beziehen und gern den Vorwurf der „*Cancel Culture*“ erheben. Forsch beklagt Brigadegeneral Vad ohne jegliche Vorsicht gegenüber Kampfbegriffen aus der NS-Zeit eine „Gleichschaltung der Medien“. Diese betrieben in Deutschland „Meinungsmache [...] aus reiner Selbstermächtigung“. Daher gebe es längst „keinen fairen offenen Diskurs mehr zum Ukraine-Krieg“.⁶⁶

In die gleiche Kerbe haut der Politikprofessor Varwick. Er kritisiert an der öffentlichen Debatte die „Unversöhnlichkeit der Argumente, das bewusste Missverstehen, die wechselseitigen Unterstellungen“. Im bloßen „Hinterherrennen hinter einem schmalen Meinungskanon“ könnten aber keine vernünftigen Lösungen entstehen. Wegen der Deutungshegemonie des „Teams Krieg“ – so Varwick – würden „Warnungen vor unkalkulierbarer Eskalation [...] als naiv oder gar putinesk“ diffamiert. Obwohl Varwick von einer zur anderen Talkshow tingelt und laufend Gastbeiträge in verschiedenen Medien publiziert, beklagt er selbst- viktimsierend: „Wer sich zu weit vom Mainstream entfernt, der wird kaltgestellt.“⁶⁷

61 Die Titel könnten Gefühle verletzen und zynisch wirken, in: Börsenblatt v. 03.11.2022, <https://www.boersenblatt.net/news/die-titel-koennten-gefuehle-verletzen-und-zynisch-wirken-261959> [Stand: 08.02.2023].

62 Julian Seifert: Osteuropa-Experten stellen sich gegen Krone-Schmalz, in: T-Online v. 10.11.2022, https://www.t-online.de/region/koeln/id_100078300/gabriele-krone-schmalz-osteuropa-experten-kritisieren-putin-versteherin-.html [Stand: 08.02.2023].

63 Franziska Davies: Desinformationsexpertin. Russland, die Ukraine und Frau Krone-Schmalz, in: Osteuropa 72 (2022), Nr. 9-10, S. 245-265 (<https://zeitschrift-osteuropa.de/site/assets/files/49657/oe220915.pdf>) [Stand: 08.02.2023].

64 Julian Seifert: Gabriele Krone-Schmalz verliert vor Gericht gegen Kritikerin, in: T-Online v. 23.01.2023, https://www.t-online.de/region/koeln/id_100116828/kritik-fuer-naehe-zum-putin-regime-gabriele-krone-schmalz-verliert-vor-gericht.html [Stand: 08.02.2023].

65 Vgl. z.B. Nida-Rümelin/Vad (wie Anm. 22), S. 68-71.

66 Annika Ross/Erich Vad: Was sind die Kriegsziele. Interview, in: EMMA.de v. 12.01.2023, <https://www.emma.de/artikel/erich-vad-was-sind-die-kriegsziele-340045> [Stand: 08.02.2023].

67 Johannes Varwick: Warum Realpolitik im Ukraine-Krieg mich ins Abseits manövriert hat, in: Berliner Zeitung v. 13.01.2023, <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/gastbeitrag-politikwissenschaftler-johannes-varwick-warum-realpolitik-im-ukraine-krieg-mich-ins-abseits-manoevriert-hat-li.303282> [Stand: 08.02.2023].



Rainer Hank, Anna Planken, Vassili Golod, Alice Schwarzer und Sandra Maischberger zu Gast in der ARD Talkshow „Maischberger“, November 2022
Foto: picture alliance/dpa/
Fotograf: Horst Galuschka

Wie wirklichkeits- und kritikresistent „Osteuropa-Promis“ auftreten können, demonstrierte Alice Schwarzer am 30. November 2022 in der Talkshow „Maischberger“. Barsch unterbrach sie den deutlich jüngeren, dafür aber sachkundigen ARD-Ukraine-Korrespondenten Vassili Golod mit den Worten: „Herr Kollege! Bitte nicht mit einer solchen Polemik bei einer so bitterernsten Sache.“ Dabei hatte Golod ihr zuvor nur erklärt, dass „die Ukraine ein demokratischer Staat ist, der seit vielen Jahren angegriffen wird“ und dass Schwarzer Gefahr laufe, mit ihrem Fabulieren von einem „Stellvertreterkrieg zwischen Amerika und Russland [...] im Bereich der Verschwörungsmythen an(zu) kommen.“⁶⁸

Schwer beleidigt, weil ihre Forderung nach Waffenstillstandsverhandlungen auf heftige Kritik gestoßen war, sondern sich erfolgreich zur Wehr setzte, haben Richard David Precht und Harald Welzer gleich ein ganzes Buch über Medien als vierte Gewalt geschrieben. Ihrer Ansicht nach gefährden die deutschen Massenmedien die Demokratie, weil sie eine Mehrheitsmeinung machen, die vermeintlich keine sei. Entlarvend ist, dass ihr Medienbasching sowohl über die tatsächlichen Praktiken des

Journalismus als auch über die Ergebnisse der Medienwissenschaft hinweggeht.⁶⁹

Bedenkliche Resonanzen

Dass die alternativen „Osteuropa-Fachleute“ mit ihren medialen Auftritten an den Rändern des politischen Spektrums auf Zuspruch stoßen, lässt sich am Beispiel des Videos des Reutlinger Vortrags von Gabriele Krone-Schmalz veranschaulichen. Es hat auf *Youtube* bislang 1,4 Mio. Abrufe erzielt.⁷⁰ Applaus dafür kam nicht nur aus Kreisen der AfD und der Linkspartei, allen voran von Sahra Wagenknecht.⁷¹ Der Vortrag wurde auch vom Landesver-

68 Zu diesem Talkshow-Zoff vgl. <https://web.de/magazine/politik/politische-talkshows/alice-schwarzer-ukraine-experte-zoffen-maischberger-37519580> [Stand: 08.02.2023]. Zur Richtigkeit der These Golods, dass der Krieg gegen die Ukraine schon 2014 begonnen hat, vgl. Gwendolyn Sasse: *Der Krieg gegen die Ukraine. Hintergründe, Ereignisse, Folgen*, München 2022.

69 Richard David Precht/Harald Welzer: *Die vierte Gewalt. Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist*. Frankfurt am Main 2022. Zur Kritik daran vgl. bes. Harald Staun: *Die totgeschwiegenen Promis*, in: FAZ.net v. 26.09.2022, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/richard-david-precht-und-harald-welzer-die-totgeschwiegenen-promis-18337547.html> [Stand: 08.02.2023]; Nils Minkmar: *Hätten Precht und Welzer doch einfach mal jemanden gefragt*, in: Übermedien v. 28.09.2022, <https://uebermedien.de/77100/haetten-precht-und-welzer-doch-einfach-mal-jemanden-gefragt/> [Stand: 08.02.2023]; Andrej Reisin: *Der erstaunlich laxen Umgang von Precht und Welzer mit der Wahrheit*, in: Übermedien v. 03.10.2022, <https://uebermedien.de/77163/der-erstaunlich-laxe-umgang-von-precht-und-welzer-mit-der-wahrheit/> [Stand: 08.02.2023].

70 Der Vortrag lässt sich einsehen unter <https://www.youtube.com/watch?v=Gkozi8FW1w> [Stand: 08.02.2023].

71 Vgl. bes. das Video Sahra Wagenknechts: *Über den Angriff auf Gabriele Krone-Schmalz*, <https://www.youtube.com/watch?v=isPTCStpDKg>. Ähnlich <https://www.kriegsberichterstattung.com/id/19962/vhs-reutlingen/> [Stand: 08.02.2023].

Wahlkampfplakat der Partei „Die Basis“ für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus, aufgenommen im Januar 2022
 Foto: picture alliance/SZ Photo/
 Fotograf: Olaf Schülke



band Nordrhein-Westfalen der Querdenker-Partei „Die Basis“ empfohlen und geteilt.⁷² Von dort sickerte die Empfehlung in zahlreiche Ortsverbände durch.

Mitglied der Basis-Partei ist auch Wagenknechts Ex-Ehemann Ralph T. Niemeyer (*1969), der sich bei Reden auf Corona-Demonstrationen für den Schulterschluss zwischen Links und Rechts aussprach. Zuletzt vertrat er Positionen der Reichsbürgerbewegung. Im Juni 2022 will Niemeyer eine „Exil-Regierung“ gegründet haben. Als selbst-ernannter „Exil-Kanzler“ reiste er nach Moskau, um dort angeblich Gespräche mit russischen Regierungs- und Wirtschaftsvertretern zu führen. Niemeyer bejubelte den Vortrag von Krone-Schmalz und teilte ihn mit seiner Anhängerschaft.⁷³

Empfehlungen aus benachbarten verschwörungstheoretischen digitalen Echokammern gab es vom Publizisten und Politikaktivisten Christoph R. Hörstel (*1956), der wegen antisemitischer Äußerungen kritisiert worden ist, sowie vom Onlineportal „NachDenkSeiten“. Diese anfänglich kritische Website ist seit 2015 durch die aktive Verbreitung von Verschwörungstheorien und Desinformationen besonders zu den Entwicklungen in Russland und in der Ukraine aufgefallen.⁷⁴

An Krone-Schmalz orientiert sich seit längerem der Schweizer Verschwörungstheoretiker Daniele Ganser, der bei einschlägig bekannten „Alternativmedien“ wie „NachDenkSeiten“, „Rubikon“, „KenFM“, „Compact“ wiederholt in Erscheinung getreten ist und als Star der deutschsprachigen Verschwörungsszene gilt. Bei seinen Vorträgen füllt der „Verschwörungsguru“ trotz hoher Eintrittspreise von über 30 Euro große Säle, um sich mit Headset vor großer Leinwand wie ein smarter Marketingexperte eines Weltkonzerns von seiner andächtig lauschenden Anhängerschaft als Welterklärer feiern zu lassen. Gegenwärtig tourt Ganser mit seinem Vortrag „Warum ist der Ukraine-Krieg ausgebrochen?“ durch Österreich, die Schweiz und Deutschland. Vielerorts regt sich Widerstand gegen seinen hochpolitisierten Esoterik-Hokuspokus, um eine Absage der schon angekündigten und gut gebuchten Veranstaltungen zu erreichen.⁷⁵

Besonders bedenklich ist, dass der Reutlinger Vortrag von Krone-Schmalz in russischen Propagandakanälen Verbreitung findet, so in Thomas Röpers Onlineportal „Anti-Spiegel“, das systematisch russische Staatspropaganda mit ihren Fake News in Deutschland in Umlauf bringt.⁷⁶ Auch die nach dem Verbot von „RT Deutsch“ entstandenen Nachfolgeportale berichteten wohlwollend über Krone-Schmalz und bescherten ihrem Vortrag zusätzliche Reichweite.⁷⁷

Die an der Central European University Wien zum Online-Radikalismus der russisch- und polnischsprachigen Minderheitengruppen

72 https://t.me/die_basis_funkt/1605 [Stand: 08.02.2023].

73 <https://t.me/niemeyeroftiziell/5153> [Stand: 08.02.2023].

74 <https://www.nachdenkseiten.de/?p=89647> [Stand: 08.02.2023]. Gute Aufklärung über die russischen Fake-News-Manipulation bietet das von ARTE produzierte Format „Tracks East – Fake News: Russische Propaganda“. Vgl. <https://www.arte.tv/de/videos/112352-001-A/tracks-east/> [Stand: 08.02.2023] und https://www.youtube.com/watch?v=Arya8y_DEG8 [Stand: 10.02.2023]. Vgl. auch Ilya Ber: Fake-Satire als Propaganda, in: Dekoder. Russland entschlüsseln v. 27.12.2022, <https://www.dekoder.org/de/article/faeschungen-satire-karikaturen-propaganda> [Stand: 08.02.2023]; Irina Rastorgujewa: Presseschau des Wahnsinns, in: NZZ v. 04.02.2023, https://www.nzz.ch/feuilleton/presseschau-des-wahnsinns-was-russische-medien-berichten-id1723979?mktoaid=smch&mktoval=twpost_2023-02-04 [Stand: 08.02.2023].

75 Zur Nähe von Ganser und Krone-Schmalz vgl. bes. Bernd Harder: „Verschwörung & Fakten“ über Daniele Ganser und Gabriele Krone-Schmalz, in: Die Skeptiker v. 22.12.2022, <https://blog.gwup.net/2022/12/17/verschwörung-fakten-ueber-daniele-ganser-und-krone-schmalz-zur-ukraine/> [Stand: 16.02.2023]. Zu Gansers Narrativen und Inszenierungsstrategien vgl. Michael Butter: „Nichts ist, wie es scheint“. Über Verschwörungstheorien, Bonn 2018, ders.: Die Methode Ganser, in: Republik v. 13.04.2019, <https://www.republik.ch/2019/04/13/die-methode-ganser> [Stand: 08.02.2023]. Zu den aktuellen Protesten vgl. Michael Ströbel: Die schleichende Radikalisierung des Daniele Ganser, in: T-Online v. 09.02.2023, https://www.t-online.de/region/stuttgart/id_100124494/daniele-ganser-darum-der-ganze-aerger-um-verschwuerungsunternehmer-.html [Stand: 09.02.2023].

76 https://www.anti-spiegel.ru/2022/ein-sehr-sehender-vortrag-von-gabriele-krone-schmalz/?doing_wp_cron=1671446033.1366779804229736328125 [Stand: 08.02.2023].

77 <https://pressefreiheit.rtdc.live/inland/152014-krone-schmalz-zu-russland-und/?ysclid=lc0f18nai314099808>. Zudem <https://pressefreiheit.rtdc.live/international/153041-krone-schmalz-geheimdiplomatie-und-gesichtswahrende/> [Stand: 08.02.2023].

forschende Lilia Sablina⁷⁸ hat zudem herausgefunden, dass über den von Sergey Filbert geleiteten Kanal „*Golos Germanii*“ (Die Stimme Deutschlands), der mit bekannten deutschen „Alternativmedien“ zusammenarbeitet, das Video des Reutlinger Vortrags von Krone-Schmalz Verbreitung gefunden und darüber Eingang in viele russischsprachige Chat-Gruppen in Deutschland erhalten hat.⁷⁹

Ähnliches lässt sich bei den Vorträgen von Daniele Ganzer beobachten. Seine Videos werden sogar von der ultrarechten russischen Organisation „Nationale Befreiungsbewegung NOD“ geteilt und empfohlen. Daran zeigt sich in aller Deutlichkeit, wie die russische Desinformationsmaschinerie demagogische Botschaften vom „Systemnarrativ“ und „Systemwissenschaften“ sowie den von Ganzer inszenierten „Antimainstreammythos“ gezielt nutzt, um demokratieskeptische Milieus zu durchdringen, diese immer weiter vom demokratischen Diskurs zu entfremden und so gesellschaftliche Spaltungsprozesse zu forcieren.⁸⁰

Sicherlich kann die Resonanz des Vortragsvideos von Krone-Schmalz in diesen politisch bedenklichen Kreisen die große Zahl von 1,4 Mio. Abrufe nicht erklären. Aber diejenigen, die sich das Video angeschaut haben und den Vortrag als einen wichtigen Debattenbeitrag schätzen, sollten einen Moment innehalten, um kritisch zu reflektieren, in wessen Gesellschaft sie sich in dieser Sache befinden.

Der Austausch unterschiedlicher Argumente ist in einem demokratischen Gemeinwesen essenziell. Gefährlich wird es allerdings, wenn mit dem Argument, unterschiedliche Meinungen abzubilden, einem „postfaktischem Expertentum“⁸¹ größere mediale Präsenz geboten und ihm so die eigentlich fehlende Seriosität sowie übermäßige Bedeutung

zugeschrieben wird. Dadurch entsteht eine falsche Ausgewogenheit, die eine problematische Schiefelage im politischen Diskurs zur Folge hat.

Mehr als nur Beifall von der falschen Seite

Diese bedenklichen Resonanzen können in Zeiten eines von Russland aus vehement geführten „Informationskrieg“ keineswegs als Beifall von der falschen Seite leichtfertig abgetan werden. Die Moskauer Polittechnolog*innen beobachten den politischen Diskurs in Deutschland sorgsam, um Anknüpfungspunkte für ihre angstmachenden Desinformationsoffensiven zu finden und mit dem Missbrauch hehrer Worte wie Freiheit und Frieden die deutsche Öffentlichkeit gezielt zu bearbeiten. Wer sich daher öffentlich als Gegenstromanlage im deutschen Mainstream und als Opfer eines vermeintlich beschränkten Meinungskanons inszeniert, läuft aktuell große Gefahr, im voll entbrannten „Informationskrieg“ zum „nützlichen Idioten“ zu werden, um hier Lenins abschätzige Worte über die vormaligen bürgerlichen Helfershelfer Moskauer Staatspropaganda zu zitieren.

Wenn wie im Fall des Reutlinger Vortrags von Krone-Schmalz deutsche Verschwörungstheoretiker*innen und Demokratiefeind*innen sowie Moskauer Propagandakrieger*innen auf der Suche nach Desinformationsmaterial bei einer öffentlichen Bildungseinrichtung wie einer Volkshochschule fündig werden, dann sollten bei den Betroffenen und Verantwortlichen die Alarmglocken läuten. Es obliegt ihrer politischen Sorgfaltspflicht, darauf zu achten, dass sie bei politisch bedenklichen Vorträgen für Gegenrede und kritische Einbettung sorgen, um zu verhindern, dass sie mit ihren Aktivitäten vor den falschen politischen Karren gespannt werden können.⁸²

Zwar haben Warwick, Vad und Nida-Rümelin keine mit Krone-Schmalz und Ganzer vergleichbare Resonanz in den „Alternativmedien“ sowie in den russischen Desinformationskanälen. Dennoch sollten sie unbedingt mehr darauf achten, mit ihren Aussagen den zentralen Narrativen der russischen Politik und Propaganda nicht zusätzliche Munition aus Deutschland zu liefern.

78 Ihre Untersuchungsmethoden und Ergebnisse hat Lilia Sablina auf einer von Tanja Penter an der Universität Heidelberg organisierten Podiumsdiskussion erläutert. Am 15.12.2022 als Gegenveranstaltung zum am Tag zuvor stattfindenden Auftritt von Krone-Schmalz in Heidelberg organisiert, war die Podiumsdiskussion dem Thema „Desinformation, Social Media und die Rolle von Expert:innen“ gewidmet. Das Video ist abrufbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=Lw72tOohfyQ>.

79 Vgl. z.B. <https://t.me/GolosGermanii/1704>. Die Rolle von Thomas Röper und Sergey Filbert als „Russlands deutsche Propaganda-Krieger“ wird in dem gleichnamigen Dokumentarfilm von Rainer Fromm aus dem Jahr 2022 anschaulich gemacht. Vgl. <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzoom/zdfzoom-russland-ukraine-propaganda-krieg-manipulation-100.html> [Stand: 08.02.2023].

80 Ströbel (wie Anm. 75).

81 Linden (wie Anm. 47).

82 Beim Reutlinger Vortrag von Krone-Schmalz hätte sich beispielsweise der entstandene Schaden durch den Hinweis auf Franziska Davies' kritischen Artikel (siehe Anm. 63) bei dem auf Youtube hochgeladenen Video leicht eingrenzen lassen.

Blinde Flecken und fehlende Empathie

Bei den Wortmeldungen der meinungsstarken *Public Intellectuals* fallen eklatante blinde Flecken auf. Sie missachten nicht nur den Stand der Osteuropa-Forschung. Besonders beschämend ist, dass sie das ungeheure Kriegsleid in der Ukraine maximal mit wenigen Floskeln abtun, aber ansonsten keinerlei Empathie für die geschundenen Menschen zeigen. Die Berichterstattung thematisiert seit Monaten die schrecklichen Kriegsverbrechen, Vergewaltigungen, Folterungen und Deportationen. 15 Mio. Ukrainer*innen haben ihre Heimat kriegsbedingt vorübergehend aufgeben müssen. Die Kriegszerstörungen in diesem schwer verwundeten Land sind riesig. Vielerorts ist die Infrastruktur schon zerstört oder von Drohnen- sowie Raketenangriffen bedroht. Die russische Besatzungsmacht merzt gnadenlos alles Ukrainische aus. Wer nicht darüber spricht und das damit begründet, jenseits aller Entrüstung einen nüchternen Blick auf die Situation werfen zu wollen, offenbart mit seiner Mitleidlosigkeit nicht nur intellektuelles, sondern auch moralisches Versagen.⁸³

Viele „Osteuropa-Promis“ pflegen einen mehr oder weniger dezenten Anti-Amerikanismus und bemühen sich aus unterschiedlichen Gründen, dem Westen und der Ukraine zumindest eine Teilschuld am Kriegsgeschehen zuzuschreiben. Die Motive, warum sie mit ihrem „postfaktische[n] Expertentum“⁸⁴ den seit langem auf Kriegskurs befindlichen Putin entlasten wollen, bleiben merkwürdig unklar. Martin Aust schrieb von der deutschen „Lust an der Unvernunft“;⁸⁵ Karl Schlögel sprach vom politisch blind machenden „Russlandkitsch“ und einem tiefsitzenden deutschen „Russland-Komplex“.⁸⁶ In jedem Fall führt das dazu, dass der russische Neoimperialismus auch den Blick vieler deutscher *Public Intellectuals* auf das östliche Europa prägt und ihn oftmals verstellt. Die Empathie für den vermeintlich bedrängten, fortwährend erniedrigten Putin korreliert mit einer merkwürdigen Empathielosigkeit für die Ukraine.⁸⁷

83 Wendland/Davies (wie Anm. 48); Franziska Davies/Anastasia Tikhomirova: Historikerin zum Ukraine-Krieg: Koloniale Denkmuster, in: TAZ.de v. 27.01.2023, <https://taz.de/Historikerin-zum-Ukraine-Krieg/!5908910/> [Stand: 08.02.2023].

84 Linden (wie Anm. 47).

85 Aust (wie Anm. 49).

86 Schlögel (wie Anm. 46).

87 Thomas Urban: Der verstellte Blick. Die deutsche Ostpolitik, Berlin 2022.

Die Dekolonisierung des deutschen Blicks auf die Ukraine

Weil verschwörungstheoretische Narrative und ungebrochen russophile Deutungsmodelle selbst in der Mitte der deutschen Öffentlichkeit und Politik weiterhin präsent sind,⁸⁸ ist es dringend Zeit für eine konsequente Dekolonisierung des deutschen Blicks auf die Ukraine. Dieses Land, das 1,7 mal so groß wie Deutschland ist und knapp 42 Mio. Einwohner hat, darf nicht mehr nur als „Hinterhof“ oder „Vorgarten“ Russlands gesehen werden. Die Ukraine ist vieles mehr als nur eine Pufferzone zwischen verschiedenen Einflussphären und damit ein Spielball von Ost und West. Sie ist in der deutschen Berichterstattung viel zu lang fälschlich als eine tiefgespaltene und von Russland sowie den USA ständig manipulierte Gesellschaft dargestellt worden. Nun gilt es, die Ukrainer und Ukrainerinnen nicht mehr als Marionetten, sondern endlich als selbständig handelnde Akteure der Geschichte und Gegenwart ihres Landes zu verstehen.

Getragen von einem enormen zivilgesellschaftlichen Engagement, ist dort im entbehrungsreichen Überlebenskampf ein starker nationaler Zusammenhalt entstanden. Das ist für viele Menschen in der Ukraine eine überwältigende Erfahrung. Sie vermittelt ihnen den Eindruck, endlich zu sich selbst in einer immer reifer werdenden Staatsbürgernation zu finden, auch wenn unklar bleibt, wie lange diese kriegsbedingte Eintracht halten wird. Deutsche Intellektuelle können diesem mit viel Pathos, Heldentum und Opfermut verbundenem nationalen Zusammengehörigkeitsgefühl oftmals nichts abgewinnen. Sie wännen sich schon im postnationalen Zeitalter und finden die verspätete Nationswerdung in der Ukraine als nicht mehr zeitgemäß. In ihrer Arroganz erschließt sich ihnen darum nicht, was gerade Spannendes in der Ukraine vor sich geht, wie dieses Land darum kämpft, in die europäische Familie aufgenommen zu werden und damit dem europäischen Zukunftsprojekt einen mächtigen Schub verleihen kann.⁸⁹

In seiner Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels forderte Serhij Zhadan Anfang Oktober 2022 die

88 Pia Lamberty/Corinne Heuer/Josef Holnburger: Belastungsprobe für die Demokratie. Pro-russische Verschwörungserzählungen und Glaube an Desinformation in der Gesellschaft, in: CeMAS v. 02.11.2022, <https://cemas.io/publikationen/belastungsprobe-fuer-die-demokratie/> [Stand: 08.02.2023].

89 Schlögel (wie Anm. 46).



Menschen in der Ukraine nachdrücklich dazu auf, ihre Emotionen, darin einbegriffen auch den erschreckenden Hass, zu erklären: „schon allein deshalb, damit sie den Zorn und den Schmerz nicht länger allein bewältigen müssen. Wir können uns erklären, wir können beschreiben, was mit uns geschehen ist und weiter geschieht. Wir müssen uns darauf einstellen, dass das kein einfaches Gespräch wird.“⁹⁰

Zhadans Worte beinhalten die Aufforderung an uns Deutsche, genau hinzuhören, was die

Menschen aus der Ukraine unter Krieg und Frieden, unter Demokratie, Sicherheit und Zukunft verstehen. Dieser Aufgabe müssen wir uns unbedingt stellen. Das gilt insbesondere für diejenige, die in all ihrer Anmaßung meinen, vorgefertigte starke Meinungen zum Kriegsgeschehen in der Ukraine hinausposaunen zu müssen, ohne die Studien der Osteuropa-Forschung zur Kenntnis zu nehmen und ohne in den Dialog mit den Betroffenen getreten zu sein, weil sie darin – in den Worten Welzers – eine „gesinnungsethische Überanstrengung“ sehen. ▀

Zerstörungen in Charkiv/Ukraine, aufgenommen am 5. Februar 2023
Foto: picture alliance/EPA/
Fotograf: Sergej Kozlov

90 Serhij Zhadan: Lass es einen Text sein, aber nicht über den Krieg. Dankesrede v. 23.10.2022, <https://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/alle-preistraeger-seit-1950/2020-2029/serhij-zhadan> [Stand: 08.02.2023].

PAUL NIKOLAUS COSSMANN (1869-1942)

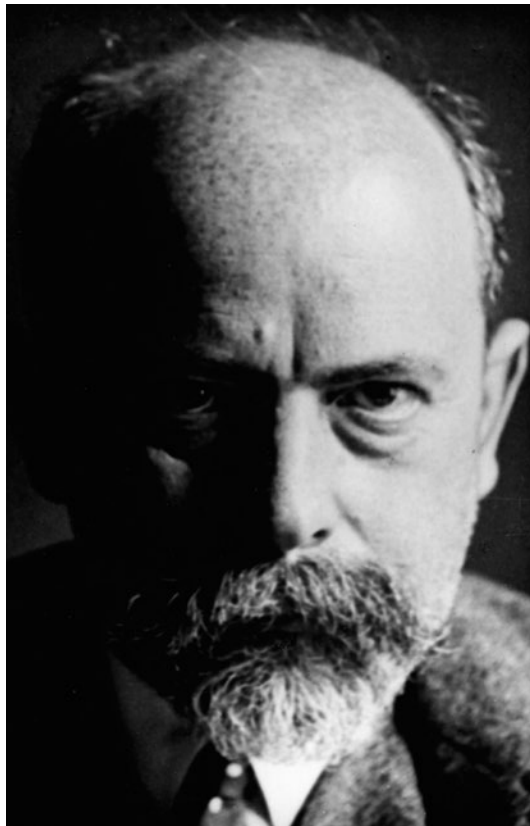
EIN RECHTER PUBLIZIST UND DIE SCHAM EINER GESELLSCHAFT

von Kristina Milz

„Ein Sohn des Volkes wollt‘ er sein“: Der letzte jüdische Landtagsabgeordnete Bayerns wünschte sich für seine Beerdigung ein wehmütiges Arbeiterlied. Der SPD-Politiker Max Süßheim war nicht nur ein wichtiger Vordenker der Demokratie, sondern gewissermaßen auch ein Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, lange bevor dieser an die Macht gelangte. Dennoch könnte man den Eindruck haben, er hätte nie existiert – genauso wenig wie sein Bruder, der Orientalist Karl Süßheim, der als Professor über Jahrzehnte hinweg die Türkei-Studien an der LMU geprägt hat und 1941 als einer der letzten Münchner Juden der Shoah entkam. Die Süßheim-Brüder sind mit diesem Schicksal nicht allein: Immer wieder stößt die Wissenschaft auf faszinierende bayerisch-jüdische Biografien von Frauen und Männern, die aus dem kollektiven Bewusstsein verschwunden sind, obwohl ihre Rolle in der Geschichte eine besondere war. Die Umstände dieser Verdrängung aus der kulturellen Erinnerung sind so vielfältig und mehrdeutig wie die Figuren selbst: Geschlechterspezifische Kategorien konnten dabei genauso eine Rolle spielen wie tiefsitzender Antisemitismus und die vielschichtigen Befindlichkeiten der bayerischen Nachkriegsgesellschaft. Eines aber hatten sie gemeinsam: Diese Protagonisten der Geschichte sind nicht zufällig vergessen worden. Die Reihe „Bayerns vergessene Kinder“ porträtiert jüdische Biografien, die einer *damnatio memoriae* zum Opfer gefallen sind – und ihrer Wiederentdeckung harren.

- Karl Süßheim (1878–1947): Ein verfolgter Wissenschaftler und seine Universität
- Paula Buber (1877–1958): Eine Schriftstellerin und das Patriarchat
- **Paul Nikolaus Cossmann (1869–1942): Ein rechter Publizist und die Scham einer Gesellschaft**
- Max Süßheim (1876–1933): Ein Politiker und seine Partei

Paul Nikolaus
Cossmann
(1869-1942),
undatierte
Aufnahme
Foto: BSB
(port-003549)



„Es ist die abscheulichste Heuchelei, den Krieg mit dem Christentum zusammenzubringen“, hat Paul Nikolaus Cossmann im September 1918 unter dem Schlagwort „Das Reich Gottes“ geschrieben.¹ Der Münchner Publizist war ein strenggläubiger katholischer Konvertit. Ist es statthaft, ihn in einer Reihe jüdischer Biografien zu porträtieren? Reproduziert man damit nicht rassistische Zuschreibungen, die auch vor Konvertiten keinen Halt machten? Bei anderen Figuren wäre sicher Einhalt geboten, Cossmann aber, ein rechtskonservativer Blattmacher, hat genau diesem verhängnisvollen Gedanken-gut erheblichen Vorschub geleistet. Auch sein oben zitierter Text, den er kurz vor Ende des Ersten Weltkriegs verfasste, war alles andere als ein Friedensappell. Viele Deutsche glaubten, schrieb Cossmann, „man käme dem Reich Gottes näher, wenn die besetzten Gebiete bedingungslos geräumt würden“. Der einzige Berührungspunkt von Krieg und Christentum aber, meinte der Verfasser,

sei „die Opferfähigkeit, und insofern steht der für sein Vaterland kämpfende Krieger dem Christentum näher als der für seine Tasche kämpfende Schieber.“ Deutsche, die mit England und Frankreich in Verhandlungen treten wollten, hielt Cossmann für Heuchler. „Sie behaupten, die Feinde [...] wollten gar nicht Deutschland zerstückeln und die deutschen Frauen und Mädchen durch Senegalneger schänden lassen“, empörte er sich: „Daß sie dies behaupten[,] ist – wie jede Unwahrheit – ein unchristlicher Zug an ihnen.“

Heute ist der Autor dieser Zeilen fast gänzlich vergessen, dabei war Paul Nikolaus Cossmann dem Historiker Michael Brenner zufolge „eine[r] der einflussreichsten Münchner nach dem Ersten Weltkrieg“, „einer der mächtigsten Männer im ‚Kahr-Bayern‘“.² Sein Feindbild war der jüdische Bolschewist respektive Sozialdemokrat – im SPD-Politiker Max Süßheim, der in dieser Porträt-Reihe ebenfalls noch zum Zug kommen wird, hätte Cossmann wohl eine Personifikation der vermeintlich schlimmsten Übel seiner Zeit erkannt. Dabei war er selbst als Jude auf die Welt gekommen, und dies ausgerechnet in Moskau.

Genese eines rechten Blattmachers

Cossmanns Eltern waren beide israelitischen Glaubens; seine Mutter Mathilde entstammte einer Karlsruher Kaufmannsfamilie. Sein Vater Bernhard war ein Cellist aus Dessau, der in Paris, Leipzig und schließlich, mit dem Komponisten Franz Liszt, in Weimar arbeitete, bevor er für einige Jahre eine Professur für Violoncello am Konservatorium der Kaiserlichen Musikgesellschaft in Russland erhielt. In dieser Zeit, 1869, kam Paul Nikolaus zur Welt. Angeblich damit dieser „als Deutscher in Deutschland“ aufwachsen konnte,³ zog die Familie zurück in die Heimat; zunächst lebte sie in Baden-Baden, später in Frankfurt am Main. Der wissbegierige Sohn, der ebenfalls ein guter Cellospieler und schon früh begeisterter Leser von Schopenhauer gewesen sein

¹ Hier und folgend: Paul Nikolaus Cossmann: Die deutsche Not, in: Süddeutsche Monatshefte (künftig: SM) (September 1918), S. 383-388, hier S. 386.

² Michael Brenner: Der lange Schatten der Revolution. Juden und Antisemiten in Hitlers München 1918-1923, Berlin 2019, S. 27 u. 229. Als Sonderedition erhältlich bei der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit: https://www.blz.bayern.de/der-lange-schatten-der-revolution-juden-und-antisemiten-in-hitlers-muenchen-1918-1923_p_91.html [Stand: 09.02.2023].

³ Karl Alexander von Müller: „Cossmann, Paul“ in: Neue Deutsche Biographie 3 (1957), S. 374-375 [Online-Version], <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118677012.html#ndbcontent> [Stand: 13.01.2023].

soll, eigene Gedichte verfasste und den späteren Komponisten Hans Pfitzner zu seinen Jugendfreunden zählte, wuchs also auf „inmitten von deutscher Musik und Philosophie“.⁴ Nach dem Abitur entschied er sich neben dem philosophischen Fach für die Naturwissenschaften: Paul Nikolaus Cossmann studierte in Frankfurt, Berlin und München, wo er sich schließlich als Privatgelehrter niederließ. Mit einem Schäferhund wohnte er in der Königinstraße mit Blick über die Baumwipfel des Englischen Gartens. Seine Bekannten beschrieben ihn rückblickend als auffallend schweigsam, doch wenn er einmal das Wort ergriff, klangen seine Sätze offenbar nach: „Abwesenheit jedes rhetorischen Mittels, phrasenlose Einfachheit. Immer sprach er mit seltsamer Bestimmtheit das aus, was wir nur dunkel fühlten, immer kurz, in knappen Sätzen, fast aphoristisch. Ich habe glänzendere Redner gehört – einen überzeugenderen nie.“⁵

Mit Mitte Dreißig, im Jahr 1903, gründeten Cossmann und Pfitzner neben Josef Hofmiller, Friedrich Naumann, Hans Thoma und Wilhelm Weigand die Süddeutschen Monatshefte, ein zunächst liberal-konservatives Blatt mit Schwerpunkt im Kulturbereich, das ein süddeutsches Gegengewicht zu vergleichbaren Zeitschriften im Norden bilden sollte. Später wurde Cossmann zum alleinigen Herausgeber. Nicht nur beruflich machte er in dieser Zeit große Schritte, auch privat bewegte er sich. 1905 konvertierte Cossmann, der sich vegetarisch ernährte und abgesehen von seinem Tabakkonsum zur Askese neigte, zum Christentum: „Kaum jemand erfuhr, daß er [...] von dem Münsterer Philosophen Ettlinger geführt, in inbrünstiger Gläubigkeit zum Katholizismus übertrat⁶ und daß die Fragen des Glaubens von da ab der innerste Inhalt seines Lebens waren“, schrieb der Historiker Karl Alexander von Müller.⁷ „Er war aus dem Judentum und seiner höchst ausgebildeten abstrakten Denkform gekommen und war tief überzeugter katholischer Christ und leidenschaftlicher Deutscher geworden“, gab Müller außerdem an: „[A]us

dem Widerstreit dieser Welten, kam mir oft vor, entzündete sich das Paradoxe, das ihm im Denken wie im Sprechen eigentümlich war.“⁸ Die „paradoxe“ Gedankenwelt Cossmanns, der in seinen politischen Leitartikeln immer wieder christliche Motive bemühte und auch Texte wie die „Nachfolge des armen Lebens Christi“ des mittelalterlichen Dominikaner-Mönchs Johannes Tauler zitierte, um die Arbeit des Reichskanzlers zu kommentieren,⁹ hinderte Müller nicht daran, mehrere Texte in Co-Autorschaft zu veröffentlichen, in denen etwa der Vergangenheit Deutschlands als „Spitze des christlichen Abendlandes“¹⁰ nachgetrauert wurde.

Die beiden hatten sich „an einem düsteren Wintertag 1910“ in Cossmanns „alte[m], kleine[m] Redaktionszimmer im Erdgeschoss“ kennengelernt, wie Müller Ende der 1920er Jahre in einer Festschrift für seinen Bekannten festhielt.¹¹ In seinem Text sprach er Cossmann, dem vom Königreich Bayern zum Zeitpunkt der Begegnung bereits der Titel Professor verliehen worden war, direkt an:

“

„Ihr Gesicht leuchtete sehr bleich, in einem matten Gelb, aus dem tiefdunklen Vollbart und dem Rauch schwerer Zigarren; Sie sahen schwermütig, ja traurig aus, aber mit einem seltsamen gegensätzlichen Zug von Strenge und Großartigkeit. Das Gespräch war kurz und wortkarg, mit langen Pausen. Ihre Art erschien mir eigenwillig, gewalttätig, diktatorisch, und ich wehrte mich innerlich gegen Sie. Aber die Macht des Geistigen, die von Ihnen ausging, auch im Schweigen, nahm mich gefangen; wie ich die Tür hinter mir schloß, wußte ich, daß ich einem der merkwürdigsten und rätselhaftesten Menschen in meinem Leben begegnet war.“

Müller bekannte auch, Cossmann inzwischen zu „verehren und [zu] lieben“. Das Schwelgen in vergangenen Zeiten und die Geringschätzung alles Modernen verband den Historiker mit dem in der Philosophie beheimateten Cossmann, der seiner wachsenden Leserschaft keinen Zweifel daran ließ, dass er eine umfassende humanistische Bildung genossen hatte. Dies räumten auch solche

4 Karl Alexander von Müller: Paul Nikolaus Cossmanns Ende, in: Hochland 42 (1949/50), S. 368-379, hier S. 371.

5 Josef Hofmiller: Erinnerung, in: [Festschrift] Paul Nikolaus Cossmann zum sechzigsten Geburtstag, München u. Berlin 1929, S. VIII-XXVIII, hier S. XVI.

6 Der Philosoph Max Ettlinger (1877-1929) entstammte einer jüdischen Kaufmannsfamilie aus Frankfurt und konvertierte zum Katholizismus. 1903 bis 1907 arbeitete er als wissenschaftlicher Redakteur der katholischen Zeitschrift Hochland.

7 Zu ihm vgl. Matthias Berg: Karl Alexander von Müller. Historiker für den Nationalsozialismus, Göttingen 2014.

8 Karl Alexander von Müller: Mars und Venus. Erinnerungen 1914-1919, Stuttgart 1954, S. 56.

9 Vgl. [Paul Nikolaus Cossmann]: Bethmann, in: SM (August 1917), S. 621-627, hier S. 625.

10 Ders./Karl Alexander von Müller: An die deutschen Arbeiter, in: SM (Januar 1918), S. 401-416, hier S. 405.

11 Hier und folgend: Karl Alexander von Müller: Widmung, in: Festschrift (wie Anm. 5), S. V f.



Karl Alexander von Müller (1882–1964), hier 1929
Foto: Bundesarchiv, Bild 183-2006-1024-500 / CC-BY-SA 3.0

ein, die ihn weniger schmeichelhaft in Erinnerung behielten: „Cossmann war ein höchst gebildeter, aber charakterlich minderwertiger Mann, dem zum Kampfe gegen den Fortschritt kein Mittel, weder Wortbruch noch Vertrauensbruch noch Denunziation zu niedrig war“¹², ließ der jüdische Anwalt Max Hirschberg über ihn verlauten, der so manchen Konflikt mit Cossmann auszutragen hatte. Entscheidend für diese Entwicklung war der Erste Weltkrieg, der aus dem heimattümelnden Konvertiten einen strammen Nationalisten formte, der zu seinem Bedauern – „Ich mache ihnen den Schreiber, ich putze Korridore, ich mache Stalldienst, am liebsten ist es mir, sie schicken mich an die Front“ – nicht im Militär aufgenommen wurde: „Als er

überall abgewiesen wurde, war er deprimiert und schwieg in sich hinein.“¹³

Die Süddeutschen Monatshefte rückten nach 1914 – inzwischen war erwähnter Karl Alexander von Müller Mitherausgeber – immer weiter nach rechts und verbreiteten nationalistische Propaganda. Die deutsche Politik müsse „tapfer und männlich hart sein, wenn wir nicht wieder in Schanden dahinfahren wollen. Bloße menschliche, soziale Tugenden helfen uns Deutschen nichts. Die Narben unsrer alten Weichheit brennen uns noch auf allen Gliedern“,¹⁴ schrieb Müller im November 1916. Als zentrales Motiv der Kriegsausgaben des Blatts fungierte die angeblich naive deutsche Friedfertigkeit, die den „Träumern“ zum Verhängnis werde: Das deutsche Volk bezeichneten Müller und Cossmann sogar als das – leider – „friedlichste unter den großen Völkern der Erde“.¹⁵ Mit dieser Haltung stützten sie die Ansichten der Deutschen Vaterlandspartei, ein Konglomerat aus rechten Militärs, Wirtschaftseliten und Großindustriellen mit dem Großadmiral Alfred von Tirpitz und dem Verwaltungsbeamten Wolfgang Kapp als Vorsitzende, die Friedensverhandlungen kompromisslos ablehnten. Im Sommer 1918 erklärte Müller in den Monatsheften, dass es in diesem Krieg um „mehr als um die oder jene Grenzfrage, den oder jenen kolonialen oder wirtschaftlichen Gewinn oder Verlust“ gehe – „Er geht nicht nur um unser staatliches Dasein: Er geht um unsre Seele.“¹⁶ Der Text war angesichts der völlig aussichtslosen Frontlage ein erschütterndes Dokument der Realitätsverweigerung eines konservativen Intellektuellen: „Mit einer Tapferkeit ohnegleichen“, schrieb Müller, habe „das deutsche Volk den militärischen Kampf aufgenommen und unter genialen Führern jetzt ins fünfte Jahr siegreich durchgeführt.“ Zu diesem Zeitpunkt war die deutsche Niederlage selbst unter den Bedingungen der Kriegszensur für jeden, der Augen und Ohren nicht verschloss, längst absehbar. Wer wie Müller und Cossmann noch immer einen Sieg herbeifantasierte, begab sich in eine verhängnisvolle Pfadabhängigkeit, und wenig überraschend avancierten die Monatshefte nach der Kapitulation Deutschlands zu einer Plattform, in der die „Schmach von Versailles“ zum bestimmenden

¹² Max Hirschberg: Jude und Demokrat. Erinnerungen eines Münchener Rechtsanwalts 1883 bis 1939, bearb. von Reinhard Weber, München 1998, S. 160.

¹³ Hofmiller [wie Anm. 5], S. XXV.

¹⁴ Karl Alexander von Müller: Aus Deutschlands Geschichte, in: SM (November 1916), S. 113–124, hier S. 124.

¹⁵ Cossmann/Müller [wie Anm. 10], S. 401.

¹⁶ Hier und folgend: Karl Alexander von Müller: *Germania contra mundum*, in: SM (August 1918), S. 349–357, hier S. 349.



Titelblätter der Süddeutschen Monatshefte von April und Mai 1924: der Versuch, die verhängnisvolle Erzählung vom „Dolchstoß“ zu belegen.
Foto: Kristina Milz (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, Bibliothek, 00/Z 108-1923/24)

Thema wurde. „Bleibe stolz darauf, daß das deutsche Heer vier Jahre hindurch einer Welt von Feinden mannhaft widerstand“, durfte der einstige Generalstabschef Horst von Metzsch hier im Januar 1920 als erstes „deutsches Gebot“ verkünden: „Präge dieses Selbstbewußtsein Kindern und Enkeln ein. Schäm dich aber unseres Zusammenbruchs, prüfe deine Mitschuld und tilge sie.“¹⁷

Immer wieder wurde in den Heften die Behauptung aufgestellt, dass die Deutschen durch die Revolution von hinten „erdolcht“ worden seien, die Front anderenfalls weiter gehalten hätte. Ein Autor der Hefte schrieb in diesem Zusammenhang, „daß die Hauptträger des Nihilismus in Rußland wie in Deutschland entwurzelte Juden sind“ – es gebe „nichts Feigeres als die Art, wie unsere Zeitungen die Augen vor dieser Tatsache absichtlich verschließen, aus Angst, für antisemitisch gehalten zu werden“, schob er hinterher.¹⁸ „Erst in

letzter, schwerer Todesnot wird das deutsche Volk keine Tschechen, deutschfeindliche Juden und internationale Aristokraten zu Ministern des Äußern machen“¹⁹, brach sich auch Paul Nikolaus Cossmanns Hass schließlich Bahn; „die Feinde des deutschen Gedankens“ hätten nun „in jüdischen Rechtsanwälten gewandte Führer, in jüdischen Kapitalisten opferwillige Geldgeber und vor allem in der jüdischen Presse ein überlegenes Propagandamittel“.²⁰

Auch wenn Cossmanns Texte sicher nicht mit den Hetzartikeln, die etwa im frühen „Stürmer“ unter Julius Streicher publiziert wurden, zu vergleichen sind, trifft man auch bei ihm auf ein Motiv, das für den Antisemitismus dieser Zeit typisch ist: Die Juden wurden nicht einfach als minderwertige Menschen verachtet wie andere Zielgruppen rassistischer Zuschreibungen, sondern gleichzeitig gewissermaßen überhöht. Man schrieb ihnen Eigenschaften zu, die sie einerseits auszeichneten,

17 [Horst] v. Metzsch: Zehn deutsche Gebote für 1920, in: SM 17/4 (Januar 1920), S. 253.

18 Josef Hofmiller: Nietzsche und der Bolschewismus, in: SM (Januar 1919), S. 290-292, hier S. 292.

19 Paul Nikolaus Cossmann: Die deutsche Tragik, in: SM (Januar 1920), S. 254-256, hier S. 255.

20 Ders.: Der „Friede“, in: SM 16/10 (Juli 1919), S. 245-258, hier S. 257.

sie aber auch als besondere Gefahr erscheinen ließen. Schon kurz nach der deutschen Kapitulation hatte Cossmann den Deutschen, denen es am Nationalgefühl, also „an der Liebe gefehlt“ habe, ausgerechnet die Juden gegenübergestellt, die „dank ihrer Zähigkeit und ihrem Zusammenhalten“ wieder Besitz „von ihrem alten Wohnlande Palästina“ nähmen,²¹ womit er das Erstarken der zionistischen Bewegung im Zuge des Weltkriegs meinte. Oftmals widersprachen sich die einzelnen judenfeindlichen Motive auch gegenseitig. Cossmann behauptete in seinen Monatsheften zum Beispiel, der Bolschewismus, „als Reifeform des jüdischen Sozialismus“, betrachte „die Menschheit als eine Aktiengesellschaft, bei der das tote Inventar die Hauptsache ist und das wechselnde Personal die Nebensache“²² – der Jude war in den Augen der Antisemiten also gleichzeitig Kapitalist und Sozialist, er war zwar angeblich ganz anders als der Deutsche, aber doch besonders gefährlich durch seine Fähigkeit, sich anzupassen. Dass gerade die Nicht-Andersartigkeit der jüdischen Bevölkerung als Bedrohung wahrgenommen wurde, hat (neben anderen) Armin Nassehi überzeugend herausgearbeitet: „Noch mehr als die Konfrontation mit außereuropäischen kolonisierten Kulturen“, schreibt der Soziologe, „waren die Juden ein Hinweis auf die Kontingenz der Kultur, eben weil man ihre Andersartigkeit gegen die konkrete Empirie ihrer Unterscheidbarkeit durchsetzen musste – denn sie waren gar nicht deutlich anders, als alle anderen anders waren“.²³

Die Allgemeine Zeitung, ein betont demokratisches Münchner Blatt, hielt Cossmann – angeblich „seiner Herkunft und seinem Aussehen nach Vollblutjude“ – einmal vor, nicht „die schüchternste öffentliche Äußerung gegen den modischen Antisemitismus“ zu liefern: „Er verleugnet sein Blut und das seiner Väter und schämt sich, Farbe zu bekennen. [...] Coßmann, der Jude, der sich arisch bemäntelt, der weiß, daß seine ehemaligen Glaubensgenossen zum allergrößten Teil gute Deutsche sind, und trotzdem der Pogromstimmung durch seine förmlich schreiende Passivität auf verantwortlichem Posten Vorschub leistete – dieser

Coßmann läßt es an der Mannhaftigkeit fehlen.“²⁴ Passivität allerdings war angesichts seiner Texte wohl das letzte, das Paul Nikolaus Cossmann in dieser Frage vorzuwerfen war. Für einen Konvertiten wie ihn konnte zwar ein konsequenter rassistischer Antisemitismus nicht zum Leitbild werden, doch zu einem toxischem Gemisch der gefühlten Wahrheiten kamen bei ihm religiöse Befindlichkeiten hinzu, die in seiner Zeit zwar immer weniger dominierten, aber durchaus noch ihre Vertreter hatten. Cossmann erklärte also seinen Lesern den „jüdischen Sozialismus“ aus einer bewusst theologischen Perspektive und verglich eine angebliche jüdische Religion des Hasses mit der christlichen, die eine der Liebe sei: „Der jüdische Sozialismus, dessen strategisches Ziel die allgemeine Bruderliebe war“, schrieb er, „verwandte als taktisches Mittel den Haß. Seine Anhänger, die täglich im Hassen exerziert worden waren, konnten sich, als das nächste Ziel, die sozialistische Republik, erreicht war, nicht aufs Lieben einstellen.“²⁵ Solche Sätze schrieb Cossmann nicht im luftleeren Raum; einem aufmerksamen Beobachter seiner Zeit wie ihm musste klar sein, auf welchen Boden sie fallen würden. In der Weltbühne, dem Forum der demokratisch-bürgerlichen Linken, wurde Cossmann als „einer jener Antisemiten“ bezeichnet, „die selbst semitischer Abstammung sind“.²⁶

Die Judenfeindschaft in all ihren Erscheinungen hatte nach dem Ersten Weltkrieg einen bisher ungekannten Höhepunkt erfahren; immer mehr Menschen machten die jüdische Bevölkerung pauschal für die Niederlage und die heftigen Unruhen der Revolutionszeit verantwortlich. Gerade Bayern mit seinem ermordeten jüdischen Ministerpräsidenten Eisner, den gescheiterten Rätssystemen und monatelangen Straßenschlachten zwischen Linken und Rechten wurde zu einer Hochburg des Antisemitismus. In diesem Klima geriet Cossmann, der die Aufgabe seiner Generation in der „Erhaltung der deutschen Kinder und der deutschen Kultur“ sah,²⁷ endgültig zu einer Figur, die die Landeshauptstadt entscheidend prägte: 1920 wurde er politischer Berater der Münchner Neuesten Nachrichten. Die Zeitung hatte ursprünglich eine liberale Linie vertreten, im Weltkrieg ihre Preußenskepsis

21 Ders.: Der Zusammenbruch, in: SM (Dezember 1918), S. 146-166, hier S. 165.

22 Hier und folgend: Ders.: Bolschewismus und Christentum, in: SM 16/7 (April 1919), S. 75-79, hier S. 77.

23 Armin Nassehi: Bekannte Fremde, in: Süddeutsche Zeitung 171 (28.06.2014), S. 9.

24 Zit. nach „Bayer“, in: Die Weltbühne 20/26 (26.06.1924), S. 907 f.

25 Cossmann (wie Anm. 22), S. 76.

26 Monacensis: Und immer wieder Fechenbach!, in: Die Weltbühne 19/9 (01.03.1923), S. 241-244, hier S. 241 f.

27 Cossmann (wie Anm. 21), S. 146.

gepflegt und auch gegen den Berliner Militarismus angeschrieben,²⁸ bewegte sich nun aber immer weiter nach rechts. In seiner Funktion wurde Cossmann schnell der entscheidende Stichwortgeber dieser wichtigsten Münchner Tageszeitung. Um seine giftigen Ansichten unter die Leute zu bringen, beschränkte er sich aber nicht auf seine publizistische Tätigkeit.

Cossmanns Kämpfe

Aufnahme während der Reichskonferenz der bundesstaatlichen Regierungsvertreter in Berlin 1918: von links: Felix Fechenbach, Kurt Eisner, Dr. Mückle.
Foto: *Süddeutsche Zeitung Photo/Scherl*

Auch nach den Wirren der Revolutionszeit hörten Cossmann und Karl Alexander von Müller nicht auf, gegen den Versailler Vertrag zu polemisieren.²⁹ Müller bezeichnete Kurt Eisners Aktenveröffentlichungen, die die Kriegsschuld Deutschlands unterstrichen hatten, 1922 in den *Süddeutschen Monatsheften* rundheraus als Fälschung. Freund Cossmann sprang ihm bei: Er behauptete, Eisners Witwe habe dies sogar bestätigt und gesagt, dass nicht ihr Mann selbst, sondern dessen Sekretär Felix Fechenbach die Fälschungen vorgenommen habe.



Der Pazifist und Sozialdemokrat Fechenbach, aufgewachsen in einer tiefgläubigen jüdischen Familie und zeitweise fasziniert von der zionistischen Bewegung, war der engste Mitarbeiter des ermordeten Ministerpräsidenten gewesen. Nun klagte er wegen übler Nachrede gegen Cossmann. Obwohl der Vorwurf gegen Fechenbach sich vor Gericht nicht erhärtete, sah dieser sich einem Schauprozess gegenüber: Cossmann, der Fechenbach und dem toten Eisner vorhielt, „der Erhaltung des Reiches des Teufels auf der Erde gedient“ zu haben und für „eines der größten Verbrechen der deutschen Geschichte“ verantwortlich zu sein,³⁰ wurde freigesprochen. Nun klagte Cossmann seinerseits gegen Fechenbach, dem er Landesverrat vorwarf. Fechenbach wurde von einem alles andere als neutralen Gericht – zwei der drei involvierten Richter beteiligten sich später am nationalsozialistischen Putschversuch – zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt, seine bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm für zehn Jahre aberkannt. Schnell war vom deutschen Dreyfus-Prozess die Rede – ein Bild, das Cossmann selbst bemüht hatte, allerdings in anderer Weise: „Vor 20 Jahren wurde die ganze Welt auf den Kopf gestellt, weil ein einzelner Mann, ein französischer Offizier, mit Recht oder Unrecht verurteilt worden ist³¹. Heute ist ein Volk von 60 Millionen [also das deutsche, KM] verurteilt, ohne daß die ganze Welt deshalb auf den Kopf gestellt wurde.“

Cossmanns Netzwerk umfasste inzwischen alle Bereiche, in denen Geld und Macht zusammenkamen; es erstreckte sich bald bis in die innersten Zirkel der bayerischen Politik. Konservative Intellektuelle und Akademiker bezogen sich auf ihn, er pflegte Kontakte zu Ruhrindustriellen und war die Spinne im Netz des von ihm gegründeten geheimen „Gäa-Kreises“, der sich nach dem altgriechischen Wort für „Land“ benannt hatte.³² Hier wurden 1923 Pläne geschmiedet, in Bayern eine Diktatur zu errichten.³³ Die wichtigsten Köpfe aus Industrie,

28 Die Redaktion beschäftigte seit dem Sommer 1917 den von der Frankfurter Zeitung übergelaufenen ehemaligen Generalstabs-offizier Franz Carl Endres, der die Berliner Kriegsführung scharf kritisierte und zu einem wichtigen Kopf der deutschen Menschenrechtsbewegung wurde. Zu ihm vgl. Kristina Milz: Ein Offizier und Pazifist, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (05.12.2022), S. 6.

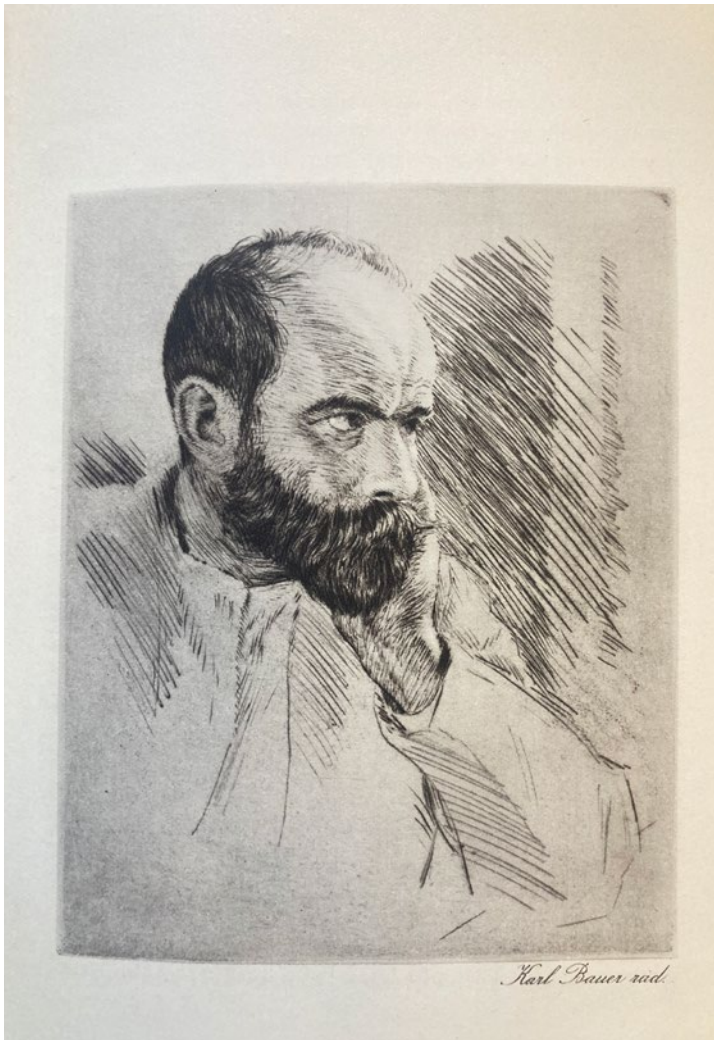
29 Folgend vgl. Brenner (wie Anm. 2), S. 229 ff. u. 242-249.

30 Hier und folgend: „Urkunden über den Ursprung des Krieges. Ein Prozeß um die Eisnerschen ‚Schulddokumente‘“, in: *Münchner Neueste Nachrichten* 191 (05.05.1922), S. 5 f., hier S. 6.

31 Das Urteil gegen den französisch-jüdischen Offizier Alfred Dreyfus – bekanntlich ein Justizskandal – war zu diesem Zeitpunkt längst aufgehoben, der Angeklagte vollständig rehabilitiert worden.

32 Vgl. Paul Hoser: Ein Philosoph im Irrgarten der Politik. Oswald Spenglers Pläne für eine geheime Lenkung der nationalen Presse, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 38/3 (1990), S. 435-458, hier S. 442 f. u. Wolfram Selig: Paul Nikolaus Cossmann und die *Süddeutschen Monatshefte* von 1914-1918. Ein Beitrag zur Geschichte der nationalen Publizistik im Ersten Weltkrieg, Osnabrück 1967, S. 46-58.

33 Vgl. Hoser (wie Anm. 32), S. 451 f.



Paul Nikolaus Cossmann, gezeichnet von Karl Bauer, undatiert
Foto: Kristina Milz (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, Bibliothek, 00/F 3941)

Politik und Bauernverband kamen hierfür zu jährlichen Klausurtagungen zusammen, aber auch einzelne Figuren wie, wieder einmal, Karl Alexander von Müller oder der Geschichtsphilosoph Oswald Spengler waren dort anzutreffen. Letzterer strebte eine „Befreiung“ Bayerns von „der englisch-französischen Demokratie“ durch einen „preußischen [ergo: nationalen, KM] Sozialismus“ an: „Wir brauchen Härte, wir brauchen eine tapfere Skepsis, wir brauchen eine Klasse von sozialistischen Herrennaturen.“³⁴ Spengler hoffte, über Cossmann die Münchner Presse entsprechend zu beeinflussen.³⁵ Die meisten dieser Männer standen dem

bayerischen Ordnungsblock nahe und waren am Putschversuch der extremen Rechten im November 1923 nicht beteiligt. Paul Nikolaus Cossmann und Fritz Gerlich, der Chefredakteur der Münchner Neuesten Nachrichten, aber waren persönlich bei den Ereignissen im Bürgerbräukeller anwesend. Ein enthusiastischer Leitartikel wie auch die Reden von Hitler und Ludendorff waren angeblich bereits für die Zeitung gesetzt und erst im letzten Moment zurückgezogen worden, als sich Gustav von Kahrs Zerwürfnis mit Adolf Hitler herumsprach.³⁶ Im Dezember warf Spengler Cossmann in einem Brief vor, dass sich die Münchner Neuesten Nachrichten nicht ausreichend von der nationalsozialistischen Bewegung distanzieren.³⁷

Diese Vorhaltungen hielten Cossmann nicht davon ab, im Frühjahr 1924 publizistisch in den zwischen Linken und Rechten erbittert geführten Wahlkampf einzugreifen: Zwei Nummern der Süddeutschen Monatshefte versuchten wieder einmal, einen „Dolchstoß“ im Weltkrieg nachzuweisen: Auf dem Titel des Aprilhefts war ein Soldat zu sehen: auf dem Boden liegend, erstochen von einem riesigen Dolch, der in seinem Rücken steckte.³⁸ Im Nachwort zu den pseudo-wissenschaftlichen Texten in diesen Ausgaben stellte Cossmann den „Verrat“ an der deutschen Armee als eindeutig erwiesen dar.³⁹ Martin Gruber, der verantwortliche Schriftleiter der sozialdemokratischen Zeitung Münchener Post antwortete darauf mit sieben Artikeln, die Cossmann „Geschichtsfälschung“ vorwarfen und ihn als gewissen- und ehrlos bezeichneten. In der aufgeheizten Stimmung entblödete sich das SPD-Blatt nicht einmal, antisemitisch zurückzukeilen:⁴⁰ Es bezeichnete Cossmann als „Frankfurter Judenbub“ und „politische[n] Giftmischer mit jüdischer Blutmischung“. ⁴¹ Dies wollte der Renegat freilich nicht auf sich sitzen lassen: 1925 verklagte er Martin Gruber erfolgreich wegen Beleidigung. Die Verhandlung, die wieder der vorsitzende Richter aus dem Fechenbach-Prozess führte, beanspruchte

34 Oswald Spengler: Preußentum und Sozialismus, München 1920, S. 98.

35 Vgl. Hoser (wie Anm. 32), S. 439–445.

36 Vgl. Brenner (wie Anm. 2), S. 280.

37 Vgl. ebd., S. 231.

38 „Der Dolchstoß“, Titel der SM 21/7 (April 1924).

39 „Der Dolchstoß gegen den Frieden“, in SM 21/8 (1924), S. 108–130, hier S. 125–130.

40 Auch der Sozialdemokratie war Antisemitismus nicht fremd, wie das Porträt über Max Süßheim in der folgenden Ausgabe zeigen wird.

41 Zit. nach Irmtraud Permooser: Der Dolchstoßprozess in München 1925, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 59/3 (1996), S. 903–926, hier S. 911.

einen ganzen Monat. „In meinem Sinn ist Dolchstoß Volksverrat und ich kann nicht anerkennen, daß Volksverräter Landsleute sind“, sagte Cossmann in seiner Schlussrede: „Ich halte sie für Feinde, und zwar für die schlimmsten Feinde.“⁴² Cossmann habe vor Gericht einen regelrechten „Feldzug für die Wahrheit“ geführt, schreibt Irmtraud Permooser – „ohne jedoch diese ‚seine‘ Wahrheit an der Wirklichkeit zu überprüfen“.⁴³ Hermann Sinsheimer, der für die Münchner Neuesten Nachrichten Theater- und Literaturkritiken verfasste, erinnerte sich später, dass er „nie wieder in [s]einem Leben einen Mann kennengelernt [habe], der so glühend für eine so schlechte Sache eingetreten“ sei.⁴⁴ In die Vorbereitung des Prozesses hatte Cossmann eineinhalb Jahre seines Lebens investiert; der Gerichtssaal diene ihm als Bühne, auf der er aggressiv die „Schuldlüge“ anprangerte – ein Motiv, das, zusammen mit der von ihm verbreiteten Legende vom „Dolchstoß“ und den „Novemberverbrechern“, aus der rechten Propaganda bald nicht mehr wegzudenken war. Der jüdische Anwalt Philipp Löwenfeld hat dazu geschrieben: „Es war ein Treppwitz der Weltgeschichte, dass die beiden wesentlichsten Stichworte der Nazis und der übrigen nationalistischen Bekämpfer der deutschen Republik von einem waschechten Juden herrührten.“⁴⁵

Seine Kämpfe gegen die Linken hat Cossmann gewonnen, seinen wichtigsten Kampf aber hat er verloren. Dass die Geister, die er rief, sich nur wenige Jahre später gegen ihn selbst wenden würden, hat dieser Mann nicht antizipiert, doch eigentlich hätte er es besser wissen müssen. „Man kann eben, wenn man die Gefühle des Hasses entfesselt, niemals mit dem Zentimetermaßstab bestimmen, wie weit sie gehen dürfen“, hatte Cossmann 1918 die sozialistischen Revolutionäre noch selbst gemahnt: „[E]benso wird es mit der Suche nach den ‚Schuldigen‘ gehen.“⁴⁶ Als sich in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik abzeichnete, dass die Nationalsozialisten immer mehr Gelände gewannen, versuchte Cossmann publizistisch entgegenzuwirken: Nicht nur der Rassismus ging



ihm zu weit – als strenggläubiger Katholik, der inzwischen ganze Abhandlungen über das Neue Testament wie etwa zum ersten Korintherbrief veröffentlichte,⁴⁷ konnte ihm die sich zunehmend abzeichnende spezifische Modernität und Kirchenfeindlichkeit dieser Bewegung nicht gefallen. Cossmann hoffte vielmehr auf eine Wiederherstellung der bayerischen Monarchie, um eine Machtübernahme Adolf Hitlers zu verhindern – wie wir wissen, ohne Erfolg.

Titel der Süddeutschen Monatshefte, Januar 1933
Abbildung: Bavarikon

42 Schlußrede unseres Herausgebers im Dolchstoßprozeß, in: SM 23/4 (Januar 1926), S. 276–307, hier S. 276.

43 Permooser (wie Anm. 41), S. 907.

44 Hermann Sinsheimer: Gelebt im Paradies. Erinnerungen und Begegnungen, München 1953, S. 222.

45 Peter Landau/Rolf Rieß (Hg.): Recht und Politik in Bayern zwischen Prinzregentenzeit und Nationalsozialismus. Die Erinnerungen von Philipp Loewenfeld, Ebelsbach 2004, S. 434.

46 Cossmann (wie Anm. 21), S. 159.

47 [Ders.]: Zum ersten Korintherbrief Kapitel 13. Den Lesern der S.M. als Weihnachtsbetrachtung, in: SM 26/3. (Dezember 1928), S. 227–232.

Schon 1933 warfen die neuen Machthaber Cossmann monarchistische Umtriebe vor; er wurde im April während eines Kuraufenthalts in Bad Wörishofen verhaftet, als er gerade die Kirche verließ. Er hatte es wohl seinen inzwischen zu den Nationalsozialisten übergelaufenen Bekannten aus der Schwerindustrie zu verdanken, dass er nach einjähriger Haft wieder entlassen wurde.⁴⁸ Cossmann zog sich ins ländliche Oberbayern, nach Ebenhausen, zurück, wo er die Texte der Kirchenväter studierte. Für die Nationalsozialisten aber war und blieb er ein Jude: Nach dem Novemberpogrom 1938 wurde er wieder verhaftet. Seine nach England emigrierte Schwester, die in Frankfurt eine Schule geleitet hatte und diese im Zuge der Rassengesetze aufgeben musste, versuchte 1939 offenbar vergeblich, ihn zur Flucht zu überreden.⁴⁹ Im Herbst 1941 wurde Cossmann schließlich in den Münchner Stadtteil Berg am Laim in das dortige Ghetto verbracht. Karl Alexander von Müller zufolge wurde er dort „fast wie ein Heiliger verehrt“;⁵⁰ Cossmann pflegte hier wohl insbesondere Kontakt mit anderen Konvertiten. Im Sommer des darauffolgenden Jahres, inzwischen hatte Cossmann die Siebzig überschritten und war schwerkrank, wurde er in das Konzentrationslager Theresienstadt verlegt. Alois Weiner, ein 1942 zum Christentum konvertierter Jude, erinnerte sich an eine Begegnung: Er habe Cossmann „ohne ein Wort der Klage“ vorgefunden, „wir sprachen über unser Schicksal, er, leise sprechend, setzte die ganze Hoffnung auf die Hilfe der Gottesmutter, deren Fürsprache das größte Übel abwenden werde“.⁵¹

Paul Nikolaus Cossmann starb am 19. Oktober 1942 in Theresienstadt. Da die Nationalsozialisten „die Konvertiten von den im israelitischen Glauben Verstorbenen“ erst 1944 „in einer Nebenhalle ab[sonderten]“, wie Cossmanns Mithäftling, der Überlebende Weiner, festhielt, wurde er „nach israelitischem Ritual eingesegnet“.⁵²

Der Blick der Nachgeborenen

Karl Alexander von Müller erinnerte sich später, Gespräche mit Cossmann zitierend, an dessen „oft

physische Abneigung gegen alles Jüdische“.⁵³ Er selbst habe seinem Freund gegenüber „die jüdische Art mehr als einmal verteidigt“, behauptete der Historiker, der sich in seinen apologetischen Erinnerungen als Gegner der Judenfeindschaft darstellte – „der dumpfe Haß des Antisemitismus“ nämlich sei ihm „von Natur [...] zuwider gewesen“. In der NS-Zeit hatte Müller den „mit einem pseudo-wissenschaftlichen Anspruch sich aufblähenden Rassentheorien“, wie er nun urteilte, durch die nominelle Leitung der „Forschungsabteilung Judenfrage“ des „Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands“ noch zur akademischen Salonfähigkeit verholten. Der wesenhafte Opportunismus Müllers zeigt sich nicht zuletzt an seinem Umgang mit dem jüdischen Orientalisten Karl Süßheim, der in dieser Reihe bereits porträtiert worden ist:⁵⁴ Müller war der einzige Kollege an der Münchner Universität gewesen, der Süßheim im Januar 1919 eine Glückwunschkarte zukommen ließ, als dieser endlich zum Professor ernannt wurde.⁵⁵ Nachdem er aber 1933 als einer der ersten die Universität verlassen musste, war von seinem Fakultätskollegen kein Wort zu vernehmen. Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrte Müller schamlos seine Freundschaft mit Kurt Huber, dem einzigen Professor aus dem studentisch geprägten Widerstandskreis der Weißen Rose, hervor und erinnerte an seine engen jüdischen Bekannten, zu denen er nun ungeachtet seiner Konversion auch Paul Nikolaus Cossmann zählte.

In der ihm typischen selbstgerechten Larvoyanz beschrieb Müller dessen Schicksal als besonders tragisch: „Ein deutscher Jude führt mit dem Einsatz seines ganzen sittlichen Wesens einen heroischen Kampf, um das deutsche Volk von dem ungerechten Vorwurf der Unmenschlichkeit, der brutalen Machtpolitik, der schuldhaften Entfesselung eines Weltkrieges zu reinigen; und eben während er ihn führt, wachsen, unmittelbar neben ihm, die Kräfte empor, die bis zu einem zweiten Weltkrieg alle diese einst falschen Anklagen wahr machen und ihnen im Nachhinein noch einen Schein von Wahrheit verleihen. Ja, man kann sagen, daß er und seine Arbeit in jenen frühen Jahren nach 1918,

48 Vgl. Müller (wie Anm. 4), S. 373.

49 Vgl. Selig (wie Anm. 32), S. 13.

50 Müller (wie Anm. 4), S. 374.

51 Alois Weiner, Bericht vom 27.05.1947, zit. nach Müller (wie Anm. 4), S. 375–379, hier S. 376.

52 Ebd., S. 377.

53 Hier und folgend: Karl Alexander von Müller: Im Wandel einer Welt. Erinnerungen, Bd. 3: 1919–1932, München 1966, S. 226.

54 Kristina Milz: Karl Süßheim (1878–1947). Ein verfolgter Wissenschaftler und seine Universität, in: Einsichten und Perspektiven 2 (2022), S. 64–72.

55 Vgl. dies.: Karl Süßheim Bey (1878–1947). Eine Biografie über Grenzen, S. 482.

ungewollt und unwissend, vielleicht sogar einiges dazu beitrugen, das Wachstum jener Kräfte zu fördern. Er selbst hat alles, was ihm vorgeworfen werden kann, mit Leiden und Demütigungen, mit Gefangenschaft und einem martervollen Tod mehr als aufgewogen. Aber für uns andere, die damals an seiner Seite standen, bleibt eine schwere, verwirrende Frage.“⁵⁶

Es verwundert nicht, dass sich nicht nur ein wehleidiger Mitstreiter wie Müller, sondern die Nachkriegsgesellschaft ganz allgemein mit Figuren wie Paul Nikolaus Cossmann schwertat. Dass die Studie von Wolfram Selig aus den Sechzigern über Cossmann und die Süddeutschen Monatshefte ausgerechnet im Jahr 1919 endet,⁵⁷ ist bezeichnend. Nach dem Verdrängen und dem schließlich langsamen Herantasten an die Geschichte des Holocausts in Deutschland in den ersten Nachkriegsjahrzehnten dauerte es lange, bis man sich der vollen Bandbreite jüdischer Lebenswelten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts näherte: Der liberale (Bildungs-) Bürger dominierte als Sozialfigur lange das gängige Narrativ zur Verortung der deutsch-jüdischen Bevölkerung im politisch-ideologischen Spektrum von Kaiserreich und Weimarer Republik.⁵⁸ Andere Perspektiven wurden zuletzt um wichtige Studien ergänzt: Michael Brenner etwa untersuchte in seiner Darstellung der linken Münchner Revolution von 1918/19 erstmals systematisch ihre jüdischen Protagonisten und betonte, dass deren deutlich überproportionale Beteiligung von der Forschung lange nur „verschämt“ eingeräumt wurde und „letztlich eine Marginalie geblieben“ sei, da Historiker sich damit allzu leicht auf Glatteis begeben: Schließlich hatten Antisemiten das Thema immer wieder für ihre Agitation missbraucht.⁵⁹

Ähnliche Reflexe griffen mit Blick auf konservative und national gesinnte Juden – im Wissen um die Shoah war dies ein Thema, das weder von jüdischer noch von nicht-jüdischer Seite allzu gerne in den Fokus genommen wurde. Doch in der Tat sind verschiedene Ebenen hier keineswegs zu verwechseln: Die auffällige Präsenz von politisch aktiven Jüdinnen und Juden im linken Parteinispektrum, in dem allein sie wirklich akzeptiert

waren, bedeutet nicht, dass die jüdische Gemeinschaft in ihrer Breite besonders revolutionsaffin oder sozialistisch eingestellt war – im Gegenteil hingen hier nicht wenige einem dezidiert konservativen und nationalistischen Weltbild an. Dieses Milieu hat Philipp Nielsen untersucht: Seine Studie analysiert die jüdische Beteiligung an einer Vielfalt von Aktivitäten, die insbesondere von der Rechten getragen wurden.⁶⁰ Hierfür hat Nielsen 300 Biografien von Juden ausgewertet, die sich im politischen Spektrum selbst rechts der Mitte verorteten. Eine komplexe Figur wie der konservative Wissenschaftler Karl Süßheim kommt in dem Buch (leider verzerrt) durchaus vor,⁶¹ Paul Nikolaus Cossmann taucht allerdings nicht auf: Nielsen hat sich entschieden, nur solche Protagonisten zu berücksichtigen, die sich selbst – in welcher Form auch immer – als Juden betrachteten. Hierfür gibt es gute Gründe, dennoch bleibt bei diesem Zuschnitt eine Leerstelle, die so ungewöhnliche Biografien wie die von Cossmann im Dunkeln lässt. Diese Lücke aber schloss Michael Brenner: In seinem Buch über Revolution und Reaktion holte er fast zwangsläufig auch Cossmann aus den Untiefen des Vergessens und Verdrängens hervor und untersuchte dessen Rolle im frühdemokratischen Bayern. Der Historiker schreibt: „Für seine einstigen Widersacher änderte sein tragischer Tod nichts an seinem unheilvollen Wirken.“⁶²

Den zeittypischen Satz „Er war ein getaufter Jude mit einem stark jüdisch durchgeistigten Gesicht“⁶³ über Cossmann gestattete sich in seinen Erinnerungen der Anwalt und Holocaust-Überlebende Max Hirschberg, der sowohl Felix Fechenbach 1922 als auch den SPD-Mann Gruber im „Dolchstoßprozess“ von 1924 vertreten hatte. Hirschberg sah auch keinen Grund, jemanden wie Cossmann seiner jüdischen Wurzeln wegen⁶⁴ in Schutz zu nehmen: „Die patriotischen Juden, die sich mit dem völkischen Chauvinismus verbünden, um einen Juden zu vernichten, die unter Hitler dann verdienstermaßen angespien und doch als Juden behandelt wurden, sind ein trauriges Schauspiel, das mich immer mit

56 Müller (wie Anm. 54), S. 94.

57 Selig (wie Anm. 32).

58 Vgl. etwa Jakob Toury: Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland: Von Jena bis Weimar, Tübingen 1966, S. 177–192 oder Peter Pulzer: *Jews and the German State. The Political History of a Minority, 1848–1933*, Oxford u. Cambridge 1992, S. 138 f.

59 Vgl. Brenner (wie Anm. 2), die Zitate S. 15.

60 Philipp Nielsen: *Between Heimat and Hatred. Jews and the Right in Germany 1871–1935*, Oxford 2019.

61 Vgl. dazu Kristina Milz: Rezension von Nielsen (wie Anm. 61), in: sehepunkte 22/5 [15.05.2022], <http://www.sehepunkte.de/2022/05/35669.html> [Stand: 13.01.2023].

62 Brenner (wie Anm. 2), S. 305.

63 Hirschberg (wie Anm. 12), S. 160.

64 Hirschberg glaubte sogar irrtümlicherweise, Cossmanns Vater sei Rabbiner gewesen, vgl. ebd., S. 160 f.

Ekel und Verachtung erfüllte“.⁶⁵ So drastisch formuliert die Forschung freilich nicht, doch für Michael Brenners historisierende Einordnung der tatsächlichen Rolle Cossmanns war es höchste Zeit: Die Historikerin Irmtraud Permooser hatte diesen in einem Aufsatz von 1990 noch als „umstritten[e] Persönlichkeit“ bezeichnet, die zu „latentem Antisemitismus“ neigte.⁶⁶ Nahezu entschuldigend führte sie den (ausgerechnet von Karl Alexander von Müller publizierten) Augenzeugenbericht von Alois Weiner aus Theresienstadt an, der nahelegt, dass Cossmann an seinem Lebensabend umgedacht habe.⁶⁷ Müller hatte in seinem zugehörigen Text penetrant das Bild des Märtyrers bemüht, den er in Cossmann zu erkennen glaubte.⁶⁸ Widersprochen wurde diesem verschwommenen Bild lange nicht: Vor Michael Brenner hat sich kaum ein Kollege mehr mit Paul Nikolaus Cossmann und seinem verheerenden Wirken auseinandergesetzt. Max Hirschberg, der Cossmann in seinen Erinnerungen als „eine der verhängnisvollsten Figuren in der Gegenrevolution und in der deutschen Republik“ bezeichnete,⁶⁹ kann vor dem Hintergrund der historischen Quellen jedenfalls nur zugestimmt werden.

Das Denken, Schaffen und Schicksal dieses Mannes, eines der gefährlichsten Stimmungsmacher seiner Zeit, sind ohne dessen Verhältnis zum Judentum nicht zu begreifen. Es ist vielleicht nicht die Biografie eines Juden, der man sich widmen muss, um Cossmann gerecht zu werden – fraglos aber ist es eine jüdische Geschichte von besonderer Tragik. 🌒

65 Ebd., S. 167.

66 Permooser (wie Anm. 41), S. 906.

67 Vgl. ebd., S. 908. In dem Bericht wird am Ende eine von Cossmann eingeforderte Geste der Versöhnung zwischen zwei Insassen geschildert. Zudem soll er dem Publizisten Carl Muth bei ihrer letzten Begegnung gestanden haben, „daß er tief geirrt habe“. Vorbemerkung der Schriftleitung bei Müller (wie Anm. 4), S. 368.

68 Vgl. Müller (wie Anm. 4), passim.

69 Hirschberg (wie Anm. 12), S. 161.



NEUERSCHEINUNG



Der zweite Band der dreibändigen Geschichte des Nationalsozialismus versammelt Aufsätze zu zentralen Aspekten dieser Zeit. Renommeeierte Historiker stellen die NS-Ideologie, die Innen- und Außenpolitik mit den Herrschaftsinstrumenten Polizei und Wehrmacht sowie die Verbrechen und die Opfer des NS-Regimes dar. Auch die Geschichte der bayerischen Städte München, Nürnberg und Augsburg im Nationalsozialismus wird in den Blick genommen. Ergänzt werden die Beiträge mit aussagekräftigen Bildern und quellenkritischen Analysetexten.

Band 1 und 3 der dreibändigen Reihe „Der Nationalsozialismus“ erscheinen voraussichtlich 2023. In Band 1 analysiert der Koordinator der Trilogie, Prof. Dr. Thomas Sandkühler, die Geschichte des Nationalsozialismus als Rechtsgeschichte. Band 3 legt den Fokus auf Fragen der Rezeption, der Erinnerungskultur und der zeitgemäßen Vermittlung von NS-Geschichte.



Zu bestellen unter:
https://www.blz.bayern.de/der-nationalsozialismus-herrschaft-und-gewalt-band-2-gesellschaft-staat-und-verbrechen_p_438.html

MUSIK UND POLITIK: DER SOUND DER ZEIT

FOLGE 1:

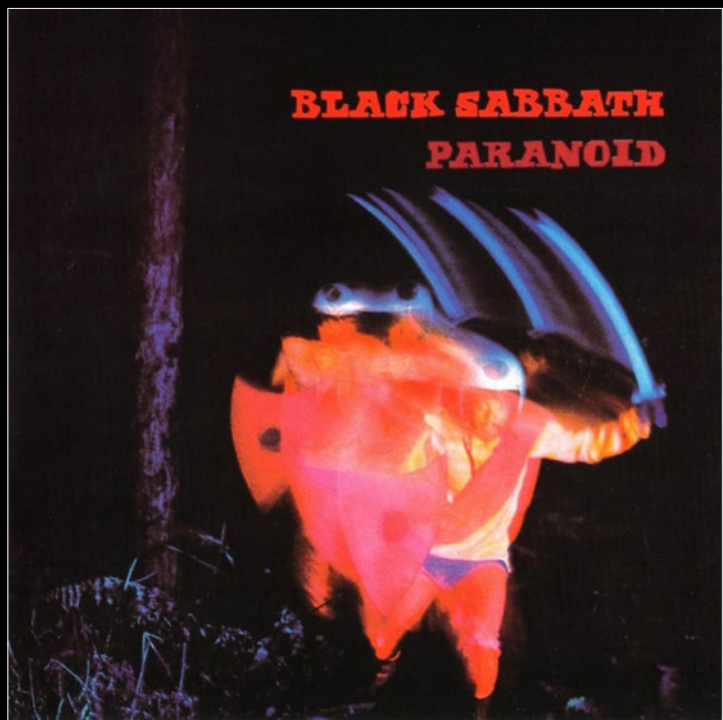
WAR PIGS ODER WIE POLITISCH IST BLACK SABBATH?

von Rupert Gröbl

Kunst und Politik – Musik und Politik

Viel schon wurde zum Verhältnis zwischen Kunst und Politik gesagt und geschrieben. Meist ging es dabei um das Politische in der Literatur – die Ansichten hierzuseind unterschiedlich.¹ „Soll Literatur denn nun überhaupt mit Politik zu tun haben? Darauf kann man nicht kategorisch mit Ja oder Nein antworten.“² Dabei beinhaltet jedwede Form der Kunst, so sie sich nicht als bloßes Handwerk betrachtet, eine Aussage zu den Lebensumständen der Menschen und ist mithin per se politisch. Erst eine solche Aussage macht ein Werk zur Kunst! Die Etymologie von ‚Politik‘ liegt im griechischen ‚polis‘ und meint das Zusammenleben von Menschen in einem (Stadt-)Staat; daher ist – dem Ursprung des Wortes folgend – alles, was mit dem Leben in einer Gemeinschaft zu tun hat, auch politisch.

Im Bereich der politischen Bildung hingegen scheint die Kunst – abgesehen von der Literatur – noch kaum eine wesentliche Rolle zu spielen. Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit hat sich daher zur Aufgabe gesetzt, Kunst für die politische Bildung nutzbar zu machen. Ein Beginn waren hier die Integration von Romanen und



Graphic Novels in ihrem Publikationsangebot.³ Mit dem vorliegenden Text soll nun ein nächster Schritt getan werden: Der Rolle von Musik in der politischen Bildung soll in einer mit dieser Ausgabe von Einsichten und Perspektiven beginnenden Rubrik

Abbildung:
Black Sabbath/
Vertigo Records

1 Vgl. hierzu z.B. Karl-Heinz Hense: Politisch Lied, gar garstig Lied. Über Literatur und Politik, <https://www.tabularasamagazin.de/politisch-lied-gar-garstig-lied-ueber-literatur-und-politik>, 2012 [Stand: 01.02.2023].

2 Ebd.

3 <https://www.blz.bayern.de/publikationen-allgemeine-informationen.html> [Stand: 01.02.2023].



Black Sabbath,
1970
Foto: picture
alliance/United
Archives

vorgestellt und diskutiert werden. Doch bevor wir uns einem ersten Lied zuwenden, soll noch eine grundlegende Frage zumindest angeschnitten werden. Kann, soll oder muss ein künstlerisches Werk, sei es ein Lied, ein Bild, eine Skulptur oder auch ein literarisches Werk, und damit auch seine Bewertung grundsätzlich von der Person des Künstlers bzw. der Künstlerin getrennt betrachtet werden? Oder müssen auch die politischen Ansichten der Kunstschaffenden berücksichtigt werden? Dürfen z.B. antisemitische Haltungen bei Richard Wagner, Ludwig Thoma oder zuletzt bei Roger Waters⁴ bei deren Würdigung ignoriert werden oder müssen sie Eingang in eine Reflexion finden? Hierüber würden wir gerne eine breite Diskussion, auch mit Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, führen.

Werk vorzunehmen sei, stellt sich auch bei der 1968 im englischen Birmingham gegründeten Band Black Sabbath, der von manchen Kritikern eine Nähe zum Satanismus nachgesagt wird. Dazu gibt es jedoch unterschiedliche Meinungen: „Ihr okkultes Image wurde vor allem aus marketingstrategischen Gründen gepflegt.“⁵ Jedenfalls dürfen Black Sabbath zweifellos als die Urväter des Metalrock gelten. „Im Zusammenspiel mit den Inhalten, die sich auf das mystisch-okkulte, aber auch auf das reale Böse beziehen, werden Black Sabbath zum Prototypen und Vorbild für nachfolgende Bands.“⁶

Festzuhalten ist, dass die Band dieses Image nicht nur bei ihren Bühnenauftritten leidlich gepflegt hat. Welche Wirkung dies bei ihren Fans hatte und hat, kann aber im Rahmen dieses Artikels nicht untersucht werden.

War pigs – Black Sabbaths **Kommentar zum Vietnamkrieg**

Diese Frage, ob eine Trennung zwischen der Person eines/einer Kunstschaffenden und seinem/ihrer

5 In seiner Doktorarbeit „*God was never on your side*. Gottesbilder und Religionskritik in der Rock- und Metalmusik“ aus dem Jahr 2019 untersucht der katholische Theologe Manuel Raabe den Zusammenhang zwischen der Gottesfrage und deren Thematisierung in Rock- und Metalsongs. https://kobra.uni-kassel.de/themes/Mirage2/scripts/mozilla-pdf.js/web/viewer.html?file=/bitstream/handle/123456789/13924/kup_9783737609999.pdf?sequence=1&isAllowed=y [Stand: 01.03.2023], hier S. 51.

6 Ebd., S. 197.

4 Bassist und musikalischer Kopf der britischen Band Pink Floyd.

Tony Iommi, der Gitarrist der Band, dessen Sound maßgeblich zum düsteren Erscheinungsbild von Black Sabbath beigetragen hat, schreibt: „Damals bestimmte *Flower Power* die Musikszene. Alles war so nett und freundlich, dass viele Musiker sich nur noch auf Belangloses konzentrierten und die Realität ignorierten: Krieg, Hungersnöte und Katastrophen. Wir erkannten das und drückten es mit der Musik aus.“⁷ Auf dem 1970 veröffentlichten zweiten Album von Black Sabbath „*Paranoid*“ findet sich u.a. das Lied *War Pigs*. Angesichts des am 24. Februar vom russischen Diktator Wladimir Putin begonnenen völkerrechtswidrigen Krieges gegen die Ukraine hat das Lied traurige Aktualität erfahren und erscheint daher prädestiniert als Einstieg in die eingangs erklärte Rubrik.

*Generals gathered in their masses
Just like witches at black masses
Evil minds that plot destruction
Sorcerer of death's construction*

*In the fields, the bodies burning
As the war machine keeps turning
Death and hatred to mankind
Poisoning their brainwashed minds
Oh lord, yeah!*

*Politicians hide themselves away
They only started the war
Why should they go out to fight?
They leave that role to the poor, yeah*

*Time will tell on their power minds
Making war just for fun
Treating people just like pawns in chess
Wait till their judgement day comes, yeah!*

*Now in darkness, world stops turning
Ashes where their bodies burning
No more war pigs have the power
Hand of God has struck the hour*

*Day of judgement, God is calling
On their knees, the war pigs crawling
Begging mercy for their sins
Satan laughing, spreads his wings
Oh lord, yeah!⁸*

Das Lied entstand 1970 wohl auch unter dem Eindruck des Vietnamkrieges. Black Sabbath haben sich auch im weiteren Verlauf ihrer Karriere immer wieder tiefschürfende Gedanken über gesellschaftspolitische, aktuelle und grundlegende Phänomene gemacht und sich dabei – nicht immer – über das Klischee von *Sex, Drugs & Rock'n'Roll* erhoben. Erwähnt werden können hier u.a. *Iron Man* und *Paranoid*, beide ebenfalls auf dem 1970er Album *Paranoid*.

In *War Pigs* werden zunächst Generäle mit Hexen verglichen, die sich zu einer schwarzen Messe versammelt haben, um Krieg und Zerstörung vorzubereiten. Während die Kriegsmaschinerie sich drehe, verbrennen auf den Schlachtfeldern Menschen. Durch den Krieg würde die Menschheit mit Tod und Zerstörung überzogen und die Menschen würden einer Gehirnwäsche ausgesetzt. An der politischen Klasse wird die Kritik geübt, den Krieg zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen begonnen zu haben, führen müssen ihn jedoch die Armen. Diese würden wie Schachfiguren bewegt. Am Ende würden die Verantwortlichen von Gott vor dem Jüngsten Gericht zur Rechenschaft gezogen werden, wo sie auf Knien um Gnade betteln. Doch sie würden dem Bösen überantwortet.

Das eigentlich im Kontext des Vietnamkriegs entstandene Lied hat im Jahr 2023 nichts von seiner Schärfe verloren: Wie in dem Lied beschrieben, hat auch Putin den Krieg gegen die Ukraine aus eigenen Interessen, u.a. der Wiederherstellung eines großrussischen Reiches, begonnen. Seine Generäle dienen ihm dabei als willfährige Handlanger. Mit einer Teilmobilmachung aktiviert er hunderttausende Männer, nachdem sich die Stärke der ursprünglich eingesetzten Truppen als zu gering erwiesen hat und eine nicht unerhebliche Zahl russischer Soldaten bereits gefallen oder desertiert ist. Die Öffentlichkeit wird, so sie nicht ohnehin vorbehaltlos Putins Politik gutheißt, mit nationalistischer Propaganda manipuliert, jedwede Form von Opposition wird mithilfe der Sicherheitskräfte und auch einer gleichgeschalteten Justiz unterdrückt. Oppositionelle werden in Schauprozessen zu oft jahrelangen Gefängnisstrafen verurteilt.

Vor dem Hintergrund dieses Krieges stellt sich erneut die Frage, worin Frieden denn überhaupt bestehe und wie er dauerhaft herzustellen sei. Frieden ist nach einer klassischen Definition die Abwesenheit von Krieg und direkter Gewalt – diese zurecht als negativ bezeichnete und veraltete Definition des Begriffes muss jedoch ersetzt bzw. erweitert werden. Selbstverständlich ist die

7 Tony Iommi / Tjerk Lammers: *Iron Man*. Von Black Sabbath bis Heaven & Hell, Höfen 2012, S. 92, zit. nach Raabe (wie Anm. 5), S. 199.

8 Zu hören u.a. bei: <https://www.youtube.com/watch?v=PrZFscfJxXc> [Stand: 01.02.2023]. Eine sehr interessante theologisch-philosophische Interpretation des Textes findet sich bei Raabe (wie Anm. 5), S. 202 ff. Es erscheint allerdings fraglich, ob sich die Autoren des Liedes all dessen bewusst waren.

Abwesenheit von Krieg ein erforderliches, aber nicht hinreichendes Merkmal für Frieden. Zudem kommen als positive Faktoren – daher der Begriff positiver Frieden – gute, harmonische Beziehungen zwischen Staaten nicht nur in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht hinzu, sondern z.B. auch auf kultureller Ebene; ebenso eine gerechte Verteilung u.a. von Wohlstand, Bildungschancen, Zugang zu einem funktionierenden Gesundheitssystem und auch Abwesenheit nicht nur von direkter, sondern auch von struktureller Gewalt, nicht nur zwischen Staaten, sondern auch innerhalb einzelner Gesellschaften.

Dass sich Frieden zwischen Staaten durch einseitige Abrüstung erzielen ließe, hat sich nicht erst durch den Ukrainekrieg als Illusion erwiesen. Das Signal, das von einer Politik, die nach dem Motto ‚Frieden schaffen durch immer weniger Waffen‘ ausgehen soll, wird von Diktatoren wie Putin jedoch als Zeichen der Schwäche interpretiert und provoziert diese zu aggressivem Handeln. Der Wunsch nach Frieden darf wohl als gegeben vorausgesetzt werden; fraglich ist jedoch, wie er zu erzielen und zu bewahren ist. Im letzten Absatz ihres Liedes verweisen Black Sabbath den Ort und die Zeit für die Wiederherstellung der Gerechtigkeit in ein religiös definiertes Jenseits. Damit darf man sich m. E. nicht zufriedengeben. Schon im Diesseits müssen diejenigen, die Angriffskriege führen, zur Rechenschaft gezogen werden, damit eine der Botschaften der Nürnberger Prozesse von 1945 Realität wird: Aggressoren dieser Welt, ihr werdet vor Gericht gestellt und einer gerechten Strafe zugeführt! 🌑



LÖSUNG ZUM RÄTSEL AUS HEFT 3/2022

Gesucht waren
das Gaibacher Fest von 1832
und die Konstitutionssäule
bei Gaibach in Unterfranken.

Wir gratulieren herzlich
dem Gewinner,
Herrn Stefan Theilacker
aus Oberpleichfeld.

Literarische Quellen und Hinweise dazu:

→ Der Liedtext ist einem Liederbuch zur Verfassungsfeier bei Gaibach aus dem Jahr 1832 entnommen. Dieses sowie die Zeitungsberichte sind zusammengestellt im Historischen Lexikon Bayerns: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Konstitutionssäule_von_Gaibach#Quellen [Stand: 15.02.2023].



EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

Impressum

Herausgegeben von der Bayerischen
Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Gröbl, Monika Franz

Englschalkinger Str. 12, 81925 München
Telefon: 089 9541154-00
Fax: 089 9541154-99

landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

Redaktion

Monika Franz, Christina Gibbs

Titelbildnachweis

Merzbild Kijkduin 1923, Oil, pencil and wood assemblage
on cardboard. 74.3 x 60.3 cm, Museo Nacional Thyssen-
Bornemisza, Madrid, Inv. no. 747 [1978.69]

Foto: Picture alliance

Gestaltung

MUMBECK - Agentur für Werbung GmbH,
Wuppertal

Druck

Aumüller Druck GmbH & Co. KG,
München/Regensburg

BLZ auf Social Media



Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen
tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen
Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft
gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.

Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über
geschlechter- bzw. gendergerechte Sprache Rechnung, indem
die Schreibweisen der Texte variieren.